Gewaltexzesse auf der Buchmesse, S. 12

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 43 – 27. Oktober 2017

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Gegen die Arroganz der Macht: Demonstration in Rom zur 60-Jahr-Feier der Römischen Verträge im März

Bild: action press

Die Zerstörung Europas

EU-Eliten stellen sich immer aggressiver gegen den Willen der Völker

Jetzt sind die Tschechen dran: Wer sich gegen die von den Mächtigen befohlene Ideologie stellt, wird als „Antidemokrat" beschimpft.

Der Wahlausgang in Prag hat es erneut gezeigt: Die Völker Europas werden immer unruhiger, die Unzufriedenheit mit der tonangebenden Elite in der EU nimmt ständig zu. In Tschechien erreichte die einwanderungs- und Euro-kritische Partei ANO fast 30 Prozent. Zum Vergleich: Die einst bestimmenden Sozialdemokraten rutschten auf sieben Prozent.

Zuvor hatte Österreichs Urnengang die Euro-Eliten erschüttert, davor der Erfolg der AfD in Deutschland, vergangenes Jahr schockierte die Brexit-Entscheidung des britischen Volkes die EU. Die mittelosteuropäischen Mitglieder wie Polen oder Ungarn sperren sich schon länger gegen Vorgaben aus Brüssel in der Zuwanderungsfrage und haben entsprechend gewählt.

Die Reaktion der tonangebenden Eliten auf solche Entscheidungen, die alle von den jeweiligen Völkern demokratisch herbeigeführt wurden, fällt stets gleich aus: „Wer Einwanderer und die Aufnahme von Flüchtlingen grundsätzlich ablehnt, lehnt damit die liberale Demokratie ab", schäumt eine der größten deutschen Tageszeitungen am Montag gegen die Wahlentscheidung der Tschechen – und spricht damit die Meinung der Mächtigen in Berlin, Brüssel und anderswo aus.

> Spanien zeigt, wohin diese verstockte Arroganz führt

In Wahrheit läuft die Spaltung genau entgegengesetzt: Liberale (freiheitliche) Demokratie (Volksherrschaft) heißt, dass die Völker frei entscheiden, welchen Weg sie gehen. Gewisse, sich fest im Sattel wähnende Eliten aber haben den Völkern eine multikulturelle „Eine Welt"-Ideologie verschrieben und befehlen ihnen nun, diesem Befehl gefälligst zu folgen.

Tun die Völker dies nicht, sind die Eliten zutiefst beleidigt und reagieren mit Aggressivität und Sturheit, auch über die EU hinaus. Dieselbe Wut auf freie Volksentscheidungen folgte auf die Wahl Donald Trumps durch die US-Amerikaner. Und nicht weniger herablassend müssen sich die Schweizer wegen unwillkommen ausgegangener Volksabstimmungen behandeln lassen – siehe die Empörung über die Entscheidung der Eidgenossen für ein Neubauverbot von Minaretten.

Das spanische Desaster um die festgefahrenen Beziehungen zwischen Madrid und Barcelona lässt ahnen, wohin die EU-Elite den Kontinent treibt: Dort hat die unbelehrbare Hartleibigkeit der Zentralregierung die Verstocktheit in Barcelona erst auf die Spitze getrieben. Folge: In den Herzen ist Spanien bereits ein geteiltes Land.

Bei der EU-Elite ist ebenfalls keine Lernbereitschaft erkennbar: Für den Brexit will Brüssel die Briten so hart wie möglich bestrafen, womit die Beziehungen zwischen der Insel und dem Kontinent für lange Zeit beschädigt bleiben. Die Osteuropäer sollen „diszipliniert" werden, wenn sie sich der desaströsen Asylpolitik nicht anschließen wollen. Europa wird nicht von „Populisten" gespalten, sondern von oben. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Werft sie raus

Die Universität Hamburg hat einen Verhaltenskodex zur Religionsausübung erstellt. Darin fordert sie ihre Mitglieder dazu auf, die Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu respektieren. Als Grund für diesen ungewöhnlichen Schritt führt Universitätspräsident Dieter Lenzen an, vereinzelte Vorkommnisse hätten „eine Reihe von Fragen zum Umgang mit dem Religiösen in Studium, Lehre, Forschung und im alltäglichen Miteinander an der Hochschule aufgeworfen". Auch wenn er sich allgemein ausdrückt, ist klar, was er meint: Immer häufiger haben muslimische Studenten Andersgläubige verbal attackiert, muslimische Frauen beschimpft, weil sie nicht verschleiert waren, oder in universitätsöffentlichen Räumen und sogar während Lehrveranstaltungen laut gebetet. Der Kodex und die ergänzenden Ausführungsbestimmungen sollen jetzt „das respektvolle und friedliche Miteinander aller Universitätsangehörigen bei der Ausübung verschiedener Glaubensüberzeugungen regeln".

Es ist richtig, dass die Universitätsleitung den Provokationen muslimischer Studenten mit klaren Regeln entgegentritt. Sie sollte aber auch ihren islamwissenschaftlichen und islam-theologischen Einrichtungen genauer auf die Finger schauen. Möglicherweise wird erst hier die giftige Saat gesät.

Überhaupt hat jemand, dem man Religionsfreiheit erst erklären und ihm mithilfe eines Kodex Grenzen setzen muss, an einer Universität nichts verloren – nicht als Student und auch nicht als Mitarbeiter. Für jemanden, der seinen Glaubenskrieg auf dem Campus führen will, darf es nur eines geben: die Zwangsexmatrikulation beziehungsweise die Kündigung.

Regelmäßige Militärangriffe Israels auf Syrien

Mit schwerer Artillerie und Kampfflugzeugen geht Tel Aviv gegen Assads Truppen vor – unter Verletzung des Völkerrechts

Vergangenen Sonnabend nahmen die israelischen Streitkräfte drei Artilleriestellungen der syrischen Armee unter Beschuss. Zwei syrische Soldaten wurden verletzt. Die syrische Seite bestätigte den Vorfall im Allgemeinen, stellte ihn im Detail aber ein wenig anders dar. Sie wirft Israel vor, bei dem Angriff mit syrischen Extremisten zusammengearbeitet zu haben. Diese hätten israelisch besetztes Gebiet beschossen, um den Israelis den Vorwand für ihren Angriff zu liefern. Schaden war durch den Mörserbeschuss jedoch keiner entstanden.

Wer auch immer der Angreifer war – diese jüngste Attacke fügt sich in eine lange Reihe ähnlicher Vorfälle, bei denen die Israelis seit Monaten in syrischem Hoheitsgebiet militärisch operieren. Nur fünf Tage zuvor hatte die israelische Luftwaffe eine syrische Luftabwehrbatterie beschossen. Anfang September: Israels Luftwaffe beschoss eine Fabrik in Syrien, in der „nach Einschätzung" der USA Kampfmittel hergestellt wurden. Ende Juni ein ähnliches Bild wie das vorige auf dem Golan. Auf der israelischen Seite hätten zehn Geschosse eingeschlagen, ohne Schaden anzurichten. Daraufhin hat ein israelisches Kampfflugzeug einen Angriff geflogen, bei dem zwei syrische Soldaten getötet wurden.

Trotzdem behauptete der israelische Verteidigungsminister Avigdor Liebermann, Jerusalem werde sich nicht in Syriens innere Angelegenheiten einmischen. Zwei Tage darauf erwiderte der iranische Militärstabschef Mohammad Bagheri bei einer Pressekonferenz in Damaskus, sein Land werde keine „Verletzungen des syrischen Territoriums durch israelische Streitkräfte" dulden. Es sei nicht hinnehmbar, dass das „zionistische Regime Israel" jederzeit und wann immer es wolle, in das Land eindringe und den Luftraum Syriens verletze. Auch wenn Bagheri mit seinem mannhaften Schwur ein wenig zu spät kam, ist er doch einer der ganz wenigen, die auf diese ständige Verletzung des Völkerrechts durch Israel überhaupt hinweisen.

Die zahlreichen Angriffe Israels auf die reguläre syrische Armee sind ein Beweis dafür, dass es sich beim Syrien-Konflikt keineswegs um einen Bürgerkrieg handelt noch je gehandelt hat. Vielmehr findet man in Syrien die altbekannten Handelnden vor, die man von anderen sogenannten Regime Changes, Farbenrevolutionen und Putschen kennt: so als herausragende Akteure den Milliardär George Soros und seine Nichtregierungsorganisationen, die CIA und Blackwater-Söldner, die sich örtlicher und herangekarrter Extremisten bedienen.

Israels Rolle ist diejenige des weitgehend stillen, aber jederzeit handlungsbereiten Beobachters, der umso mehr Nutzen aus dem Geschehen zieht, je mehr Zerstörung in seinem Umfeld angerichtet wird. Ruinierte Nachbarn sind für Israel von Vorteil und in all den genannten Fällen betreiben andere das Geschäft der Gewalt fast zur Gänze allein. Das Eingreifen Israels kann sich auf einige Beispiele wie die genannten beschränken. Allerdings darf man nie vergessen: Es ist bislang in den mehr als sechs Jahren des Krieges gegen Syrien nicht einmal bekannt geworden, dass das israelische Militär auch nur einen einzigen Schuss gegen den Islamischen Staat oder die al-Nusra-Front oder eine andere der islamischen Terrororganisationen abgegeben hätte.

Dass der Umsturz in Syrien militärisch scheitern wird, ist abzusehen. Doch die heutigen Fronten werden weiterbestehen. So haben sowohl die USA als auch in treuer Gefolgschaft die EU bereits kundgetan, dass sie sich an einem Wiederaufbau des Landes nicht beteiligen werden. Ist auch überflüssig. Denn dafür stehen Russland und China bereit. Peking will sogar aus Syrien die westliche Drehscheibe der Neuen Seidenstraße machen. Und dann hat der Westen nach der militärischen auch noch eine wirtschaftliche Niederlage hinzunehmen. *Florian Stumfall*

MELDUNGEN

Neuer Posten für Staatssekretär

Berlin – Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat ihren Staatssekretär Jochen Flasbarth an die Spitze der bundeseigenen BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH berufen. Als Vorsitzender der Geschäftsführung wird er gemeinsam mit dem Technischen und dem Kaufmännischen Geschäftsführer die Verantwortung für die Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle übernehmen. Zu seinem Bereich gehören Grundsatzfragen der Unternehmensführung, die Zusammenarbeit mit der Bundes- und den Landesregierungen sowie Internationales und Kommunikation. Kritiker bemängeln, ihm sei ein Versorgungsposten zugeschoben worden. Der Staatssekretär ist zwar Beamter auf Lebenszeit, könnte aber als politischer Beamter im Zuge der Bildung der neuen Bundesregierung in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. *J.H.*

Weg von Rom

Mailand/Venedig – Die Einwohner der beiden norditalienischen Provinzen Lombardei und Venetien haben sich in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit für mehr Autonomie ihrer Gebiete gegenüber der Zentralregierung in Rom ausgesprochen. Mehr als 98 Prozent der Veneter und 95 Prozent der Lombarden stimmten dabei für mehr Eigenständigkeit. Mit 60 beziehungsweise 40 Prozent war die Beteiligung für ein nichtbindendes Referendum zudem ausgesprochen hoch. Die beiden mitteleuropäisch geprägten Regionen werden von der Lega Nord regiert, die auch die Volksabstimmung initiiert hatte. Mit Hilfe des Volksvotums möchte die inzwischen pan-italienisch agierende Regionalbewegung bei künftigen Verhandlungen mit der Zentralregierung für den Norden ähnliche Vorteile erlangen wie sie Sardinien und Sizilien genießen. Auch wenn momentan der Verbleib beider Regionen im italienischen Staatsverband noch von allen Seiten beschworen wird, dürfte die Unabhängigkeitsbewegung angesichts der erneut hohen Unterstützungswerte an Fahrt aufnehmen. *T.W.W.*

Österreich regelt Integration

Wien – In Österreich ist ein Integrationsgesetz in Kraft getreten, mit dem für anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge, die im Land eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen haben, klare Regeln und Verantwortlichkeiten geschaffen wurden. Unter anderem fordert das Gesetz von Zuwanderern aus Nicht-EU-Ländern die Unterzeichnung eines sogenannten Integrationsvertrages, der sie dazu verpflichtet, Deutsch in Wort und Schrift zu lernen und an Kursen über die „grundlegenden Werte der Rechts- und Gesellschaftsordnung“ Österreichs teilzunehmen. Immigranten haben zwei Jahre Zeit, nachzuweisen, dass sie der Integrationsvereinbarung Folge geleistet haben. Denjenigen, die diesen Nachweis nicht erbringen, drohen eine Geldstrafe von bis zu 500 Euro, zwei Wochen Haft und der Verlust der Ansprüche auf Sozialleistungen. Die Abschiebung als Sanktionsmaßnahme ist hingegen nicht vorgesehen. Außerdem verbietet das Gesetz das öffentliche Tragen von Verschleierungen, die das ganze Gesicht verhüllen, und das Verteilen des Koran in der Öffentlichkeit. Bei Zuwiderhandlungen drohen Geldstrafen und sogar eine Freiheitsstrafe. *J.H.*

Rassismus nach innen

Der Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt äußert sich im *PAZ*-Interview über die Fehler der Altparteien

Er ist ein gefragter Gast bei Gesprächssendungen und hat als sozialwissenschaftlich geschulter freier Geist keine Berührungsängste im Umgang mit Freunden und Gegnern. So tritt er sowohl bei der Linkspartei als auch vor konservativen Studentenverbindungen auf und hat oft das letzte Wort: Werner J. Patzelt, deutscher Politikwissenschaftler aus Passau, seit 1991 Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Er gehört zu den ersten maßgeblichen Wissenschaftlern, welche die Pegida-Bewegung in Dresden empirisch untersuchten. Den Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag befürwortet Patzelt mit der Begründung, dass dadurch eine Repräsentationslücke geschlossen worden sei. Für die *PAZ* sprach Bernd Kallina mit ihm.

PAZ: *Gibt es zwischen Bayern und Sachsen eine gewisse Ähnlichkeit in den eher konservativen Grundeinstellungen, die sie von den Menschen aus anderen Bundesländern unterscheidet?*

Werner J. Patzelt: Es sind weniger Ähnlichkeiten in dem, was man gemeinhin konservativ nennt, also Rückständigkeit und Reformunlust. Sondern es gibt große Ähnlichkeit im Stolz auf das eigene Land, auf das schon Erreichte, das zu Bewahrende, das einfach zu Verbessernde. Deshalb haben weder Bayern noch Sachsen große Lust, das von ihnen Errungene durch unbedachte Politik beschädigen zu lassen. Wenn man nun Konservativismus als jene Haltung zur Wirklichkeit versteht, bei der sich das Neue zu rechtfertigen hat, nicht aber das schon Bewährte, dann wird man sagen können: Ja, es gibt da eine Ähnlichkeit im Konservativen.

PAZ: *Zurzeit ist „Sachsen-Bashing“ große Mode, weil die AfD bei der Bundestagswahl dort als stärkste Partei vor der CDU so gut abschnitt. Zu hören sind Sätze wie: „Bitte, liebe Russen, nehmt die Sachsen zurück!“ Oder: „Tschechien, wie wär's? Wir nehmen Euren Atommüll. Ihr nehmt Sachsen!“ Was signalisieren Ihnen derartige Kommentare?*

Patzelt: Solche Aussagen sind rassistisch. Sie zeugen von einem lange schon kultivierten antisächsischen Rassismus. Das ist ein kulturalistischer Rassismus, den wir in den Blick bekommen, sobald wir uns vom engen biologischen Rassismusbegriff verabschieden. Man erkennt Rassismus dann nicht nur beim Umgang mit Andersfarbigen oder Ausländern, sondern auch an der Haltung zu Leuten aus dem eigenen Land.

PAZ: *„Wenn alle applaudieren und loben, dann muss man prüfen“, formulierte vor zweieinhalbtausend Jahren Konfuzius und ergänzte: „Wenn alle verurteilen und verdammen, dann muss man prüfen.“ Wenn die etablierten Funktionseliten in Mainstream-Medien und Politik Pegida und AfD verurteilen und verdammen, was ist Ihr politikwissenschaftliches Prüf-Ergebnis?*

Patzelt: Es ist differenziert. Als Pegida im Herbst 2014 aufkam, hielt ich gerade ein Seminar zur Fallstudien-Forschung. Zum praktischen Üben musste sich jeder Teilnehmer einen Fall aussuchen. Manche wählten Pegida und berichteten wöchentlich, was sie da sahen. So war ich von Anfang an in engem empirischem Kontakt mit einer Sache, die wenig später die öffentliche Diskussion beherrschte. Bei deren Vergleich mit unseren Beobachtungen zeigte sich schnell, wie viele jener Ferndiagnosen voreingenommen oder schlicht falsch waren. Etwa wurde rasch zum gemeinsamen Glauben, dass im Grunde alle Pegida-Demonstranten nationalistisch und fremdenfeindlich, rassistisch und rechtsradikal wären. Leute dieser Art waren zweifellos dabei, doch deutlich in der Minderheit. Aber Differenzierungen wollte kaum jemand hören. Ähnlich ging es später mit der AfD.

PAZ: *Wenn wir einmal „Pegida“ vom demokratietheoretischen Gesichtspunkt aus betrachten, ist es doch eigentlich begrüßenswert, wenn Bürger friedlich demonstrierend auf die Straßen gehen und ihren Forderungen Nachdruck verleihen, oder?*

Patzelt: Es gehört sich in einer pluralistischen Demokratie, dass man sogar unwillkommene Meinungen nicht gleich als Gefahr, sondern zunächst einmal als Herausforderung zum Weiterdenken auffasst. Gerade starke oppositionelle Bewegungen, gleich ob sie sich in Demonstrationen oder im Wahlverhalten ausdrücken, nimmt man am besten zum Anlass, die eigenen Positionen zu überprüfen. Die können sich dabei ja als richtig erweisen. Am besten hält man es deshalb mit Voltaire: Man bekämpft zwar die Meinung des anderen, setzt sich aber mit Entschiedenheit dafür ein, dass er diese Meinung frei vertreten kann. Gerade hierbei ist im Umgang mit Pegida und der AfD Grundlegendes schiefgegangen.



Politologe mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politikwissenschaft an der TU Dresden: Werner Patzelt

PAZ: *Was ist Ihr Kritikpunkt hierbei?*

Patzelt: Es haben sich eben auch redliche Demokraten von einer Grundregel pluralistischer Demokratie verabschiedet: Sie haben abgelehnte Meinungen nicht bloß argumentativ bekämpft, sondern obendrein versucht, auch schon die öffentliche Artikulation solcher Meinungen für ungehörig zu erklären. Pegida-Leute haben sich ja noch selbst ausgegrenzt. Doch selbst mit diskussionswilligen AfD-Leuten wollte man sich nicht vor großem Publikum streiten. Die bekämen nur eine Bühne für ihren Unsinn, sagte man. Doch es wäre eben auch eine Bühne gewesen, auf der man den politischen Gegner vor vielen Zuschauern hätte stolz besiegen können. Solches Kneifen nenne ich Feigheit, und der Siegeszug der AfD ist die verdiente Quittung dafür.

> »Angela Merkel hat den Nutzen Deutschlands nicht gemehrt. Immerhin hat sie sich ans Stiften von Zuversicht gemacht«

PAZ: *Sie haben den Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag als Vorteil bezeichnet, was besorgte Nachfragen und Irritationen im Mainstream-Lager auslöste. Worin besteht dieser Vorteil?*

Patzelt: Vom letzten Bundestag fühlten sich jene Leute nicht mehr vertreten, die sich nicht als links oder mittig ansehen, sondern sich als klar rechts verorten. Jahrzehntelang haben die Unionsparteien auch diese Leute repräsentiert und deren Anliegen in eine vernünftige Mitte-Rechts-Position integriert. Doch unter Angela Merkel beendete die Union dieses kluge Verhalten einer breit aufgestellten, von der Mitte bis weit nach rechts alle Leute ansprechenden Partei. Wer als rechts galt, wurde in der Union kaltgestellt, manchmal gar weggemobbt. Doch rechte Positionen verschwanden nur in der CDU und im Bundestag, nicht aber in der Bevölkerung. So entstand eine Repräsentationslücke im rechten Bereich des politischen Spektrums. Die hat nun auch im Bundestag die AfD geschlossen. Dass diese Lücke geschlossen ist, halte ich für gut. Doch es wäre besser, wenn es dafür nicht die AfD gebraucht hätte.

PAZ: *Die sogenannte Flüchtlingspolitik der offenen Grenzen war wohl der entscheidende Grund für die Stimmengewinne der AfD. Nun meint aber die Kanzlerin Merkel rückblickend, sie habe im Prinzip nichts falsch gemacht und will AfD-Wähler in ihr Lager zurückgewinnen. Kann das gelingen?*

Patzelt: Nein. Weil der AfD vor allem jene zuneigen, die ihr Vertrauen in die Unionsparteien von der Kanzlerin enttäuscht sehen, stößt diese Leute jeder ab, der gar nichts Falsches an der Regierungspolitik der letzten Jahre erkennen kann. Ohnehin wird man allenfalls jene 60 Prozent der AfD-Wähler zurückgewinnen können, die den Etablierten einen Denkzettel verpassen wollten. Auf den muss man aber schon mit klaren Kurskorrekturen reagieren, und die müssen ihrerseits eingebettet sein in Aussagen darüber, wegen welcher früheren Fehler es überhaupt neue Politikakzente braucht. Einfach zu appellieren, man möge doch bitte wieder die CDU wählen, wird ganz wirkungslos sein.

Gar nicht wenige übersehen außerdem, dass ohnehin viele Leute dem etablierten Parteiensystem innerlich gekündigt haben. Anlass – doch nicht letzter Grund – war jene Verbindung aus passiv hingenommener Einwanderung und Verzicht auf wirkungsvolle Abschiebung der Nichtbleibeberechtigten, die unser Land 2015/16 kennzeichnete. Den wenigsten länger schon im Land Lebenden leuchtet nämlich der Sinn dessen ein, dass man freizügig Leute ins Land lässt, sie unter Belastung der normalen Steuerzahler und mittels Verzicht auf wünschenswerte Investitionen versorgt, dann Jahre braucht für die Klärung eines Bleiberechts – und anschließend tausend Gründe findet, sich eben doch nicht wieder von Migranten zu trennen, die kein Recht zum Bleiben haben. Wenn in einer solchen Lage die Kanzlerin auch noch trotzig verkündet, sie wisse nicht, was man überhaupt hätte anders machen sollen, dann wirkt das auf sehr viele Leute wie eine Mischung aus Provokation, Arroganz und Unfähigkeit.

PAZ: *Selbst der renommierte Henry Kissinger stellte zum Jahreswechsel 2015/16 im „Handelsblatt“ kritisch fest: „Wenn sich die Zusammensetzung der Gesellschaft dramatisch schnell verändert als Resultat von äußeren Einwirkungen, dann wird das historische Konsequenzen haben.“ Herr Patzelt, glauben Sie, dass sich die Bundeskanzlerin dieser Konsequenzen wirklich bewusst war, oder ist sie?*

Patzelt: Nein. Andernfalls hätte sie absichtlich irrational gehandelt, was so recht nicht zu ihr passt. Sie war wohl einesteils aufrichtig davon überzeugt, das Richtige zu tun, und andernteils zu gefallsüchtig, als dass sie sich das Überstehen schlimmer Bilder von der Zurückweisung Geflüchteter an deutschen Grenzen zugetraut hätte. Jedenfalls hat sie den Nutzen Deutschlands nicht gemehrt. Immerhin hat sie sich ans Stiften von Zuversicht gemacht …

> »Im Grunde hat unser Staat die Verantwortung für das Gelingen seiner Politik an die Gesellschaft delegiert«

PAZ: *Daher ja auch ihre Parole: Wir schaffen das!*

Patzelt: Ja, doch leider ohne Aufweis eines realistischen Wegs. Im Grunde hat unser Staat die Verantwortung für das Gelingen seiner Politik an die Gesellschaft delegiert. Auch deshalb wurde die Willkommenskultur wie die Praxis einer alle Bürger verpflichtenden Zivilreligion kultiviert. Gewiss auch hätte sich ohne derlei Transzendenzüberschuss ein gigantisches Werk wie der rasche, irreversible Wandel Deutschlands zu einer Einwanderungsgesellschaft nicht gegen so viele und große Vorbehalte durchsetzen lassen. Gelingen konnte dies dank des starken Hangs der Eliten unseres Lands der „Richter und Henker“ zu einer bußfreudigen moralisierenden Umgangsweise mit realen Problemen. Dabei wollen die von „1968“ geprägten Verwalter intellektueller Hegemonie, ihrerseits kosmopolitisch geprägt, möglichst alle Nationalstaaten überwinden und fangen mit Deutschland als Klassenprimus an. Die Mehrheit der schon länger im Land Lebenden will das aber nicht, und so zerfällt zunächst die Wählerbasis der sich als fortschrittlich verstehenden Multikulti-Ideologie und versickert wohl bald schon die Diskursmacht von deren Trägern.

PAZ: *Sehen Sie hierbei einen Zusammenhang zwischen deutscher Selbstbehauptungsschwäche und dauerhafter NS-Vergangenheitsbewältigung dergestalt, dass staatspolitisch notwendige Abwehr- und Schutzmaßnahmen sofort mit Missbräuchen aus der NS-Zeit in Verbindung gebracht und damit undurchsetzbar gemacht werden, wir also eine geschichtspolitisch bedingte Lähmung unseres Gemeinwesens zu verzeichnen haben?*

Patzelt: Ja. In Deutschland wurde nicht nur aus der Geschichte gelernt, was doch höchst wünschenswert ist, weshalb der Verweis auf geschichtliche Zusammenhänge als politisches Argument eingesetzt werden kann. Sondern es wird Geschichte auch gleichsam als Waffe benutzt, und zwar fast ausschließlich die verbrechensvolle Geschichte der Nazizeit. Die eignet sich nämlich vorzüglich zum Kampf gegen alles Rechte beziehungsweise gegen jeden, den man zuvor als „rechts“ zu etikettieren vermochte. Das aber hat oft auch für die Fachpolitik fatale Folgen. Als etwa das Argument auftauchte, um des gesellschaftlichen Zusammenhalts willen sollten aus nach Deutschland gekommenen Türken zunächst deutsche Türken, am Ende aber türkische Deutsche werden, fand sich das rasch gleichgesetzt mit „Zwangsgermanisierung“ und „Aufnordungspolitik“, also mit schlimmstem Rassismus. So geht es bislang quer über alle Politikfelder. Das hindert uns daran, durch wirkungsvolle Integrationsmaßnahmen ein solches Einwanderungsland zu werden, in dem wir wirklich alle gut und gerne leben können.

PAZ: *Ist diese Gemengelage einer deutschen Negativ-Identität Teil, vielleicht sogar wesentlicher Teil, des Gesamtproblems, dem sich kaum jemand anzunähern wagt?*

Patzelt: So sage und schreibe ich das seit vielen Jahren. Das Gift unserer Debatten über Einwanderung und Integration quillt daraus, dass Deutsche – und zwar aus höchst verständlichen Gründen – ein sehr gestörtes Verhältnis zu ihrem Land und zu dessen Geschichte oder Kultur haben. Deutsch zu sein, wird empfunden wie Zahnweh oder Mundgeruch. Man kann zwar damit leben, wünscht sich im Innersten aber Normaleres. Oder man erlebt Deutschsein so, wie – als Mann oder Frau – „im falschen Körper“ zu stecken. Die einen neigen dann zur sich verhärtenden Über-Identifikation, und die anderen wollen „das Deutsche“ an Deutschland ausdünnen. Dazu dient dann zahlenstarke Einwanderung oder das Pflegen der Ansicht, über den Gebrauch unserer Sprache hinaus wäre keinerlei spezifisch deutsche Kultur fassbar. Jedenfalls kann sich kaum einer vorstellen, dass jemand um Deutschlands willen nach Deutschland zuwandern möchte. Das aber macht alle entsprechenden Diskussionen so furchtbar verklemmt. Gerade die gewünschte Zuwanderung verlangt also von uns, wieder zu einem halbwegs entspannten inneren Verhältnis zum eigenen Land zu gelangen. Vielleicht hilft dabei Ironie – etwa grundsätzlich von der „schon länger im Land bestehenden“ Kultur zu sprechen, und so alle Kritik an angeblicher „Deutschtümelei“ ins Leere laufen zu lassen.

Verliererin in Siegerpose

Bloß nichts Strittiges und reichlich Winken – Beobachtungen bei zwei Wahlkampfauftritten Angela Merkels

Zwischen Stade und Hamburg liegen 50 Kilometer. Für Angela Merkel liegen außerdem 23 Tage dazwischen sowie die niederschmetternden Ergebnisse einer Bundestagswahl. In der Hamburger Fischauktionshalle absolvierte sie am 20. September einen Wahlkampfauftritt. Im Stadeum, dem Veranstaltungszentrum der niedersächsischen Kleinstadt Stade, trat sie am 15. Oktober auf. *PAZ*-Autor Volker Kleinophorst hat beide Veranstaltungen besucht. Er sah eine Stehauffrau, eine beredte Schweigerin und eine Verliererin in Siegerpose.



Müde in Hamburg, gut gelaunt in Stade: Dazwischen eine krachende Niederlage bei der Bundestagswahl. In beiden Auftritten beredtes Schweigen über entscheidende Themen Bilder (2): Kleinophorst

Da kommt sie auch schon, die „ewige Kanzlerin“. Von einem Pulk Leibwächter wird sie durch die Menge geschoben. Aufgekratzt und frisch wirkt sie. Oben auf der Bühne des Stadeums reißt sie Witze über Bernd Althusmanns fehlende Krawatte beim gestrigen TV-Duell gegen SPD-Ministerpräsident Stephan Weil. Das kommt an. Die Menge lacht. Die handverlesenen rund 1000 Besucher sind von Beginn an euphorisiert. Fast kann man ihre Bewunderung sogar verstehen. Krachend verlieren und trotzdem Siegerin – das muss ihr mal einer nachmachen. Aber wenn man das mit dem dialektischen Materialismus halt drauf hat ...

Wenn keiner pfeift und trillert, hebt das sicher auch die Stimmung. Das war auf der anderen Elbseite am 20. September ganz anders. Da hat man die Trillerpfeifen bis in die Fischauktionshalle gehört. In Stade ist Protest ganz fern. Vor dem Stadeum lärmt niemand, und in der Halle herrscht eine ganz andere Warmherzigkeit, als bei den Merkel-Fans im frostig-arroganten Hamburg. Der Wahlkreis Stade ist eben CDU-Land, Hamburg SPD.

Dennoch: Merkel hat das niederschmetternde Ergebnis der Bundestagswahl anscheinend gut vertragen. Vor gut drei Wochen in Hamburg kam sie müde und lustlos rüber, merkelte ihre Rede im schwunglosen Singsang runter. Jetzt stellt sich raus: Opposition kann sie besser. Endlich mal Attacke: Mannomann, die SPD und die Grünen sind so was von unfähig. Die würden Niedersachsen kaputtregieren; sie verspielen die Zukunft; Niedersachsen sei ein Hort der Salafisten; Null Toleranz für die Verletzung des Rechtes; Terroristen muss man habhaft werden!

Die Masse spielt mit und applaudiert. Plakate werden geschwenkt. In den Köpfen scheint dagegen Stillstand zu herrschen. Wundert sich doch anscheinend keiner, dass die unfähigen Grünen demnächst an Merkels Seite mitregieren sollen und die unfähigen Sozialdemokraten es die letzten Jahre über kräftig getan haben. Hat Merkel nicht eigentlich alles gemacht, was die SPD wollte? Auf Kosten dessen, wofür die CDU immer stand: solide Finanzen, keine Experimente, Sicherheit.

Interessant ist in der Politik immer, was unerwähnt bleibt: Asyl, Obergrenze, Islam, Vielfalt, CSU, Homo-Ehe, Österreich, EU und Brexit werden nicht angesprochen. Von Familiennachzug ist ebenso wenig die Rede, wie von Messerstechern und Vergewaltigern. Durchs Stadeum klingt eine schwungvolle Rede, die kein Thema berührt, das eventuell keinen Applaus bringen könnte. Die Merkel-Jünger sollen nicht überfordert werden. Das war auch in Hamburg so. Bloß nichts Strittiges.

> Mit »keine Scharia« erntet Althusmann den größten Applaus

Ignorieren lässt sich aber auch dieses nicht: Was Merkel verschwieg, hat Vorredner Althusmann zumindest teilweise angesprochen. Der Pastorensohn ist so eine Art Bauern-Trump. Er mag es markig, spricht deutliche Worte: „Asylrecht ist kein Einwanderungsrecht; wer das Grundsetz nicht achtet und in Parallelgesellschaften fliehen möchte, ist hier falsch; keine Scharia für Deutschland“, erklärt er und erntet dafür den heftigsten Applaus des Abends. Die Ablehnung der „offenen Grenzen“ kann man erspüren. Mit wie viel Elan werden diese Menschen wohl Merkels abschließende Beschwörung gefolgt sein? „Gehen sie raus und sprechen sie bis Sonntag noch 100 Menschen an. Erklären sie denen, wie Niedersachsen mit der CDU wieder gut regiert wird“, hat sie sich gewünscht.

Zunächst einmal aber zelebrieren die potenziellen Merkel-Missionare das Finale im Stadeum: Mit Harmonie, Heimat und – man ist schließlich im Alten Land, einem berühmten Obstanbaugebiet – mit Äpfeln klingt der Abend aus. Einen Korb der Sorte Boskop überreicht die hiesige Apfelkönigin. Google hat verraten, dass die säuerlich schmeckenden Äpfel der Kanzlerin besonders munden. Es folgen reichlich Händeschütteln und reichlich Winken. Stehende Ovationen hat sich die Kanzlerin herbeigeredet. So viel hat sie auch schon lange nicht mehr gelächelt. Auf dem Parkplatz kommen dann allerdings auch einige Besucher ins Grinsen. Die Visitenkarten, die oben an den Fahrertüren ihrer Fahrzeuge klemmen, haben keine Autohändler dort platziert. Die Rückseite ist blau. Das AfD-Logo prangt darauf.

Nachtrag Eins: Althusmann hat der Merkeleinsatz wenig gebracht. Er hat zwar seinen Wahlkreis Seevetal gewonnen, auch Stade ging wieder an die CDU. Wie im Bundestrend lagen beide Male die Zweitstimmen, also die eigentliche Wahlentscheidung für die Parteien, deutlich unter den Erststimmen. Merkels Kommentar: „Ein lokales Wahlergebnis.“

Nachtrag Zwei: Am frühen Sonntagmorgen kam es gegen 6.30 Uhr am Stader Pferdemarkt zu einer Messerstecherei, bei der ein 38-jähriger Mann aus Hamburg schwer verletzt wurde. Der Täter wurde als klein und schmächtig mit schwarzem vollen Haar und südländischem Aussehen beschrieben.

Konservative wittern Morgenluft

In der CDU ist die Debatte um die Nachfolge von Angela Merkel als Parteivorsitzende entbrannt

In der CDU wachsen die Vorbehalte gegen die Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Offen aussprechen möchte das kaum jemand, aber die Nachfolge-Debatte hat begonnen.

Vier Wochen nach dem schwachen Abschneiden bei der Bundestagswahl ist ein mehr oder weniger lautes Rumoren in den Gremien der CDU kaum noch zu überhören. Doch nach dem alten Mikado-Motto „Wer sich zu früh bewegt, verliert“, traut sich von den potenziellen Kandidaten, die auf die Vorsitzende Angela Merkel folgen könnten, niemand wirklich aus der Deckung. Das übernimmt bisher die zweite Garde. „Es wäre wichtig, dass jetzt hier neue Impulse gesetzt werden, vor allen Dingen damit die Partei jetzt nicht mehr aus dem Kanzleramt regiert wird“, sagte der Vorsitzende der Unionsvereinigung Freiheitlich-konservativer Aufbruch, Alexander Mitsch, in der Radiosendung „SWR Aktuell“. „In der CDU gibt es in der sogenannten zweiten Reihe jede Menge gute Leute, die in der Lage wären, den Parteivorsitz zu übernehmen“, sagte Mitsch, der als Nachfolger Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Staatssekretär Jens Spahn oder den Mittelstandspolitiker Carsten Linnemann ins Gespräch brachte.

So deutliche Stimmen sind in der CDU bisher die absolute Ausnahme. Merkels Führungsanspruch als Kanzlerin stellt niemand in Frage, mittlerweile geht man innerhalb der Partei auch davon aus, dass Merkel die gesamte Legislaturperiode durchziehen wird. Offen ist eher, wie in Berlin spekuliert wird, ob sie sogar 2021 für eine fünfte Amtszeit kandidiert. Bei allen Varianten ist jedoch die spannende Frage, ob es ihr gelingt, was noch keinem Kanzler vor ihr geglückt ist: einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin zur Regierungshalbzeit aufzubauen und freiwillig, ohne Druck, einen parteiinternen Putsch oder eine Abwahl den Rückzug aus der Politik zu schaffen. Hinter verschlossenen Türen gibt es allerdings deutlich vernehmbare Signale, dass der Widerstand gegen Merkels Doppelrolle als Kanzlerin und Parteivorsitzende wächst. Ihr „Weiter so“ nach der Bundestagswahl habe der Union geschadet und die krachende Niederlage in Niedersachsen verursacht. Merkel könne den Vorsitz freiwillig an einen jüngeren Politiker abgeben, der dann an ihrer Seite Zeit hätte, ein Profil aufzubauen. Merkels enge Vertraute kommen dafür wohl weniger in Frage. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier nähert sich dem Rentenalter und steht kaum für einen glaubhaften Neuanfang. Gleiches gilt für den bisherigen Innenminister Thomas de Maizière.

Hört man in die Gremien hinein, fällt immer wieder der Name Jens Spahn. Der 37-jährige Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium gilt als extrem ehrgeizig und auffallend gut vernetzt. Merkel hat ihm allerdings eine Zeit lang vorgeworfen, dass er in einer Kampfabstimmung um einen CDU-Präsidiumsposten gegen den von ihr favorisierten Gesundheitsminister Hermann Gröhe angetreten war – und gewann. Schäuble, der designierte Bundestagspräsident, lobt den „Rebellen“ jedenfalls auffällig häufig. „Der hat sich mit Mut in einer Kampfkandidatur gegen Gröhe im Präsidium durchgesetzt. Das gefällt mir immer. Wir brauchen solche Leute“, sagte Schäuble. Wenn es davon „ein paar mehr“ in der CDU gäbe: „umso besser.“

In Talkshows und Interviews habe sich Spahn als kritischer, wertebewusster Kommentator gesellschaftlicher Fehlentwicklungen bei den Themen Islam in Deutschland oder Integration von Flüchtlingen angeboten, lobte unlängst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Das Blatt spekulierte, Merkel könne versuchen, die rheinland-pfälzische Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner in ihr künftiges Kabinett zu berufen, um sie als Gegenspielerin Spahns um den Parteivorsitz in Stellung zu bringen. Doch innerhalb der Partei gilt die ehemalige Weinkönigin spätestens seit ihrer Niederlage bei der Landtagswahl im vergangenen Jahr als extrem angeschlagen. Einen Wahlsieg auf ihrer Seite hat die saarländische Regierungschefin Annegret Kramp-Karrenbauer. Die 55-Jährige gilt als eine der engsten Vertrauten der Kanzlerin. Doch die heimatverbundene Saarländerin hat einen Wechsel nach Berlin kürzlich ausgeschlossen und sich damit wohl auch aus der Debatte um den Parteivorsitz vorzeitig verabschiedet.

In dieser Diskussion fällt neuerdings der Name Paul Ziemiak auffallend häufig. Der Chef der Nachwuchsorganisation Junge Union ist gerade erst 32 Jahre alt und damit ein Jahr älter als der künftige Bundeskanzler Österreichs, Sebastian Kurz, den er als „meinen Freund“ bezeichnet. In Interviews gibt sich Ziemiak staatsmännisch: „Ich finde nicht, dass wir in erster Linie über die Bundeskanzlerin sprechen müssen. Aber wir müssen uns breiter aufstellen, auch mit jüngeren Köpfen in Regierung, Fraktion und Partei“, sagt er ausweichend. Merkels Stellvertreter im Parteivorsitz, der Hesse Bouffier, spricht ebenfalls eher vage von der Zukunft: „Wir haben eine Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin, die in aller Welt anerkannt wird. Angela Merkel ist keine Vorsitzende auf Abruf. Und was wir irgendwann mal machen, steht jetzt nicht zur Debatte. Die CDU sollte bestrebt sein, dass ein Wechsel nicht irgendwie passiert, sondern dass sich die Partei optimal aufstellt. Aber diese Frage stellt sich jetzt nicht.“ Wann sie sich stellt, sagt er nicht.

Peter Entinger

Kommentar: Ist Spahn wirklich der Richtige?

In der Diskussion um eine mögliche Nachfolge von Angela Merkel als CDU-Chefin wird an erster Stelle zumeist Jens Spahn genannt. Ihm traut man am ehesten zu, die CDU wieder auf konservativen Kurs zu bringen. Keine Frage, was er sagt, trifft auf den Punkt. Und sein Mut, sich gegen die Übermutter der Union zu stellen, verdient Respekt. Aber wer Konservativismus propagiert, muss ihn auch leben, um glaubwürdig zu sein. Spahn scheint nach seiner Vita und seiner Lebensweise jedoch alles andere als geeignet zu sein, überzeugend für einen konservativen Aufbruch der Union zu stehen. Würde man ihn zu dessen Galionsfigur machen, wäre das so, als mache man den Inhaber einer maroden Chemiefabrik zum Vorsitzenden einer Umweltschutzpartei. Aufrichtige Konservative können sich von ihm nicht vertreten fühlen.

Sein größtes Manko ist, dass er vom „richtigen Leben“ keine Ahnung hat. Er hat zwar eine Ausbildung zum Bankkaufmann absolviert, ist aber schon ein Jahr danach in die Politik gewechselt. In den Augen dessen, der „immer strebend sich bemüht“ (Goethe) im harten Arbeitsleben bestehen muss, hat er als Berufspolitiker von reiferer Jugend an praktisch nie richtig gearbeitet, nichts geleistet, nichts geschaffen.

Auch hinsichtlich der konservativen Tugenden Fleiß und Strebsamkeit kann er kein Vorbild sein. Für ein wenig anspruchsvolles Politikstudium an der Fernuniversität Hagen hat er sagenhafte 14 Jahre gebraucht. Üblich sind bei diesem berufsbegleitenden Studiengang weniger als halb so viele.

Wer konservativ sein will, muss sich zur Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft des Landes bekennen, für die gesellschaftliche Anerkennung der Bundeswehrsoldaten und ihres Dienstes eintreten. Wie will Spahn das überzeugend tun? Ausweislich seines Lebenslaufes hat er, obwohl wehrpflichtig, keinen Wehr- und noch nicht einmal Ersatzdienst geleistet. Den für einen Konservativen ehrenvollen Dienst für Staat und Gesellschaft hat er anderen überlassen.

Auch in Sachen konservatives Familienbild kann Spahn nicht mitreden. „Kinder statt Inder“ hat die CDU vor Jahren im Wahlkampf plakatiert und damit die Konservativen angesprochen. Spahn ist homosexuell, lebt mit einem Mann zusammen und ist sozusagen ein bevölkerungspolitischer Blindgänger. Mit diesem „Familienbild“ wird der Verfechter der „Ehe für alle“ und des Adoptionsrechts für Homosexuelle konservative Parteimitglieder und Wähler eher nicht begeistern können.

Wenig mit konservativen Tugenden wie Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit in Einklang zu bringen ist seine lukrative Betätigung als Pharmalobbyist, während er gleichzeitig Mitglied des Bundestags-Gesundheitsausschusses war. Das gilt ebenso für seine – auch noch mit Steuermitteln geförderte! – finanzielle Beteiligung an einem Unternehmen, das Steuer-Software entwickelt und wegen dubioser Praktiken ins Visier der Finanzverwaltung geraten ist. Für die Regulierung eben dieser Branche zuständig: Finanzstaatssekretär Jens Spahn.

Nicht jeder, der Wahrheiten offen ausspricht und Missstände in der CDU anprangert, ist deshalb auch der richtige, die Partei wieder dahin zu führen, wo sie einst stand und große Wahlerfolge erzielen konnte. Zweifel daran, dass Spahn zum Hoffnungsträger der Konservativen in der CDU taugt, sind angebracht. Denn das, was er ist und was er macht, ist alles andere als konservativ. *Jan Heitmann*

Abschreckendes Beispiel

Wohin der Multikulturalismus den einstigen Musterstaat Schweden geführt hat

Der einstige Musterstaat Schweden, der sich heute in einem extrem desolaten Zustand befindet, kann als Menetekel dafür dienen, was ungebremste Einwanderung und staatlich forcierter Multikulturalismus auf Dauer anrichten.

Das Königreich Schweden mit seinen rund zehn Millionen Einwohnern hat in Relation zur Bevölkerungszahl in den letzten Jahren so viele Flüchtlinge beziehungsweise Zuwanderer aufgenommen wie kein anderer Staat der Europäischen Union. Der Anteil der Immigranten aus zumeist arabisch-afrikanischen Ländern beträgt deshalb nun schon 18 Prozent – nicht mitgerechnet die vielen illegal Eingereisten. Unter den Neuankömmlingen sind fast eine Million Muslime. So lautet zumindest die Schätzung des privaten Gatestone Institutes in New York, denn offizielle Statistiken hierzu existieren nicht.

Für die 1975 einstimmig vom Reichstag in Stockholm beschlossene Entscheidung, Schweden in eine Hochburg des Multikulturalismus zu verwandeln, zahlte das skandinavische Land einen hohen Preis. Beispielsweise explodierte die Kriminalität. So nahmen die Gewaltverbrechen in den vergangenen vier Jahrzehnten um 300 Prozent zu und die Zahl der registrierten Vergewaltigungen stieg sogar um 1472 Prozent. Damit liegt das statistische Risiko für Frauen, Opfer einer Vergewaltigung zu werden, nur in dem rückständigen südafrikanischen Zwergstaat Lesotho höher. Dabei kommen viele der Taten in Schweden gar nicht mehr zur Anzeige, weil die Polizei kaum noch gegen ausländische Täter ermittelt.

Denn die verschwinden sowieso auf Nimmerwiedersehen in den No-Go-Areas der Vorstädte wie Stockholm-Rinkeby, Malmö-Seved oder Göteborg-Bergsjön mit Immigrantenquoten von über 90 Prozent, in denen sehr viel eher die Scharia herrscht als schwedisches Recht. Davon zeugt, dass mittlerweile bereits jeder zehnte Mord in die Kategorie „Ehrenmord" unter Muslimen fällt.

Ein Umsteuern ist frühestens in einem Jahr zu erwarten

Ein Problem ist aber nicht nur die Verbrechensrate. Immerhin muss Schweden nun schon fast ein Fünftel seines Steueraufkommens für die Immigrationsfolgekosten aufwenden. Darunter fallen auch Zahlungen an islamische Polygamisten. Im Sommer dieses Jahres wurde der Fall eines Syrers bekannt, der mit drei Frauen 16 Kinder zeugte und vom Staat mehrere Häuser mit Meerblick im beliebten Ferienort Saltsjöbaden im Gesamtwert von anderthalb Millionen Euro zur Verfügung gestellt bekam. Deshalb liegt die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter" wohl durchaus richtig, wenn sie prophezeit, dass „das Wohlfahrtssystem Schwedens bald erheblich zusammengestrichen und die Ausgaben der lokalen Behörden ... schon 2020 gewaltige Einschnitte erleben" werden.

Das hängt auch mit der Wirtschaftskrise zusammen, auf die das Königreich momentan zuschlittert. Untrügliche Vorzeichen derselben sind rasant steigende Immobilienpreise, eine auffällig hohe Verschuldung der privaten Haushalte sowie die wachsende Inflationsrate.

Angesichts all dessen erscheint konsequentes Umsteuern in weiten Bereichen der Gesellschaft ratsam. Hierzu dürfte es aber frühestens nach den Wahlen im September 2018 kommen, wenn die Schwedendemokraten, welche die bisherige Einwanderungs- und Integrationspolitik für komplett gescheitert halten und die Rückkehr zur „homogenen Gesellschaft" anstreben, tatsächlich zweitstärkste Kraft im Parlament werden. Den aktuellen Meinungsumfragen zufolge könnte ihnen das gelingen.

Wolfgang Kaufmann



Gewaltexzess in der No-Go-Area: Ergebnis von Ausländer-Unruhen im Stockholmer Multikulti-Vorort Rinkeby im Jahr 2013 Bild: pa

Zeitzeugen


Bild: CF

Fatemeh Khavari – Die aus Afghanistan stammende Immigrantin gehört zu den führenden Organisatoren der „Protestaktionen" von illegalen Einwanderern im Zentrum Stockholms, mit denen die angeblichen Flüchtlinge den schwedischen Staat nötigen wollen, ihnen ein Bleiberecht zu gewähren. Khavari sagte am 10. September 2017, sie habe das Ziel, eines Tages Ministerpräsidentin von Schweden zu werden.

Joakim Lamotte – Auf seiner Facebook-Seite, die inzwischen 131 000 Abonnenten hat, dokumentiert der freie Journalist aus Göteborg sämtliche ihm bekannten Vergewaltigungsfälle in Schweden und baut damit eine Gegenöffentlichkeit zu den etablierten Massenmedien des Landes auf, die das Phänomen weitgehend bagatellisieren. Hierbei bekommt er zunehmend Hilfe von Polizisten, die nicht länger Teil des herrschenden Schweigekartells sein wollen.


Bild: CF

Rakhmat Akilov – Der abgelehnte usbekische Asylbewerber raste am 7. April 2017 mit einem Lkw in die Menschenmassen auf der Stockholmer Flaniermeile Drottninggatan und hernach ins Kaufhaus „Åhléns". Dabei tötete er vier Personen, darunter ein elfjähriges Kind. Akilov gab an, im Auftrag des Islamischen Staates gehandelt zu haben. Er gehört zu den 12 000 ausreisepflichtigen „Flüchtlingen", die sich illegal in Schweden aufhalten.

Dan Tore Eliassohn – Am 21. Juni 2017 gab der Chef der schwedischen Reichspolizei eine Pressekonferenz, in deren Verlauf auch der Bericht der Nationalen Operativen Abteilung über die sozialen Brennpunkte im Lande vorgestellt wurde. Dieser listet insgesamt 60 Gebiete mit erheblicher Ausländerkriminalität auf. Das sind sieben No-Go-Areas mehr als 2015.


Bild: CF

Margot Wallström – Bereits im Oktober 2015 musste die sozialdemokratische Außenministerin Schwedens auf dem EU-Flüchtlingsgipfel in Brüssel bekennen, dass ihr Land bald keine Immigranten mehr aufnehmen könne: Sonst werde „unser System ... auseinanderbrechen". Kurz zuvor hatten die einwanderungskritischen Schwedendemokraten Wallströms Partei erstmals bei Meinungsumfragen überflügelt.

»Keine Nazis auf unseren Straßen!«

Üblicherweise sollten sich Immigranten und Flüchtlinge integrieren, indem sie die Sprache ihres jeweiligen Gastlandes erlernen. Nicht so aber in Schweden.! Denn dort verlangen illegal eingereiste Afghanen, als deren Fürsprecher die linksextreme Pro-Asyl-Organisation „Ung i Sverige" („Jung in Schweden") auftritt, dass die angestammte Bevölkerung des skandinavischen Landes jetzt endlich Kurse in Dari, einem verbreiteten afghanischen Dialekt mit persischen Wurzeln, belege. Denn nur dann könne sie sich in der „neuen Gesellschaft zurechtfinden". So stand es bis vor Kurzem explizit auf der Facebook-Seite der Gruppierung.

Das „Integrationsprojekt" für autochthone Schweden fand am 27. September dieses Jahres auf dem Stockholmer Platz „Norra Bantorget" statt, den die Afghanen seit einiger Zeit besetzt halten, nachdem sie von der Polizei vom zuvor okkupierten „Medborgarplatsen" vertrieben wurden. Und tatsächlich kamen auch um die 50 Personen, von denen allerdings nur knapp zwei Dutzend

Die Schweden sollen sich integrieren

keinen orientalischen Immigrationshintergrund hatten. Die wenigen Dari-Sprachschüler schwedischer Herkunft gehörten fast ausschließlich dem weiblichen Geschlecht an.

Im Internet stieß das anmaßende Gebaren der illegalen Afghanen fast einhellig auf Ablehnung. Viele Facebook-Nutzer meinten, anpassen sollten sich gefälligst die Immigranten und nicht deren Gastgeber. Andererseits blieb der große öffentliche Aufschrei aber aus. Lediglich die als rechtsextrem eingestufte „Nordische Widerstandsbewegung" (Nordiska Motståndsrörelsen, NMR) veranstaltete am 30. September eine Kundgebung in Göteborg, die sich auch gegen die Aktion von „Ung i Sverige" richtete. Das rief gleich 10 000 linke sogenannte Gegendemonstranten auf den Plan, die den NMR-Marsch blockierten. Letzteres wiederum feierten die illegalen Afghanen und deren Unterstützerclique dann mit dem ebenso großspurigen wie bezeichnenden Facebook-Kommentar: „Keine Nazis auf unseren Straßen!" *W.K.*

Kulturfrevel wie beim IS

Zeugnisse der germanischen Vergangenheit sind unerwünscht

Die ausufernden Immigrationskosten führen dazu, dass Schweden wichtige Zeugnisse seiner Geschichte der klammheimlichen Vernichtung anheim gibt. Dieser Skandal wurde kürzlich von Johan Runer, Archäologe beim Stockholmer Landesmuseum, aufgedeckt. Wie er zunächst in der Zeitschrift „Populär Arkeologi" und dann nochmals am 8. August dieses Jahres in einem Interview mit dem „Svenska Dagbladet" enthüllte, existieren klare Anweisungen der Regierungsbehörden an die Privatfirmen, die heute in der Regel Ausgrabungen im staatlichen Auftrag durchführen, „so wenig Funde wie möglich aufzuheben". Das wird mit dem Fehlen entsprechender finanzieller Mittel für die aufwendige Konservierung ur- und frühgeschichtlicher beziehungsweise mittelalterlicher Artefakte entschuldigt.

Ideologische Gründe dürften ebenso eine Rolle spielen. Schließlich sollen die Ausgrabungsstücke, die von der Vergangenheit des Königreiches zeugen, auch nicht in die Hände von Privatleuten geraten. Das begründet die Obrigkeit mit der Gefahr,

Johan Runer: »Wir werfen unsere Geschichte weg!«

dass sonst ein Schwarzmarkt für Fundsachen entstehe und „Plünderer mit Metalldetektoren" angelockt werden. Tatsächlich geht es aber wohl sehr viel eher darum, eine Amnesie herbeizuführen, was die Historie der germanischen Schweden betrifft, um so das Projekt der multikulturell-multiethnischen Gesellschaft weiter voranzutreiben.

Welche Folgen diese spezielle Art von Kulturpolitik hat, zeigte Runer am Beispiel von zwei Ausgrabungen am Ort bronze- und eisenzeitlicher Siedlungsplätze in Lund und Molnby. Wie die offizielle Fundtabelle belegt, entsorgte man folgende Objekte gleich noch an Ort und Stelle: Kupfermünzen, Eisenmesser, metallene Beschläge, einen Thorshammer-Ring und mehrere Amulett-Ringe, Gegenstände aus Holz beziehungsweise Leder sowie diverse unidentifizierte Artefakte, deren Bedeutung für die Wissenschaft nicht einmal ansatzweise geprüft wurde. Insofern hat der Stockholmer Archäologe völlig Recht, wenn er zum Schluss des Interviews beklagt: „Wir werfen unsere Geschichte weg!" *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Garnisonkirche: Der Bau beginnt

Startschuss am 29. Oktober – Schritt für Schritt erhält Potsdam sein historisches Gesicht zurück



Kommenden Sonntag beginnt der Wiederaufbau: Teile des gesprengten Gotteshauses am Standort der Garnisonkirche

Bild: pa

Bereits im Jahr 1991 warb die Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V. für einen Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche. Dieses, aber auch andere Wiederaufbauprojekte sind noch immer stark umstritten, wird aber nach über einem Vierteljahrhundert der Auseinandersetzungen nun Realität.

Der Vorstand der Stiftung Garnisonkirche hat für den 29. Oktober zu einem Gottesdienst geladen, der zumindest den offiziellen Start zum Wiederaufbau der 1968 von den Kommunisten gesprengten Garnisonkirche markieren wird. Erste Arbeiten für das Fundament des Kirchturms mit 42 Pfählen laufen tatsächlich bereits einige Tage zuvor an. Die Planungen der Stiftung sehen vor, zunächst den markanten Kirchturm zu errichten.

In der kalkulierten Bausumme von rund 26 Millionen Euro sind Turmhelm, Glockenspiel und barocke Verzierungen des Turms nicht vorgesehen. Die vollständige Rekonstruktion des Turms nach historischem Vorbild soll erst nach dem Eingang weiterer Spendengelder erfolgen. Rechtzeitig zum Baubeginn hat nun auch die Bundesregierung den von ihr versprochenen Beitrag zum Wiederaufbau freigegeben. Der Bund stellt zwölf Millionen Euro bereit, die ab Anfang des kommenden Jahres ausgezahlt werden.

Gegen das Wiederaufbauprojekt regt sich seit Jahren Widerstand von Initiativen wie „Potsdam ohne Garnisonkirche“, „Christen brauchen keine Garnisonkirche“ oder der Martin-Niemöller-Stiftung. Bei dieser ist nun auch die Freigabe der Bundesmittel auf scharfe Kritik gestoßen.

Aus Sicht der evangelischen Stiftung müsse der neu gewählte Bundestag daran beteiligt werden, „wie an dieser Stelle deutsche Geschichte dargestellt wird“. Ein Sprecher von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) wies als Reaktion darauf hin, dass der Bundestagshaushaltsausschuss die Mittel bereits zu Jahresbeginn formal zur Verfügung gestellt und die Ministerin mit der Umsetzung der Fördermaßnahme beauftragt habe.

> Die Gegner ziehen dennoch weiterhin alle Register

Der Wiederaufbau der Kirche ist nicht das einzige Projekt in Potsdam, das heftige Diskussionen ausgelöst hat. Unmittelbar neben der Baustelle der Garnisonkirche steht ein ehemaliges Rechenzentrum, das derzeit noch von Künstlern genutzt wird. Diese sollten das Gebäude ursprünglich bereits Ende August räumen. Allerdings verlief die Suche der Stadt nach einem Ausweichquartier bislang nicht erfolgreich, sodass inzwischen auch Forderungen nach einer Sanierung und Weiternutzung des Baus aus den 1970er Jahren aufgekommen sind.

Eine Entscheidung zur Zukunft des Gebäudes ist entscheidend, wenn auf lange Sicht nicht nur der Turm, sondern auch das Kirchenschiff der Garnisonkirche wiederhergestellt werden soll. Das ehemalige Rechenzentrum wurde zum Teil auf der Fläche errichtet, auf der bis 1968 das alte Kirchenschiff stand.

Auch am Alten Markt blockiert ein DDR-Bau, das Gebäude einer ehemaligen Fachhochschule, die Rekonstruktion der historischen Stadtmitte Potsdams – zumindest bislang. Inzwischen steht nämlich ein Fahrplan zum Abriss des 40 Jahre alten Baus fest. Ohne Sprengung soll das Haus ab dem 6. November zunächst geschossweise abgetragen werden. Im September 2018 werden laut Plan schließlich der Rückbau und die Verfüllung des Kellergeschosses anlaufen.

Auf dem Areal der Ex-Fachhochschule wird in den kommenden Jahren ein Wohnkarree entstehen, das sich am alten Straßengrundriss orientiert. Zum Teil sind sogar historische Fassaden vorgesehen, wiederauferstehen soll etwa ein Knobelsdorff-Bau und der „Plögersche Gasthof“. Bereits vollendet wurde am anderen Ende des Alten Markts der Nachbau des Palais Barberini, in dem das Kunstmuseum des Mäzens Hasso Plattner eine Heimat gefunden hat (die *PAZ* berichtete).

Erst im Januar eröffnet, hat sich das Museum zu einer weiteren Touristenattraktion Potsdams entwickelt. Allein die erste Sonderausstellung „Impressionisten. Die Kunst der Landschaft“ zog in nur rund drei Monaten 320 000 Besucher an. Zur zweiten Ausstellung „Von Hopper bis Rothko. Amerikas Weg in die Moderne“ strömten weitere 140 000 Besucher ins Palais Barberini.

Für Potsdam ist das Kunstmuseum aus mehreren Gründen ein Glücksfall: Das gesamte Areal rund um den Alten Markt und den Landtag im wiederaufgebauten Stadtschloss hat sich spürbar belebt. Zudem locken die Kunstausstellungen auch Gäste nach Potsdam, die sich nicht vorrangig für die preußischen Schlösser und Parks interessieren. Potsdam wirkt allerdings nicht nur auf Touristen wie ein Magnet, sondern auch auf Zuzügler aus ganz Deutschland und dem Ausland.

Bereits im September sagte die Chefstatistikerin der Stadt voraus, dass Potsdam noch vor Jahresende die Marke von 175 000 Einwohnern erreichen werde. Laut Recherchen der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ ist dieser Stand inzwischen fast erreicht. Eine Anfrage im Rathaus ergab demnach bereits zum Ende des dritten Quartals eine Einwohnerzahl von 174 612. Damit nicht genug: Die brandenburgische Landeshauptstadt verzeichnete sogar den höchsten Anstieg bei Zuzügen in einem dritten Quartal seit dem Jahr 1990. Im Schnitt hat Potsdam seit der deutschen Vereinigung jede Woche 120 Einwohner dazugewonnen.

Norman Hanert

Grundschulen auf Abwegen

Von Theo Maass

Berlin hat es mit Rot-Rot-Grün auf einen zweifelhaften Spitzenplatz geschafft. In einem Test hat der Stadtstaat sogar Bremen als Schlusslicht überholt. Der Bildungsstand der Viertklässler in Berlin ist unter allen Bundesländern der niedrigste. Bekannt war schon seit vielen Jahren, dass die Hauptstadt bei den PISA-Tests im hinteren Drittel liegt. Bei einer gesonderten Untersuchung von Viertklässlern gab es nun sogar die Rote Laterne.

An den Vorbildern der seit Jahrzehnten von CDU und CSU regierten Länder Sachsen und Bayern mag man sich an der Spree nicht orientieren. Kritiker haben die „Vorreiterfunktion“ Berlins bei Inklusion und Asylsucherzuwanderung als Ursache für das Ergebnis ausgemacht. Sorgen machen der Stundenausfall, die Schwänzerquote oder die Gewalt gegen Lehrer.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) legt nun ein neues Qualitätsprogramm auf, das „Berliner Indikatorenmodell“. Im Wesentlichen geht es um sechs Schritte, wobei der erste in der Bestandsaufnahme besteht, so die Senatorin.

Damit sollen Schulen ermittelt werden, deren Niveau besonders niedrig ist. Das Programm der Senatorin sieht dann weitere fünf Stufen vor. Da wird die Frage nach dem „Warum“ gestellt, dann „Mission und Vision“, die Benennung konkreter Ziele sowie die Frage nach dem Erreichen der Ziele. Schlussendlich soll das Programm in eine „To-Do-Strategie“ münden.

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Özcan Mutlu Bildungsexperte der Grünen, meint: „Schule muss ein Ort der Vielfalt, Akzeptanz und des Wohlfühlens sein.“ Was das heißt? Als ich vor 14 Jahren den Elternabend meines Sohnes besuchte, klagte die Klassenlehrerin, er sitze die ganze Zeit in der Spielecke. Ich kannte zuvor so etwas nicht. Die Lehrerin hatte diesen Ort eingerichtet, damit auch lernunwillige Kinder sich wohlfühlen könnten. Statt Aufmerksamkeit und Engagement zu fordern also „spielen“?

Nein, Herr Mutlu, die Schule braucht nicht in erster Linie ein Ort der Vielfalt, Akzeptanz und des Wohlfühlens zu sein. Das kann er sein, dann ist es schön, aber in erster Linie sind die Kinder dort, um etwas zu lernen.

Im Bundestagswahlkampf ließ die SPD plakatieren: „Bildung darf nichts kosten außer etwas Anstrengung.“

Auch hier Widerspruch: die Schule soll nicht nur „etwas anstrengend“ sein. Sie soll anstrengen, fordern und die Kinder so zu höchster Leistung anspornen. Sonst bleibt den Kleinen am Ende nichts anderes, als den Weg des Martin Schulz einzuschlagen – den des Berufspolitikers. Im Bundestag ist die Zahl der Sitze irgendwie denn doch begrenzt.

Zweifel an der ARD

Sachsen-Anhalt will Senderverbund grundlegend reformieren

Rainer Robra, der für Medien zuständige Chef der Staatskanzlei von Sachsen-Anhalt, hat sich für eine tiefgreifende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems ausgesprochen. Gegenüber der „Mitteldeutschen Zeitung“ schlug er den Umbau der ARD zu einem Schaufenster der Regionen vor. Der Senderverbund solle „das Beste aus Mitteldeutschland zeigen, aus dem Norden, aus allen Ländern.“

Der Minister aus Sachsen-Anhalt sieht das derzeitige ARD-Programm zugepflastert mit „zu viel vom Gleichen“ und zu kleinen regionalen Fenstern. Auf die „Tagesschau“ angesprochen, antwortet Robra, „die wäre dann in dieser Form überflüssig“. Der Minister, selbst Mitglied im ZDF-Fernsehrat, erklärte zudem, die von ARD und ZDF unlängst präsentierten Vorschläge gingen nicht weit genug, sie würden zu einer Erhöhung der Beitragsgebühren führen, die sei mit Sachsen-Anhalt nicht zu machen. Das ZDF sieht Robra künftig in der Rolle eines „nationalen Players“.

Der CDU-Politiker übte auch Kritik an den Online-Aktivitäten einiger ARD-Sender und sprach sich für ein konsequentes Verbot presseähnlicher Textproduktionen für die öffentlich-rechtlichen Sender aus.

> »Die Tagesschau wäre dann in dieser Form überflüssig«

Auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) übte scharfe Kritik an der ARD. Laut „Bild“-Zeitung warnte er in einem Brandbrief an die anderen Ministerpräsidenten und die ARD-Vorsitzende vor Plänen der ARD zur Altersversorgung. Laut Ramelow hat sich der Anteil des Rundfunkbeitrags, der bereits jetzt für die Altersversorgung verwendet wird, nach überschlägiger Berechnung „in den letzten 15 Jahren mindestens verdreifacht und droht, weiter zu steigen“.

ARD, ZDF und Deutschlandradio haben vor Kurzem Vorschläge für eine Strukturreform vorgelegt. Das ZDF will bis 2028 rund 270 Millionen Euro einsparen, die Pläne der ARD sehen bis 2028 ein Sparvolumen von rund zwei Milliarden Euro vor. Der Chef der Berliner Senatskanzlei, Björn Böhning, schätzt die Sparvorschläge als nicht ausreichend ein. Der SPD-Politiker erklärte laut „Berliner Tagesspiegel“: „Wir erwarten weitergehende Schritte, wie sie auch die Kommunen getan haben.“ Bislang stehen ARD, ZDF und Deutschlandradio pro Jahr rund acht Milliarden Euro zur Verfügung. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer diskutieren derzeit Sparvorschläge und Reformen für die Sender. *N.H.*

Hertha BSC in der Kritik

Berliner Fußballer kopieren US-Aktion »Knie nieder«

Die „Süddeutsche Zeitung“ nannte den Auftritt „selbstgerecht, eitel, narzisstisch“, für die „Bild“-Zeitung war es gar „dumm und unangebracht“ und dem „Spiegel“ erschien die Aktion bestenfalls „nicht schlimm, aber belanglos“. Dafür erntete Hertha BSC Aufmerksamkeit bis hinein in die Weltpresse.

Der Berliner Fußball-Bundesligist hatte eine Geste US-amerikanischer Football-Spieler kopiert, die beim Abspielen der Nationalhymne vor dem Spiel niederknien, statt die Hymne stehend und nach Landessitte mit der Hand auf dem Herzen mitzusingen.

In den USA hat die Kampagne heftigen Protest ausgelöst. Präsident Donald Trump beschimpfte die knienden Spieler als „Hurensöhne“, Zuschauer buhten sie aus, der Erfinder der Aktion, der farbige Football-Spieler Colin Kaepernick, wurde von seinem Verein in San Francisco gefeuert. Manche, die sich der „Knie nieder“-Kampagne zunächst angeschlossen hatten, sind mittlerweile davon wieder abgerückt angesichts der wütenden Reaktionen.

Den Berliner Fußball-Profis droht indes keinerlei ernstzunehmender Gegenwind. Sie wollen, wie aus dem Klub verlautet, ein „Signal“ für Werte wie „Vielfalt und Toleranz“ sowie „gegen Rassismus“ setzen, womit sie sich in einer Linie mit allen relevanten Kräften in der Bundesrepublik befinden. Da es keine Tradition des Absingens der Nationalhymne vor Sportereignissen gibt wie in den USA, droht ihnen auch keine Gefahr, als unpatriotisch kritisiert zu werden.

> »Es ging um ein allgemeines Image: Wir sind die Guten«

In dieses Bild passt die Nachricht, dass es bei der Hertha keinerlei Diskussion über das Vorhaben gegeben habe. Die Idee sei vom Verein gekommen, die Spieler hätten sofort zugestimmt. Der „Spiegel“ vermutet hinter der Aktion daher reines Werbe-Kalkül: „Es ging um ein allgemeines Image: Wir sind die Guten.“

Der Protest der US-Spieler werde, so moniert das Magazin, „seiner eigentlichen Bedeutung beraubt und auf eine rebellische Geste reduziert“, die, so müsste hinzugefügt werden, in Deutschland alles andere als „rebellisch“ zu nennen wäre. In den Kommentaren verweisen deutsche Medien darauf, dass die Werbeagentur Jung von Matt die Imagepflege von Hertha betreibt. Diese Erwähnung deutet auf den Verdacht hin, dass die Idee zu der Aktion nicht einmal wirklich vom Berliner Verein stammt, sondern womöglich von den Hamburger Werbedienstleistern ersonnen wurde. *H.H.*

MELDUNGEN

Ex-Gouverneur muss in Haft

Jakarta – Der einstige christliche Hoffnungsträger Indonesiens, Basuki Tjahaja Purnama, Gouverneur von Jakarta, muss jetzt für zwei Jahre hinter Gitter, weil er den Propheten und seine Interpreten beleidigt haben soll. Purnama hatte eine Welle der Entrüstung von streng islamischer Seite verursacht, als er 2016 während des Gouverneurs-Wahlkampfes behauptet hatte, dass die Interpretation gewisser Verse des Koran, die es einem Muslim verböten, einen Christen zu wählen, nicht korrekt sei. Radikale Muslime hatten in der Folge das größte islamische Land der Erde zum Schauplatz von Massendemonstrationen gemacht, die schließlich dazu geführt hatten, dass Purnama der Prozess gemacht wurde. *B.B.*

Belgien weist Großimam aus

Brüssel – Belgien hat den Chef aller Imame im Land wegen „Anstiftung zum Hass“ ausgewiesen. Die Behörden werfen dem aus Ägypten stammenden Abdelhadi Sewif vor, in Brüssel den streng islamischen Salafismus zu predigen. Seine Anhängerschaft besteht vor allem aus jungen männlichen Muslimen aus dem Sudan, die in den letzten Jahren und Monaten Brüssel zunehmend bevölkern. Nun kam ein Untersuchungsausschuss des belgischen Parlaments, der die Hintergründe der Anschläge von 2016 untersucht, zu dem Schluss, dass der seit 13 Jahren in Belgien lebende islamische Geistliche ein „für die nationale Sicherheit gefährliches Verhalten“ zeige. Wie der Staatssekretär für Asyl und Einwanderung, Theo Francken, mitteilte, wurde Sewif die Aufenthaltsgenehmigung mit sofortiger Wirkung entzogen. Dagegen hat dieser Klage eingereicht. *B.B.*

Schwarz-Blau ist wahrscheinlich

Mit den NEOS hätten ÖVP und FPÖ eine Zweidrittelmehrheit im österreichischen Nationalrat

Nach dem Erdrutschsieg der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die bei der Nationalratswahl als Liste Sebastian Kurz angetreten war und 31,5 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte, stehen die Zeichen auf eine Koalition mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).

Wenn sich auch die FPÖ so kurz nach der Wahl offiziell noch nicht festlegen möchte, so ist es doch sehr wahrscheinlich, dass es zum ersten Mal seit 2006 zu einer schwarz-blauen Koalition kommen wird. Dann wäre ÖVP-Chef und Außenminister Sebastian Kurz, der die Parteiführung im Mai von Reinhold Mitterlehner übernommen hatte, mit erst 31 Jahren weltweit der jüngste Regierungschef.

Allerdings hat Kurz offiziell eine Dreier-Konstellation zusammen mit der bürgerlich-liberalen Partei „NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum“ auch nicht ganz ausgeschlossen: „Für viele Projekte braucht es auch eine Zweidrittelmehrheit, mehr als nur einen Koalitionspartner.“

Doch dass Sebastian Kurz während des Wahlkampfes auf eine starke Regulierung der Zuwanderung gesetzt und die Asylfrage ganz oben auf die Agenda gesetzt hatte, nahm ihm die FPÖ übel und wertete sie als Themenklau. Dementsprechend wurde der FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache angesichts dessen jahrelanger Warnung vor einer unkontrollierten Zuwanderung und drohenden Islamisierung als „Vordenker“ plakatiert. Für den FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl sei es ein Faktum, dass „60 Prozent der Österreicher ein freiheitliches Programm gewählt haben“.

Mit diesem Programm schaffte es die ÖVP zum dritten Mal in der Parteigeschichte, die SPÖ zu überholen. Beim letzten Mal, 2002, hatte der damalige ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel eine international mit Argusaugen betrachtete Koalition mit den Freiheitlichen geführt.

Der rote Noch-Kanzler Christian Kern, der zunächst den Gang in die Opposition angekündigt hatte, will jetzt eigentlich davon nichts mehr wissen. Vielmehr trachte er danach, „weiter Verantwortung übernehmen“ und mittelfristig den ersten Platz zurückerobern zu wollen. „Mit Verantwortungsbewusstsein“ werde seine Partei Gespräche mit der ÖVP führen. Doch auch wenn die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) mit knapp 27 Prozent der rund 4,3 Millionen Stimmen abgegebenen Stimmen noch um einen Prozentpunkt vor der FPÖ den zweiten Platz erlangte, gilt die Neuauflage einer Regierung aus SPÖ und ÖVP als unwahrscheinlich.

> Sebastian Kurz: »Für viele Projekte braucht es auch eine Zweidrittelmehrheit, mehr als nur einen Koalitionspartner«

Die SPÖ, die in den vergangenen zehn Jahren den Kanzler stellte und nun in die Rolle des kleineren Regierungspartners schlüpfen müsste, hatte im Juni nach ständigen Querelen mit der ÖVP den Neuwahlantrag der Opposition angenommen. Auch angesichts des Zerbrechens der Koalition an ständigem Zank und einem Schmuddel-Wahlkampf, der in gegenseitigen gerichtlichen Klagen der einstigen Koalitionspartner seinen Tiefpunkt fand, wäre eine Neuauflage von Rot-Schwarz eine sowohl in den Parteien selbst als auch in der Bevölkerung eher unpopuläre Option.

Keine Chance auf eine Regierungsbeteiligung haben die Grünen, die bei der Nationalratswahl ein historisch schlechtes Ergebnis einfuhren und aus dem Parlament flogen. Mit einem Verlust von mehr als zwei Drittel der Stimmen scheiterten sie zum ersten Mal seit 1986 an der Vier-Prozent-Hürde für den Einzug in den Nationalrat. „Das ist für uns ein schweres Debakel, eine schwere Niederlage und eine große Enttäuschung“, gestand die grüne Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek ein.

„Lunacek hat die Partei im Frühling kurzfristig übernommen. Dann passierten einige handwerkliche Fehler“, erklärt ein grüner Insider, verweist aber auch auf tiefer liegende Gründe für das desaströse Ergebnis. Auch während der Einwanderungswelle hatten die Grünen auf Positionen verharrt, für die selbst eingefleischte Wähler wenig Verständnis aufbrachten: „Es war intern kaum möglich, das Problem der begrenzten Kapazität anzusprechen“, erklärt ein früherer Funktionär, „aber es grenzt eben an Realitätsverleugnung zu behaupten, dass das Problem mit europäischer Solidarität alleine zu lösen sei.“

Mit ein Grund für das desaströse Ergebnis der Grünen war zweifellos die Abspaltung ihres Abgeordneten Peter Pilz im Juni, der daraufhin eine eigene Partei gründete und gleich beim ersten Anlauf die Grünen überholen konnte. Umso zynischer mag es für so manchen anderen früheren Abgeordneten der Grünen anmuten, dass sich die Liste Pilz über den Einzug ins Parlament freuen darf.

Auch die NEOS werden weiterhin im Nationalrat vertreten sein. Mit einem Stimmenanteil von 5,1 Prozent hat die junge Partei klar die Vier-Prozent-Hürde übersprungen. Insgesamt waren 16 Parteien bei der Nationalratswahl angetreten, sechs davon in einzelnen Bundesländern. Österreichweit hatten zehn Bewerber zur Wahl gestanden. *Michael Link*



Wahlsieger und wohl zukünftige Koalitionspartner: FPÖ-Chef Strache und ÖVP-Chef Kurz (v.l.) Bild: pa

Es droht ein zweites Israel

Kurden fühlen sich nach Unabhängigkeitswahl vom Westen verraten

Ganz Europa schaut in diesen Tagen auf Katalonien. Dabei verlieren viele aus den Augen, dass ein tatsächlich jahrhundertelang unterdrücktes Volk, nämlich die Kurden, bereits am 25. September im Nordirak ebenfalls ein Unabhängigkeitsreferendum durchgeführt hatte. 92,3 Prozent der Wähler hatten für eine Loslösung der Kurden vom Irak gestimmt. Die Regierungen in Bagdad, Ankara und Teheran wollen jetzt die irakischen Kurden für das Unabhängigkeitsvotum abstrafen.

Von den Schutzmächten der Kurden hatte nur Israel das Votum begrüßt. Dagegen kam aus den USA Ablehnung, obwohl die Kurden die engsten und einzigen Verbündeten der USA im Kampf gegen den IS sind und für die USA die Bodentruppen stellen. Die Ablehnung der kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen wird im Westen mit der Instabilität begründet, die nach einer möglichen Unabhängigkeit die ohnehin instabile Region noch unsicherer machen könnte.

Die Kurden werden mit ihren Peschmerga-Kämpfern so lange für die Eindämmung des IS gebraucht, wie es diesen noch gibt. Aber in Kürze werden die IS-Terroristen besiegt sein, dann könnten die USA und auch Russland schnell andere Interessen haben, als die kurdische Souveränität zu unterstützen.

Die unmittelbaren Nachbarländer der Kurdenregion im Nordirak sind bereits in eine Offensive gegen die Kurden übergegangen. Erdogan hat die Grenzübergänge geschlossen und droht damit, die irakischen Kurden auszuhungern und ihre Ölexporte zu blockieren. Der bilaterale Handel zwischen der Türkei und Irakisch-Kurdistan brachte es 2016 auf ein Finanzvolumen von beachtlichen neun Milliarden Euro, die kurdische Region im Nordirak boomte, während sich die türkische Wirtschaft unter Erdogans Ego-Trips einen Rückschlag nach dem anderen gefallen lassen muss.

> Ablehnung selbst bei den Verbündeten aus den USA

Offen ausbrechen könnte ein Krieg um die Metropole Kirkuk, die im Sommer 2014 nach dem Ansturm des IS von irakischen Truppen verlassen und von kurdischen Truppen besetzt worden war. Seit Jahrhunderten wohnen in dieser erdölreichen Region Kurden, Araber und Turkmenen zusammen. Schiitische Milizen sollen nach dem Referendum bereits in die Vorstädte dieser Stadt vorgedrungen sein, die offizielle irakische Armee, mit der zusammen die Kurden noch vor wenigen Monaten gemeinsam Mossul vom IS befreit hatten, wartet noch an der offiziellen Demarkationslinie. Sollten wirklich Kämpfe ausbrechen, wäre das auch phantasielosen westlichen Politikern zuzuschreiben, die seit Bush Schiiten auf Kosten von Kurden und Sunniten gefördert haben und deshalb mitverantwortlich am Chaos in der Region sind.

Nur Israel hat als einziger Staat die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden ohne Wenn und Aber unterstützt, während die Palästinensische Autonomiebehörde Kritik an dem Selbstbestimmungsrecht der Kurden übte, obwohl man es für sich selbst auch beansprucht. Das Bewusstsein, dass die Kurden wie die Aramäer ein separater Volksstamm sind mit eigener Kultur, Sprache und Herkunft, ist in Israel seit jeher präsent. Der Iran, wo selbst eine millionenstarke kurdische Bevölkerung lebt, nutzt diese engen Beziehungen zwischen Jerusalem und den Kurden, um gegen die Kurden zu hetzen. „Kurdistan werde ein zweites Israel werden“, hieß es in Teheran. *Bodo Bost*

Eskalierender Visakrieg

Diplomatische Beziehungen zwischen Türkei und USA kühlen ab

Vor einem Monat saßen US-Präsident Donald Trump und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan freudestrahlend Seite an Seite am Rande der UN-Vollversammlung in einem New Yorker Hotel und versicherten sich ihrer unzerbrechlichen Freundschaft. Nun ist die Männerfreundschaft anscheinend in die Brüche gegangen, denn die Beziehungen der beiden Staaten, die diese Männer repräsentieren, sind auf einem „historischen Tiefpunkt“ angelangt.

Verursacht wurde die Verstimmung durch die Verhaftung eines türkischen Mitarbeiters der US-Botschaft, Metin Topuz, durch türkische Sicherheitskräfte. Der Mann, der vor seiner Einstellung die strengsten Sicherheitsprüfungen durchlaufen haben müsste, stand angeblich auf einer türkischen Terrorfahndungsliste. Weil die Verhaftung für den US-Botschafter offenbar ein reiner Willkürakt war, der eher nach einer Geiselnahme aussah, kündigte dieser einen Tag später an, die Visumvergabe in den US-Vertretungen in der Türkei einzustellen.

Die Türkei reagierte prompt mit Vergeltung und kündigte dieselben Maßnahmen für ihre Vertretungen in den USA an. Der dadurch ausgelöste Visakrieg zwischen der USA und der Türkei verschärfte sich anschließend rhetorisch weiter, allerdings allein von türkischer Seite, weil die Türkei unter der Visumverweigerung am meisten leidet.

Im Visakrieg drohte Erdogan offen mit dem Abbruch der Beziehungen zum NATO-Partner USA und attackierte den US-Botschafter John Bass persönlich. Erdogan denkt, dass Botschafter Bass, der kurz vor seinem Wechsel nach Afghanistan steht, seine Interventionen nicht mit seinen Vorgesetzten abgesprochen hätte.

> Die Eiszeit könnte sich auch auf die NATO auswirken

Die Verhaftung des Botschaftsmitarbeiters Topuz passt in eine Reihe weiterer politisch motivierter Geiselnahmen in der Türkei. So sitzt auch der US-Bürger Andrew Brunson in türkischer Haft. Der protestantische Pastor betreute eine kleine christliche Gemeinde in Izmir, bevor er im Oktober 2016 festgenommen wurde wegen angeblicher Gülen-Verbindungen. Im September hatte Erdogan in einer Rede im Präsidentenpalast von Ankara eine direkte Verbindung zwischen den Fällen Brunson und Gülen hergestellt: „Gebt ihn heraus, dann werden wir versuchen, Euch den amerikanischen Pastor zu geben“, sagte er damals. Damit stellt sich Erdogan offen auf eine Stufe mit Terroristen und Kriminellen, für die Geiselnahmen zum Geschäftsmodell gehören.

Die beiden NATO-Verbündeten mit den größten Armeen steuern auf eine Kollision zu, wie es sie in der türkisch-amerikanischen Geschichte lange nicht mehr gegeben hat. Dennoch wird weiterhin betont, dass die NATO-Partnerschaft davon nicht betroffen sei.

In Syrien könnten sich Angehörige der Armeen der beiden Staaten schon bald militärisch gegenüberstehen. Die USA unterstützen im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ die kurdische YPG, die von der Türkei als syrische Schwester der Terrororganisation PKK betrachtet und bekämpft wird. Ankara arbeitet in Syrien nun verstärkt mit Russland zusammen. Russlands Präsident Wladimir Putin, der auf eine Spaltung der NATO setzt, ist der einzige, der vom Visakrieg zwischen den beiden profitiert. Man sollte nicht vergessen, dass die Türkei 1949 als Gegengewicht gegenüber der damals noch existierenden Sowjetunion in die NATO aufgenommen wurde. *B.B.*

Arbeitsagentur schlägt Alarm

Rasanter Anstieg der Zahl der Minijobber gefährde die Alterssicherung und sei unsozial

Die Zahl der Minijobber in Deutschland steigt. Experten zeigen sich zunehmend alarmiert. Eine aktuelle Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), der Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit, verdeutlicht das geradezu explosionsartige Wachstum der Nebenjobs hierzulande.

Im ersten Quartal dieses Jahres hatten demnach 3,07 Millionen Angestellte, Selbstständige oder Beamte einen Nebenjob. Die Zahl der Menschen, die mehr als einer Erwerbstätigkeit nachgehen, hat sich demnach seit dem Jahr 2003 mehr als verdoppelt.

Unter einem Minijob versteht man eine geringfügige Beschäftigung, die steuerfrei ist. Seit dem 1. Januar 2013 dürfen Minijobber bis zu 450 Euro im Monat verdienen, ohne Steuern oder Abgaben zahlen zu müssen. Das heißt, sie bekommen am Ende des Monats denselben Netto-Lohn, wie sie brutto verdient haben. Von der Möglichkeit, in die Rentenkasse einzuzahlen, lassen sich die meisten Arbeitnehmer befreien. Lediglich der Arbeitgeber überweist einen Pauschalbetrag für Sozialbeiträge und Steuern an die Minijob-Zentrale.

Die IAB-Experten kritisierten bei der Präsentation ihrer Studienresultate mit Nachdruck, dass der Staat die Minijobs durch Steuer- und Abgabefreiheit subventioniere. „Dies ist unnötig und sollte gestrichen werden“, sagte IAB-Forschungsdirektor Enzo Weber. Dem Leiter des Forschungsbereichs „Prognosen und Strukturanalysen“ am IAB und Inhaber des Lehrstuhls für Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Regensburg zufolge sei es sozialpolitisch kurzsichtig, Geringverdiener durch die Förderung von Minijobs in die Mehrfachbeschäftigung zu treiben. Nötig sei vielmehr, die Einkommensmöglichkeiten im Hauptberuf zu verbessern und neue Anreize zu schaffen. „Die Menschen im Nebenjob zu entlasten, setzt sie nur auf das falsche Gleis“, sagte Weber gegenüber dem Internetportal N24.

Nach der Auffassung der Linkspartei steckt hinter den Zweitjobs vor allem finanzielle Not. „Für immer mehr Beschäftigte reicht das Einkommen aus einem Job nicht mehr aus“, hat Linken-Fraktionsvize im Bundestag, Sabine Zimmermann, kürzlich kritisiert.

> Der Staat forciere die Entwicklung noch mit finanziellen Fehlanreizen



Minijobs werden von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern geschätzt: Aufsteller in München Bild: Imago

Weber hält diese Behauptung für nicht belegbar. Die Motive für die Aufnahme eines Nebenjobs lassen sich nach seiner Ansicht grob in zwei Kategorien ordnen. Wenn – erstens – eine Person in ihrer Hauptbeschäftigung nicht so viele Stunden arbeiten könne, wie sie möchte, verdiene sie in der Regel auch ein geringeres Einkommen als gewünscht beziehungsweise nötig. „Beispielsweise kann dann ein Nebenjob notwendig werden, um das Haushaltseinkommen zu sichern, wenn ein Familienmitglied arbeitslos geworden ist oder in Kurzarbeit arbeiten muss; oder wenn ein Partner nach der Ehescheidung unterhaltspflichtig wird und nur noch knapp über die Runden kommt. Dieses erste Motiv fasst alle Gründe zusammen, die aus arbeitszeitlichen beziehungsweise finanziellen Beschränkungen heraus zur Aufnahme eines Nebenjobs führen.“

Daneben gebe es aber auch ein zweites Motiv, das Experten als „Portfolio-Motiv“ bezeichnen. Demzufolge gehe es den Nebenjobbern mehr darum, den Hauptjob um Tätigkeiten zu ergänzen, die Spaß machen oder Prestige einbringen. Beispiele seien der Universitätsprofessor, der als Berater in Wirtschaft oder Politik tätig ist, oder aber der Fließbandarbeiter, der abends gegen Entgelt Konzerte mit der Band gebe. Es sei aber kaum zielführend, dass diese Gruppe steuerlich entlastet werde, sagt Weber.

Die Frage, ob das Geld zum Überleben gebraucht werde oder ob es ein nettes Zubrot sei, lasse sich nicht eindeutig beantworten. Die speziellen Begünstigungen für Nebenjobber kritisierte Weber im Gespräch mit „Spiegel-Online“. „Die allermeisten sind nicht in der Rentenversicherung, und die große Mehrheit der Arbeitsmarktintegration oder berufliche Entwicklung findet über einen Nebenjob üblicherweise auch nicht statt“, sagte der Experte. „Für die meisten ist die Aufnahme eines zweiten Jobs daher ohne Alterssicherung, ohne berufliche Weiterbildung und mit einem zweiten Anfahrtsweg verbunden.“

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds Nord, Uwe Polkaehn, hat von der künftigen Bundesregierung daher eine Kehrtwende in der Minijob-Politik gefordert. Solche Arbeitsangebote dürften nur noch zugelassen werden, „wenn die Arbeitgeber ab dem ersten Euro die vollen Sozialversicherungsbeiträge auf die erbrachten Arbeitsleistungen zahlen“, erklärte er gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. „Der Boom der Neben- und Minijobs zeigt, dass sich die Arbeitgeber hier ein Schlupfloch geschaffen haben, um aus den Sozialversicherungssystemen auszusteigen.“ Das verstärke den Trend zu Billiglohn und Altersarmut.

Die IAB-Autoren betonen, „dass eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit durch Anreize zu belohnen, mit Blick auf die finanzielle Selbstständigkeit der Arbeitnehmer wie auch mit Blick auf Fachkräfteengpässe grundsätzlich richtig ist“. Zudem sei gerade für Geringverdiener, die am ehesten Nebenjobs ausüben, die (Sozial-) Abgabenbelastung in Deutschland im internationalen Vergleich recht hoch. „Die Begünstigung einer zweiten Beschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber ist aber nicht das richtige Instrument, um hier gegenzusteuern. Erstens profitieren von der Regelung auch viele Gutverdiener. Zweitens leisten kleine Nebenjobs gerade für die Personen, für die es besonders wichtig wäre, kaum einen Beitrag für eine nachhaltige berufliche Entwicklung und Alterssicherung.“ *Peter Entinger*

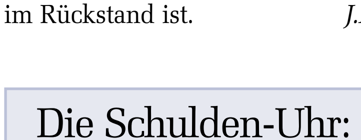
MELDUNGEN

Zypries würdigt kaiserliches Amt

Berlin – Ungewohnte Töne von einem Mitglied der Bundesregierung: Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) hat das vor 100 Jahren zur Steuerung der Kriegswirtschaft gegründete Reichswirtschaftsamt (RWA) als Vorläufer des Bundeswirtschaftsministeriums gewürdigt. Damit sei „die eigenständige Bedeutung der Wirtschaftspolitik in Deutschland erstmals durch Schaffung einer eigenen Behörde zum Ausdruck gebracht“ worden. Mit der Gründung seien wichtige Modernisierungsschritte verbunden, zum Beispiel die Beteiligung von Fachleuten aus der Praxis an der Arbeit des Amtes. Nicht zuletzt habe das RWA Frauen den Weg in die obersten Reichsbehörden geebnet. *J.H.*

Stromversorger greifen durch

Bonn – Wegen unbezahlter Rechnungen haben die Stromversorgungsunternehmen im vergangenen Jahr 330000 Haushalten den Strom abgestellt. Das geht aus dem Entwurf des Jahresberichts von Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt hervor. Zudem verschickten sie rund 6.6 Sperr-Androhungen an säumige Zahler. Eine Abschaltung erfolgt, wenn der Kunde mit mindestens 100 Euro im Rückstand ist. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.977.961.276.403 €

Vorwoche: 1.977.926.563.347 €

Verschuldung pro Kopf:
24.043 €

Vorwoche: 24.042 €

(Dienstag, 24. Oktober 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Entsenderichtlinien-Streit

Vorgeschmack auf erbittert geführte Verteilungskämpfe in der EU

Nach langem Ringen hat sich der Beschäftigungsausschuss des EU-Parlaments für eine Neuregelung der sogenannten Entsenderichtlinie entschieden. Kern der Reform ist der Gedanke, dass für Arbeit am gleichen Ort künftig auch der gleiche Lohn bezahlt wird. Des Weiteren soll die Möglichkeit zur Arbeitnehmerentsendung auf 24 Monate begrenzt werden.

Die bereits 1997 eingeführte Entsenderegelung ermöglicht es Unternehmen, Mitarbeiter für eine begrenzte Zeit in ein anderes EU-Land zu schicken, um sie dort Dienstleistungen erbringen zu lassen. Der Europäische Gerichtshof hat vor gut zehn Jahren signalisiert, dass er dieser Dienstleistungsfreiheit auf dem gemeinsamen Markt Vorrang vor nationalen Arbeitnehmerrechten einräumt. Untersagt wurden zum Beispiel Streiks und Tarifforderungen gegen Entsendefirmen.

In den letzten Jahren sieht man in Brüssel aber zunehmend die Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung, wenn Unternehmen in anderen EU-Ländern mit Niedriglohnkosten auftreten können. Die EU-Kommission hat deshalb bereits vergangenes Jahr eine Reform der Entsenderichtlinie vorgeschlagen. Ein Entwurf von ihr sieht vor, dass entsandte Arbeitskräfte aus anderen EU-Staaten den gleichen Lohn wie einheimische Arbeitnehmer erhalten sollen. Als treibende Kraft hinter den Änderungswünschen gilt Emmanuel Macron. Der Präsident eines Hochlohnlandes betrachtet eine Änderung als Kampf gegen Sozialdumping.

Anders ist die Sichtweise in der Ost-EU mit den dort vergleichsweise niedrigen Löhnen. Die Staaten fürchten, mit einer oktroyierten Angleichung der Löhne einen Wettbewerbsvorteil einzubüßen. Insbesondere in Warschau ist man bestrebt, Veränderungen am Text der EU-Entsenderichtlinie zu verhindern. Polnische Medien gingen sogar soweit, der EU zu unterstellen, sie plane eine generelle Abschaffung der Entsendemöglichkeit.

> Interessenkonflikt zwischen Frankreich und dem EU-Osten

Welche Bedeutung der Möglichkeit, Arbeitskräfte aus EU-Ländern mit niedrigem Einkommen in Länder mit höherem Einkommen zu entsenden, beigemessen wird, zeigt das europapolitische Magazin „euractiv“. Es schreibt der Entsendemöglichkeit sogar zu, für eine Umverteilung des Reichtums gesorgt zu haben: „Die Praxis der entsandten Arbeitskräfte hat de facto teilweise die nicht existierende europäische Fiskalpolitik ersetzt.“

Wahrscheinlich ist, dass der Streit um die Richtlinie nur einen Vorgeschmack bietet von zu befürchtenden, erbittert geführten Verteilungskämpfen in der EU. Bereits im kommenden Jahr werden die Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen 2021 bis 2028 starten. Der Ausstieg der Briten als drittgrößter EU-Beitragszahler wird dazu führen, dass beim EU-Haushalt künftig gut zwölf Prozent der Einnahmen fehlen. Haushaltskommissar Günther Oettinger will die Lücke durch einen Mix aus Einsparungen und höheren Einzahlungen der EU-Staaten stopfen. Der SPD-Chef Martin Schulz sprach sich vor Monaten dafür aus, die Vergabe von EU-Geldern an die Kooperationsbereitschaft der Mitgliedsländer in der Zuwanderungsfrage zu knüpfen. Angesprochen fühlen müssen sich damit abermals Polen, aber auch Ungarn, die Slowakei und die Tschechei. Auch in den Plänen des französischen Präsidenten zum Umbau der Eurozone steckt Potenzial für eine Blockade und langfristig sogar für eine Spaltung der EU. *Norman Hanert*

Allianz gegen Boeing

Airbus übernimmt 50,01 Prozent der C-Serie von Bombardier

Der europäische Flugzeugbauer Airbus übernimmt die Mehrheit der Mittelstreckenflugzeug-Sparte des kanadischen Herstellers Bombardier. Wie aus einer Erklärung beider Firmen hervorgeht, will Airbus künftig einen Anteil von 50,01 Prozent der sogenannten C-Serie von Bombardier-Flugzeugen mit 100 bis 150 Sitzen halten. Der Anteil von Bombardier soll bei 31 Prozent liegen, weitere 19 Prozent liegen bei der Investmentbehörde von Quebec. Die Behörden müssen den Einstieg von Airbus noch prüfen.

Gelingt das Geschäft, dann könnte sich die Zusammenarbeit als cleverer Schachzug erweisen. Bombardier sah sich nämlich wachsendem Druck aus den USA ausgesetzt. Dem US-Konkurrenten Boeing ist es bislang sehr effektiv gelungen, Bombardiers Mittelstreckenjets vom Markt in den Vereinigten Staaten fernzuhalten. Ein Angebot Bombardiers an die Fluglinie United Airlines konterte Boeing zum Beispiel mit Erfolg, indem es einen massiven Rabatt für eigenes Fluggerät anbot. Vor Kurzem scheiterte Bombardier auch bei der Fluggesellschaft Delta Air Lines, die eine Bestellung für 75 Regionaljets des Typs C-100 aufgeben und sich zusätzlich eine Optionen auf weitere 50 Flieger sichern wollte.

Boeing hatte argumentiert, Bombardier würde illegal subventioniert. US-Präsident Donald Trump hatte sich dieser Sichtweise angeschlossen und für den Verkauf der kanadischen Flugzeuge CS100 und CS300 eine 80-prozentige Anti-Dumping-Steuer sowie einen Strafzoll von 220 Prozent verhängt. Mit dem Airbus-Einstieg dürften die Strafzölle vermutlich nicht mehr zu halten sein. Airbus will die Endmontage der C-100-Jets in seinem Werk in Alabama durchführen. Damit dürfte die Drohung von Strafzöllen ins Leere gehen.

> Europäer und Kanadier können sich als Gewinner sehen

Der hochverschuldete Bombardier-Konzern kann sich des Weiteren Hoffnung auf eine finanzielle Entlastung machen. Die speziell für den US-Markt konzipierten Mittelstreckenjets seiner C-Serie gelten technisch zwar als anspruchsvoll, haben aber auch immense Entwicklungskosten verursacht. Auf der anderen Seite hat Bombardier seit anderthalb Jahren keine neuen Bestellungen für die Mittelstreckenflieger erhalten. Die Schwierigkeiten waren so groß, das bereits 2015 die Regionalregierung von Quebec mit einem Anteil von knapp 50 Prozent bei dem angeschlagenen Flugzeugbauer eingestiegen war. Die staatliche Beteiligung war wiederum ein gefundenes Fressen für die Argumentation des Flugzeugbauers Boeing. Nun, mit Airbus im Rücken, verbessern sich die Marktchancen schlagartig. Airbus verfügt über gute Kundenbeziehungen zu den großen Fluggesellschaften in den USA.

Profitieren kann das Gemeinschaftsunternehmen von Bombardier und Airbus zudem von dem weltweiten Wartungsnetzwerk, das der europäische Konzern aufgebaut hat. Auch der Einkauf dürfte günstiger werden. Airbus hat wegen seinem Produktionsvolumen eine sehr viel größere Marktmacht bei Zulieferern.

Allerdings kann sich auch Airbus als Gewinner sehen. Vereinbart wurde offenbar, dass Airbus keinen Kaufpreis zahlen muss und sich auch nicht an den Schulden von Bombardiers Flugzeugsparte oder den Entwicklungskosten der C-Serie beteiligen muss. Quasi gratis erhält der europäische Flugzeugbauer damit ein neu entwickeltes Flugzeugmodell, das die eigene Angebotspalette perfekt ergänzt. *N.H.*

Abgeordnete ohne Gestaltungsmacht

Von Walter Schmidt-Glaeser

Es ist kein neues Phänomen. Schon die Republikaner, die DSU und erst recht die NPD mussten damit zurechtkommen: Rechte Parteien, auch nichtextremistische, werden von den installierten politischen Parteien dezidiert bekämpft und ihnen ohne Wenn und Aber jeglicher demokratische Charakter abgesprochen, obgleich keinerlei Zweifel darüber bestehen kann, dass auch rechte, nicht nur linke Politik (jeweils bis zum Extremismus), zu einer „normalen" Demokratie gehört. Diese Staats- und Regierungsform ist offen und pluralistisch angelegt, nicht eng und einseitig. Das macht ihre Freiheitlichkeit aus.

Nach dem Auftreten der AfD und ihren zunehmenden Erfolgen bei den Europa- und bei Landtagswahlen, schließlich sogar bei der Bundestagswahl 2017, verschärfen sich die Angriffe und werden zunehmend kompromissloser. Inzwischen vermerken auch distanzierte Beobachter, dass der Ekelfaktor den Umgang mit der AfD prägt. Diese Beobachtung konnte man auch schon bei Parteibesprechungen nach Landtagswahlen beobachten, aber die Abneigung wird – nach wie vor bedingungslos unterstützt durch den jeweiligen Fernsehmoderator – zunehmend übermächtig und der jeweilige AfD-Vertreter zu einer Art „Ausgestoßenem".

Nun fragt man sich freilich, wem denn eigentlich diese Ausgrenzung gelten soll. Geht es wirklich um den AfD-Abgeordneten oder in Wahrheit um die Bürger, die diesen Kandidaten wählten und dadurch zum Abgeordneten legitimierten. Ekeln sich diese Parteiführer also vor dem Souverän? Eine erstaunliche Folgerung, die nichts anderes bedeuten würde als die Desavouierung der existenziellen Grundnorm jeglicher Demokratie, dem Verfassungsgebot nämlich, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht und vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird.

Diesem Verwurf möchte man sich natürlich nicht aussetzen und beruft sich auf die hässlichen Verführungskünste der AfD-Kandidaten (beispielsweise durch Angst), die ihr die Wähler zutreiben würden. Damit wird aber nur ein weiterer elementarer demokratischer Grundsatz verletzt, nämlich die der Volkssouveränität notwendig zugrunde liegende Annahme einer Fähigkeit der Bürger, als Wähler „richtig" zu entscheiden. Das Argument mit den Verführungskünsten läuft also darauf hinaus, dass man den Wähler für demokratisch inkompetent ansieht, weil er unselbstständig und manipulierbar ist. Wenn es gelänge, diese Einstellung zum Wähler durchzusetzen, dann droht die totale Herrschaft der jeweiligen, durch die Medien willfährig unterstützten Meinungsführer.

> Keine Partei ist es wert, ihretwegen die Demokratie zu ruinieren

Das wäre der Anfang einer Auflösung der parlamentarischen Demokratie. Früher waren es meist radikale Parteien des linken und rechten Randes, welche die Menschen nicht für mündig, sondern für erziehungsbedürftig erachteten. Heute herrscht diese Einstellung bei den Trägern des Mainstreams.

Verheerend ist der letzte, durchaus konsequente Schritt, der sogenannte „Schweriner Weg", nämlich die Ausschaltung der AfD-Abgeordneten durch die Ablehnung aller Anträge ihrer Fraktion und einzelner ihrer Mitglieder durch die anderen Parteien ohne jegliche Diskussion und ohne Berücksichtigung ihres Inhalts. Einem Teil des Souveräns wird damit seine ihm zustehende Gestaltungsmacht im Parlament entzogen. Die Wahl der betroffenen Abgeordneten wird damit zur Makulatur.

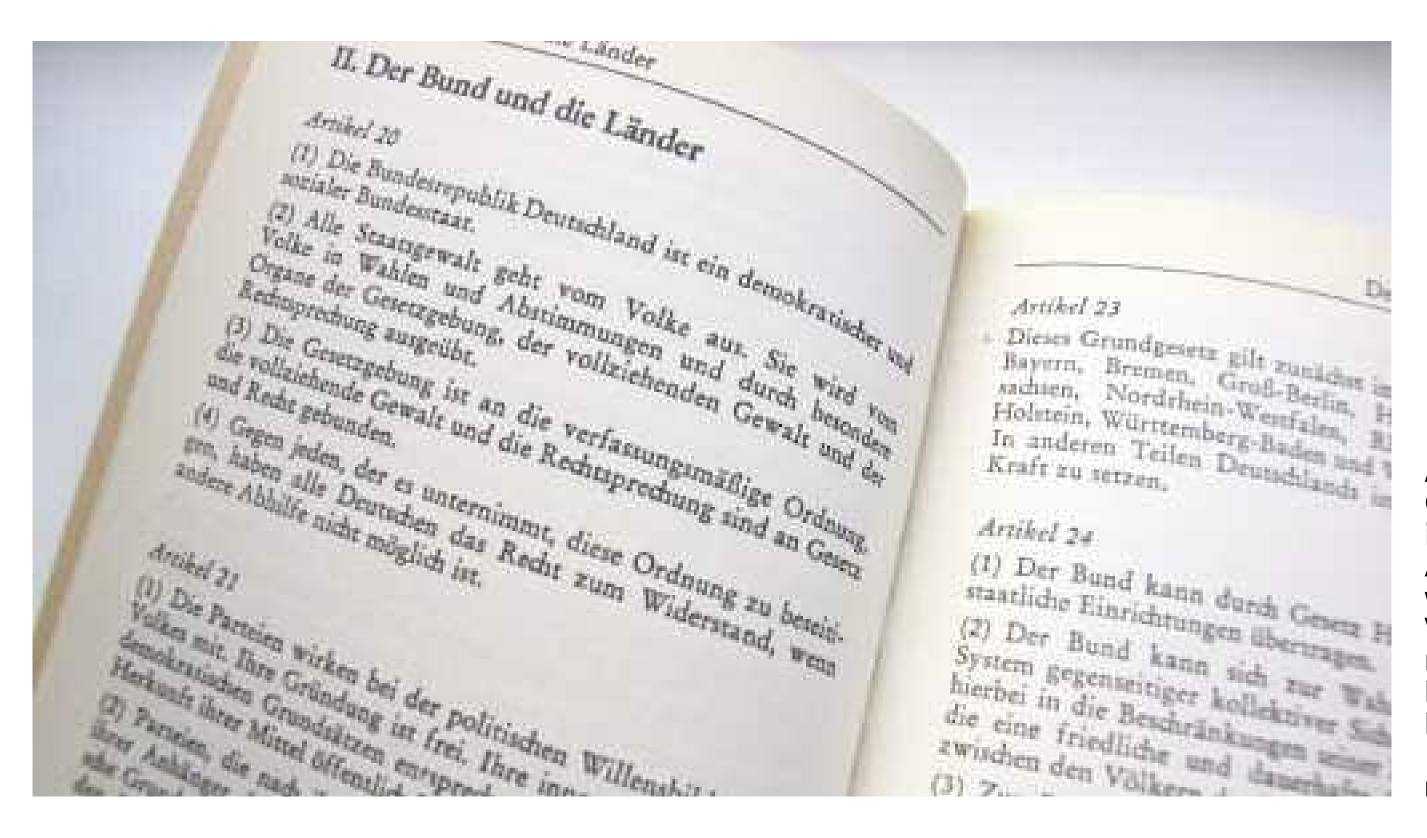
Man mag über die AfD denken, wie man will. Jedenfalls sollte unbestritten sein, dass es keine Partei wert ist, ihretwegen die Demokratie zu ruinieren. Hält man die AfD wirklich für so brandgefährlich, dass sie unsere freiheitliche Ordnung zerstören könnte, dann muss gegen sie das Verbotsverfahren geführt werden. Darüber aber entscheidet allein das Bundesverfassungsgericht und entscheiden nicht irgendwelche Politiker oder Parteien. Meint man es aber nicht so ernst und geht es den anderen Parteien doch mehr um den Verlust von Marktanteilen, dann sind derartige Machenschaften zur Ausschaltung politischer Konkurrenten verwerflich. Äußerst beunruhigend ist es im Übrigen, dass diese offenkundigen Verfassungsbrüche auch in der (wissenschaftlichen) Öffentlichkeit kaum diskutiert werden.

Der Autor ist emeritierter Rechtsprofessor mit dem Arbeitsschwerpunkt Öffentliches Recht und CSU-Mitglied. Von 1994 bis zu dessen Auflösung 1996 war er Präsident des Bayerischen Senats, der neben dem Landtag zweiten Kammer der Volksvertretung.

Systeme schließen

Von Eberhard Hamer

Offene Sozialsysteme zieht umso größere Sozialimmigration an, je höher die Differenz der Sozialversorgung gegenüber anderen Systemen ist. Die Zusatzkosten der Sozialimmigration treiben die Lohnnebenkosten für die Betriebe in die Höhe, vermindern deren internationale Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere sind offene Rentensysteme immer explosionsgefährdet, wenn die Politik wachsende Fremdrentenansprüche schafft, Zuwanderern ohne Beiträge Rentenrechte zubilligt und auch Rentenexport ins Ausland zulässt. Wer also das Rentensystem international öffnet, legt damit den Sprengsatz zu seiner Zerstörung. Auch für die Sozialleistungshöhen gilt, dass Hochversorgungssysteme nur gegenüber der Zuwanderung zu sichern sind, wenn sie national geschlossen werden, also die Berechtigung zu Sozialleistungen national begrenzt wird. Als offenes Sozialsystem bleibt es für die Armen der Welt attraktiv, wird sich dann durch Überforderung reduzieren müssen und weltweit nivelliert. Wer hohe Sozialversorgung national erhalten will, darf den Zuwanderern keine Sozialleistungen gewähren, muss also die Sozialfreizügigkeit beenden.



Artikel 20 des Grundgesetzes ist eindeutig: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, – nicht von Parteien oder Politikern

Bild: tws

Frei gedacht

Schöne Welt. Arme Welt

Von Eva Herman

Was könnte unsere Welt so schön sein, pflegte meine Großmutter früher öfter zu sagen. Während sie stets nach diesem Satz laut seufzte, dachte ich mir meist den Rest des niemals von ihr zu Ende geführten Gedanken: Doch wir Menschen sind einfach nicht in der Lage dazu! Als ich kürzlich auf einer Reise in die Neue Welt an einem Treffen zwischen dem US-deutschen Ethno-Botaniker und Kulturanthropologen Wolf-Dieter Storl und einem Oberhäuptling der kanadischen Mi:kmaki-Indianer teilhaben durfte, wurde mir unser schweres Dilemma, in dem wir, die sogenannte zivilisierte Welt, stecken, wieder einmal schmerzlich deutlich.

Storl, der nahezu die ganze Welt bereist hat, um Kultur und Tradition zahlreicher Völker zu erforschen, vornehmlich deren Verhältnis zu heimischer Pflanze und heimischem Tier, sprach von der Unfähigkeit des durchschnittlichen Homo Sapiens, sich heute noch mit der Natur verbinden zu können, um überhaupt je wieder zu sich zu gelangen. Enge, Stress, Hetze und allwährender Druck verbieten doch längst, den so notwendigen inneren Ausgleich, der in der Ruhe der Natur am besten zu entdecken wäre, zu finden, verbunden vorzugsweise mit einem dankbaren Gebet für all die herrlichen Gaben, die uns die Natur bislang verlässlich schenkte. Was meinte er damit?

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Nun, der Naturwissenschaftler war eines Oktobertages mit uns durch die ostkanadische Landschaft gestreift, die im „Indian Summer" gerade in ein herrlich goldgelbes wie auch flammenrotes Farbenmeer getaucht war. Manche Büsche und Bäume sprühten geradezu Feuer, wild loderte das Laub wie in leuchtend roter Glut einer untergehenden Abendsonne, übermütig changierten die gleißenden Farbtöne im Rhythmus des kräftigen Herbstwindes, während die Sonne dem unbeschreiblichen Szenario ihr prachtgoldenes Himmelslicht schenkte. Gerade gewachsene Zedern und wiegende Fichten, die das Bild immer wieder durchbrachen, hatten indes ihr vornehm grünes Kleid nicht verändert und boten angenehme Ruhepunkte in dem atemberaubenden Glanz. Welch ein Erlebnis! Ich war zutiefst gerührt. Es war, als hätte der Schöpfer alle Pracht und Schönheit aufgeboten, um uns, den Menschen, zu sagen: Schaut her. Schaut doch endlich genau hin! Nehmt diese Welt wahr, sie ist doch so schön!

Der Forscher führte uns an einen Wegesrand, an dem etliche Kräuterlein warteten, an denen man zuvor schon oft achtlos vorübergegangen war. Sogleich kniete er am Feldboden, vorsichtig nahm er das Köpfchen eines zartblass blühenden Pflänzchens in die Hand. Wusste jemand etwa ihren Namen? Nein, leider nicht. Es war der Augentrost, so lernten wir. Hat jemand etwa entzündete Augen, vielleicht vor der stundenlangen Computerarbeit, so konnte der Augentrost ihm ein feiner Freund werden. Ein Tee aus ihm gekocht, musste man nur die Augen öfter auswaschen damit, und schon konnte man das Ärgernis recht schnell loswerden. Ach, ja? Und so vieles andere berichtete er aus dem herrlichen Garten der Natur, vom treuen Wegerich zum Beispiel, der sich bei Insektenstichen und zur Wundheilung stets als guter Gefährte erweisen möchte, so man ihn doch nur endlich ließe. Und in Notzeiten: Ja, wer hätte es denn gedacht, dass man Wurzelwerk, Blätter, Blüten, Samen und Stiele als wunderbare Heilnahrung verwenden kann, und zwar beinahe sämtlicher Pflanzen und Büschlein. Kaum zu glauben, was er wusste, dieser weise Mann, und was alles für ihn so selbstverständlich war. Beschämt sahen einige von uns zur Erde. Tatsächlich, wir hatten viel verloren, sowohl beim Herunterschauen zur guten, alten Erde als auch beim Blick himmelwärts.

Wenig später kam er dann dazu, der Oberhäuptling des Stammes der Mi:kmaq vom Territorium der kanadischen Ostküste. Den Würdentitel hatte er von seinen Urvätern geerbt, generationenlang war es so Tradition gewesen. Der Chief, der auch als Professor und Kulturbeauftragter einer ostkanadischen Universität tätig war, trug ein farbenprächtiges Gewand und edelsten Federschmuck, der mit einem breiten Band, das sich quer über die Stirne zog, verbunden war. Gemessenen Schrittes trat er in stolzer, aufrechter Haltung vor und erzählte die Geschichte seiner Ahnen, die er schon als Kind gelernt hatte. So berichtete der Häuptling von sieben Schöpfungsebenen, die von Anbeginn aller Zeiten existierten. Wunderbar war, seine Rede anzuhören, waren seine Worte doch durchdrungen von Vornehmheit, Verantwortung und Nachhaltigkeit. Und von Liebe. Liebe zur Natur, Liebe zu Mutter Erde, Liebe auch zu Großvater Sonne, wie er sie nannte. Er sprach von dem geheiligten Adler, der als edelster Botschafter des Himmels betrachtet werde und uns Menschen immer wieder Nachrichten aus höheren Ebenen übermittele. Viele Mitglieder seines Volkes, so der Häuptling, das ja erheblich dezimiert worden war im Laufe der letzten zwei, drei Jahrhunderte, verstünden die Botschaft des Adlers selbst kaum noch, da Wurzeln und Erinnerungen von altem Glauben und Werten systematisch ausradiert worden seien von den europäischen Einwanderern.

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Man spürte den bitteren Verlust, den Schmerz, für den doch immer wieder nur wir Menschen verantwortlich sind, durch falsche Worte, falsches Tun. Durch Unwissenheit der Schöpfungsgesetze auch, die wir so sträflich ignorieren und uns selten nur um Verantwortung und Zukunft kümmern. Verlust, wohin man schaut: Verlust des Richtigen, des Wichtigen, Verlust der eigenen Identität, Verlust von Kultur und Tradition, Verlust auch der Verbindung mit dem Licht, dem Himmel und – der Liebe. Wer sich die Geschichte der indigenen Völker nicht nur in Nord- und Südamerika ansieht, dem kann es dabei nur schwindelig werden. Wer sich aber die derzeitige Geschichte einiger Völker ansieht, die heute offenbar zum Untergang verurteilt sind, so kommt ein schmerzliches Ahnen des Bevorstehenden.

Eine Friedenspfeife wurde schließlich geraucht im fernen Kanada. Der Häuptling hatte den Ethno-Botaniker zu der seltenen Zeremonie eingeladen. Süßgras, Salbei, Zeder und weitere Heilkräuter wurden gestopft, und während der wohlduftende Rauch emporstieg, besiegelten die beiden weisen Männer ihre Freundschaft. Diese Freundschaft basiert auf Respekt, Toleranz, Verantwortung und Nachhaltigkeit, damit man auch den nachfolgenden Generationen noch einen Lebensraum hinterließe, der sich als wirklich lebenswert erweise.

Als der Häuptling die Zeremonie schließlich zu beenden gedachte, teilte er seinem neuen Bruder mit, dass die gemeinsam beschlossenen Werte für immer Gültigkeit behielten und beide sich ausnahmslos daran zu halten hätten. Würde man den Sinn der Worte zu einem späteren Zeitpunkt abändern wollen, so wäre dies erst möglich bei einem weiteren, gemeinsamen Ritual der Friedenspfeife. So und nicht anders hatten es einst auch die Ahnen gehalten, denen Treue, Verlässlichkeit und Verantwortung für den Nächsten an oberster Stelle standen.

Tja, diese Form der Politik könnte tatsächlich funktionieren. Was könnte unsere Welt so schön sein … Ich musste dann an die Koalitionsverhandlungen denken, die fern von Weisheit und Güte, fern auch vom Willen zu Nachhaltigkeit und Verantwortung für unsere Kinder, wie ein armseliges, trübes Kasperletheater derzeit in Deutschland aufgeführt werden.

Kein Ende der »Schickeria«

So klingt Elvis auf Bayerisch – Die Münchener Band Spider Murphy Gang feiert ihr 40-jähriges Bestehen

„Mir san a bayerische Band.“ Diese Zeile kennt fast jede Generation in Bayern und darüber hinaus. Die Rede ist von der Spider Murphy Gang, die dieses Jahr auf 40 Jahre Bandgeschichte zurückblickt. Ihr „Skandal im Sperrbezirk“ und „Schickeria“ sind zu Dauerhits geworden. Am 28. und 29. Oktober bilden die Konzerte in der Münchener Olympiahalle den Höhepunkt des Jubiläums.

Die Bandhistorie begann aber früher. Günther Sigl, nach seiner Jugend und den Berufsjahren als Bankangestellter in Karlsruhe und seit 1967 in München, hängte 1971 den Beruf an den Nagel, um sich ganz der Musik zu widmen. Bei der Bildung einer neuen Band kamen der aus Kulmbach stammende Schlagzeuger Franz Trojan und als Gitarrist der Fernmeldetechniker Gerhard Gmell dazu, der von Jugend auf den Spitznamen „Barney“ hat. Zusammen mit Fritz Haberstumpf bildeten die drei die Band „Stummick“. Als Repertoire kristallisierte sich wegen der vielen Auftritte in US-Clubs der Rock ’n’ Roll heraus.

Mitte 1977 verließ Haberstumpf die Gruppe, im Sommer übten sie zu dritt, bis Barney von dem Pianisten Michael Busse erzählte. Bei einem Besuch bei Busse waren die beiden Gitarristen hin und weg von dessen Piano-Spiel – und verpflichteten ihn für ihre Band.

Als nächstes stand die Erarbeitung eines Rock ’n’ Roll-Programms an – und ein neuer Bandname. Dieser – Spider Murphy Gang – ist einem Textabschnitt aus Elvis Presleys „Jailhouse Rock“ entlehnt.

Die Münchener Musikszene zu erobern, war allerdings nicht leicht. Doch dann fiel dem Clubbetreiber des „Memoland“, Memo Rhein, im Fasching 1978 kurzfristig eine Band aus, sodass er die Spider Murphy Gang engagierte. Da die Band gut ankam, wurde das Engagement verlängert.

Im Radiosender Bayern 3 spielte damals Georg Kostya wöchentlich Rock ’n’ Roll in seiner Sendung „Aus meiner Rocktasche“. Die Spider Murphy Gang hatte inzwischen eine Langspielplatte herausgebracht, und Kostya nahm Kontakt auf. Denn er plante eine Live-Sendung mit dem Titel „Rockhouse“. Der Clou dabei sollte Rock ’n’ Roll in bayerischer Sprache sein.

Sigl und Co. fanden Gefallen daran. Und im Hintergrund schwang der Rock ’n’ Roll im Stil des in diesem Jahr verstorbenen US-Sängers Chuck Berry mit. „Chuck war ja der Urvater des Rock ’n’ Roll, er hat das Gitarrenspiel für alle späteren Rock ’n’ Roll-Bands entwickelt“, erläutert Sigl, „nicht so sehr aus dem Rockabilly-Bereich, er hatte seine Wurzeln ja in den Big Bands.“ Und Barney Murphy ergänzt: „Chuck Berry hat viel aus den 20er und 30er Jahren übernommen, hat es aber in ein neues rhythmisches Gewand gesteckt. Und er hat Jazz-Akkorde in seinen Rock ’n’ Roll mit hereingebracht. Solche schrägen Akkorde gab es zuvor nicht.“

1980 kam die LP „Rock ’n’ Roll Schuah“ heraus, und in der deutschen Musikszene nahm die „Neue Deutsche Welle“ Fahrt auf. So traf 1981 der auf Hochdeutsch gesungene „Skandal im Sperrbezirk“ mit der neuen deutschen Poprichtung zusammen. Dass das Lied über die Prostituierte „Rosi“ im Bayerischen Rundfunk nicht gespielt wurde, erhöhte nur dessen Popularität: Die Nachfrage nach der Single und der LP „Dolce vita“ stieg enorm. Wegen des Bannes für die „Rosi“ schob die Band als weitere Single „Schickeria“ nach – ebenfalls mit Top-Quoten. Die „Gang“ war nun absolut top.

Es lief richtig gut – ausgedehnte Tourneen, Artikel in Jugend- und Klatschmagazinen, Gold- und Platinplatten. 1983 kam der Spielfilm „Die Spider Murphy Gang“ in die Kinos, im gleichen Jahr tourte die „Gang“ als erste westdeutsche Band durch die DDR. Das 1984er Album „Scharf wia Peperoni“ enthielt unter anderem Franz Trojans Erinnerung an die DDR-Tour „Mädchen drüben“, das er selbst geschrieben und gesungen hat – eines von wenigen Stücken, das nicht von Günther Sigl stammt.

Zwar tourten die vier „Gangster“ nach dem Abflauen der „Neuen Deutschen Welle“ weiter, doch die LP „Wahre Liebe“ (1985) und die Single-Auskopplung „Cadillac“ waren nicht mehr so nachgefragt. Die Jahre 1985 und 1986 waren von Umstrukturierungen gekennzeichnet. Michael Busse stieg aus der Band aus, die Tasten übernahm kurz Willy Ray Ingram, der zuvor die Band als Saxofonist unterstützt hatte.

Zum Zehnjährigen erschien 1987 die LP „Überdosis Rock ’n’ Roll“ – mit dem neuen Keyboarder Ludwig Seuss. Bei der nächsten LP „In Flagranti“ (1989) wurde erstmals bei den Arrangements Willie Duncan genannt, der schon seit 1982 zur Spider-Crew gehörte und nun als Musiker in die Band hineinwuchs. Bei der 1990er LP „Hokuspokus“ setzte sich die Band aus Sigl, Gmell, Trojan, Seuss und Duncan zusammen. Willy Ray Ingram kehrte in die USA zurück.

Zwar landete die Band keine Top-Hits mehr, tourte aber im ganzen deutschsprachigen Raum. Franz Trojan schied 1992 aus, seinen Platz nahm Paul Dax ein. 1996 stieß mit Otto Staniloi ein Musiker hinzu, der die Bläserparts übernahm. Da wird es richtig bayerisch, wenn Seuss das Akkordeon spielt und Staniloi die Tuba bläst – wie etwa bei „Renate“ auf dem 1997er Album „Keine Lust auf schlechte Zeiten“.

Nun, schlechte Zeiten hatten die Spiders nicht, nur mit neuen Liedern ließen sie sich Zeit. Erst 2002 brachten sie mit „Radio Hitz“ ihr bisher letztes Album mit neuen Aufnahmen heraus. Ein Höhepunkt zum 30. Jubiläum war 2007 die Würdigung auf der Homepage von Chuck Berry als Vertreter von Chuck Berrys Art des Rock ’n’ Roll. Im Juli 2016 kam es zur bislang letzten Umbesetzung mit Andreas Keller, der das Schlagzeug übernahm.

Ob es zum Jubiläum ein neues Album gibt, ist noch in der Schwebe. Aber live sind die „Spiders“ weiter unterwegs – gemäß eines ihrer ersten Songs: „I ziags net aus meine Rock ’n’ Roll Schuah!“ *Markus Bauer*


Bild: Bauer

Auch als Oldies gut in Schwung: Die drei Spiders Günther Sigl, Otto Staniloi und „Barney“ (v. l.)

MELDUNGEN

Herausforderung für den Hörsinn

Hamburg – Am 1. November startet die fünfte Ausgabe der „Greatest Hits“, das Festival für zeitgenössische Musik. An vier Tagen stehen drei Klangkünstler im Mittelpunkt, deren Werke den Hörsinn herausfordern: der ungarische Opernkomponist Peter Eötvös, der französische „Spektralmusiker“ Gérard Grisey und der Klangtüftler und Instrumentenbauer Harry Partch aus den USA. Die Konzerte finden auf Kampnagel statt und erstmals auch in der – jedoch bereits ausverkauften – Elbphilharmonie. Internet: www.greatest-hits-hamburg.de *tws*



Filmkunst von Ostseeanrainern

Lübeck – Die traditionsreichen Nordischen Filmtage Lübeck, die seit 1956 stattfinden, gehen vom 1. bis 5. November in ihre 59. Runde. An den fünf Tagen werden 195 Filme aus skandinavischen sowie Ostseeländern gezeigt und ein mit 12 500 Euro dotierter Filmpreis vergeben. Internet: www.luebeck.de/filmtage/de *tws*

Thomas Manns neue Nachbarn

Lübeck – Das Buddenbrookhaus soll baulich um sein Nachbargrundstück erweitert werden und eine neue Dauerausstellung erhalten. Beides, Architektur und Ausstellung, wird nun in einem Wettbewerb europaweit ausgeschrieben. Bis zum 20. Dezember können Wettbewerbsbeiträge eingereicht werden, im März 2018 wird das Preisgericht über die besten Entwürfe entscheiden. *tws*

Luthers Schlachten

Spielfilm, Doku, Oratorium – So findet im ZDF die Reformation statt

Hoch erhobenen Hauptes steht Martin Luther vor seinem Kaiser und anderen Obrigkeiten. Widerrufen? Niemals: „Hier stehe ich und kann nicht anders. Gott helfe mir“, sagte er vor dem Reichstag zu Worms. Ein mutiges Wort, das Jahrhunderte überdauern wird. Ein Wort, das ihn den Kopf hätte kosten können. Prompt wird der Aufrührer aus Wittenberg als Ketzer verdammt und für vogelfrei erklärt.

Wer war dieser Mann? Ein schwermütiger Grübler oder ein wacher Rebell? Ein Wutbürger oder Freigeist? Vor Luther gibt es 500 Jahre nach dessen Thesenanschlag an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg auch im Fernsehen kein Entkommen. Das ZDF rettet sich in einen Abenteuerfilm („Zwischen Himmel und Hölle“, 30. Oktober, 20.15 Uhr) mit Starbesetzung: Maximilian Brückner spielt Luther, Joachim Król den Erzbischof Albrecht, Rüdiger Vogler ist Kurfürst Friedrich. TV-Wüterich Armin Rohde gibt brachial den Ablasshändler Tetzel, der in Talern wühlt und in den Kirchen zu Ablasszahlungen aufruft: „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!“

Wenn es doch so einfach wäre mit der Rettung vor dem Fegefeuer. Der Mönch aus Wittenberg will nichts weniger als diese Auswüchse der katholischen Kirche beenden. „Gott will nicht, dass wir uns fürchten. Er will, dass wir frei sind!“ Im Versteck auf der Wartburg beginnt er ein Mammutprojekt, das ihn unsterblich machen wird: Er übersetzt das Neue Testament erstmals ins Deutsche, damit jedermann die Heilige Schrift lesen kann. Der Film endet mit den Bauernkriegen, in denen Thomas Müntzer, einst Freund, dann Feind Luthers, zum Anführer der aufständischen Bauern wird. Schlachtenlärm, Gemetzel, brennende Dörfer, geschundene Gesichter, die sich anklagend erheben – die Bildsprache ist bei Mittelalter-Sujets scheinbar vorgegeben.

Einen Tag später der Luther-Nachschlag: Das Dokudrama „Das Luther-Tribunal“ (Dienstag, 31. Oktober, 20.15 Uhr) fokussiert sich auf jene zehn Tage im April, in denen Luther 1521 vor den Reichstag in Worms zitiert wird. Die damals mächtigsten Männer auf deutschem Boden hatten sich in der Domstadt versammelt. Luther (Roman Knizka) gegen Kaiser Karl V. aus dem Geschlecht der Habsburger, dem mächtigen Herrscher über zahlreiche Königreiche. Der Mönch übersteht die Prüfung, weil Landesherr Friedrich der Weise den Rebellen unter seinen Schutz stellt und auf die Wartburg entführen lässt.

Ging der Historienfilm noch lässig mit historischen Fakten um, so will das Dokudrama möglichst genau sein. Ein Konfliktpunkt: Autor und Redaktion hätten es gern gesehen, bei einer der Anhörungen Luthers auch Frauen ins Bild zu setzen. Der historische Berater Professor Heinz Schilling hielt dagegen: „Es war damals undenkbar, dass aus der weiblichen Bevölkerung irgendjemand den Fuß über die Schwelle einer Reichstagssitzung setzt, das war eine reine Männergesellschaft.“

Im Anschluss an das Dokudrama wird um 22 Uhr aus Berlin ein Pop-Oratorium mit 4000 Sängern aus der Feder von Michael Kunze übertragen. Es ist Glanz- und Schlusspunkt des Reformationstages. *Anne Martin*


Bild: ZDF und Hardy Brackmann

Bauernopfer: Schlacht von Frankenhausen im ZDF

Die Mythen des Färberleins

Werke des venezianischen Künstlers Tintoretto in Köln ausgestellt

Als hätten wir ihn gerufen, scheint uns Jacopo Tintoretto von seinem um 1547 geschaffen Selbstporträt mit großen Augen prüfend zu betrachten. Die Wissenschaftler sind sich nicht sicher, ob der Venezianer 1518 oder 1519 geboren wurde. Das Kölner Wallraf-Richartz-Museum feiert Tintorettos 500. Geburtstag mit einer Präsentation seines frühen Schaffens vor.

Das Repertoire des 1594 gestorbenen Venezianers umfasst biblische und mythologische Stoffe, Heiligenbilder und Porträts. Zu Tintorettos Gemälden gesellen sich einige Werke seiner Vorbilder und Zeitgenossen. Auch sein Werkstattmitarbeiter Giovanni Galizzi steht im Blickpunkt.

Jacopos Künstlername „Tintoretto“ bedeutet „Färberlein“. So nannte er sich, weil sein Vater Tuchfärber war. Wegen seines bildnerischen Erfindungsreichtums gilt der Schnell- und Vielmaler als Genie. Er verblüfft den Betrachter immer wieder durch die ungewöhnliche Behandlung altbekannter Bildthemen. In der ihm kürzlich neu zugeschriebenen „Fußwaschung“ (um 1539) etwa beansprucht ein auf seinem Stuhl ungebärdig zappelnder Apostel die Bildmitte. Die Wissenschaftler vermuten in ihm ein Selbstporträt Tintorettos. Das eigentliche Hauptthema des die Füße seiner Jünger waschenden Christus aber ist in die rechte Bildecke gerückt. Dort blickt der Herr zu dem vor ihm sitzenden Petrus auf.

Gern machte Tintoretto seine Gemälde durch den Einsatz eleganter Damen oder freizügiger weiblicher Figuren aus mythologischen Gefilden unwiderstehlich. Fast schon frivol, jedenfalls aber ungewöhnlich geht es auf dem Gemälde „Der heilige Ludwig, der heilige Georg und die Prinzessin“ (1551) zu. Die Prinzessin reitet nämlich auf dem Drachen, den der Ritterheilige Georg zu ihrer Rettung getötet hat. Sie blickt zu dem über sie gebeugten Retter auf. Ihr Dekolleté spiegelt sich in seinem Brustpanzer, sodass uns der gleiche Einblick wie Georg vergönnt ist. Spärlich bekleidet bis splitternackt präsentieren sich schließlich die Musikinstrumente spielenden Musen auf dem von Tintoretto und Werkstattmitarbeitern um 1555 gemalten Bild, das zu den jüngsten der Schau zählt.

Viele Gemälde zeichnet eine theatralisch anmutende Gestik und Mimik der Akteure aus. Auf Tintorettos Bildvision vom „Sündenfall“, die um 1551/52 entstanden ist, verrät Eva eine hüllenlose Eitelkeit: Sie hat sich die Haare blondiert und mit Hilfe kleiner Zweige hochgesteckt. Eva umschlingt mit dem rechten Arm den Baumstamm, an dem die Schlange lauert, und bietet Adam verführerisch den Apfel in ihrer Linken an. Noch zögert er, das sündige Angebot anzunehmen, wie seine ans Kinn gelegte Hand verrät. Das Gemälde bewertet schon Tintorettos Biograf Carlo Ridolfi (1594–1658) als eines seiner Hauptwerke. Dieses allein hätte laut Ridolfi ausgereicht, Tintorettos Ruhm zu begründen. *Veit-Mario Thiede*


Bild: Gallerie Estensi, Modena/Paolo Terzi

Tintoretto: „Deukalion und Pyrrha beten vor der Statue der Göttin Themis“, 1541/42

Bis 28. Januar im Wallraf-Richartz-Museum, Obenmarspforten, Köln, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 13 Euro. Telefon (0221) 22121119, Internet: www.wallraf.museum. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet im Museum 35 Euro, im Buchhandel 45 Euro

Die Freier kamen aus den besten Kreisen

Bis heute ist der Mörder der Hure Rosemarie Nitribitt nicht bekannt

Es war ein Skandal, der gar nicht genug aufgebauscht werden konnte. Er platzte hinein in die Idylle von Nierentisch und Tütenlampe. Der Skandal hatte einen Namen: Rosemarie Nitribitt. Die hatte sich einen Namen gemacht als sogenannte Edelhure. Als ihr Name allgemein bekannt wurde, war sie tot. Das ist jetzt 60 Jahre her.

Ein schwarzes Mercedes-Coupé 190 SL mit roten Sitzen, ein weißer Pudel und ein dicker Brillantring, das waren Markenzeichen der Prostituierten Rosemarie Nitribitt in Frankfurt. Ihre Freier reisten aus den besten Kreisen an. Aus erbärmlichsten Verhältnissen hatte sich das Mädchen Rosemarie hochgearbeitet. Sie scheffelte Geld und trug ihren Reichtum zur Schau. Das war die Geschichte, die zum sogenannten Wirtschaftswunder der jungen Bundesrepublik passte. So richtig bekannt wurde das alles erst, als Rosemarie Nitribitt gewürgt und erschlagen am 1. November 1957 in ihrem Luxus-Appartement aufgefunden worden war. Da war sie wahrscheinlich bereits 20 bis 30 Stunden tot.

Das bundesdeutsche Publikum, das noch züchtig mit dem sogenannten Kuppelparagrafen lebte, der Vermietern Strafe androhte, sollten sie eine Wohnung einem unverheirateten Paar überlassen oder Damenbeziehungsweise Herrenbesuch nach 22 Uhr dulden, berauschte sich an dem Schlüsselloch-Skandal. Zeitungen und Illustrierte machten sich darüber her. Die Illustrierte „Quick“ warb den Hauptverdächtigen des Mordes für eine Enthüllungsstory an und setzte 50 000 D-Mark für die Ergreifung des Mörders aus. Filmproduzenten eigneten sich den Stoff an und füllten die Kinos. Der Fall wurde zur Vorlage für Roman und Musical.

Täglich tauchten neue Namen auf, Namen aus höchsten Kreisen. Das machte die Geschichte pikant. Die Polizei ermittelte gegen Prominente, Vertreter des „Wirtschaftswunders“ schlechthin. Harald von Bohlen und Halbach war dabei, Harald Quandt, Ernst Wilhelm Sachs, sein Bruder Gunter Sachs. So ganz abwegig dürften die vermuteten Beziehungen nicht gewesen sein. Jahrzehnte nach dem Mord wurden Liebesbriefe veröffentlicht, die Harald von Bohlen und Halbach an Rosemarie Nitribitt, sein „Fohlen“, geschrieben hatte.

Für andere Beziehungen bis in die Spitze der Bonner Politik fehlen die Nachweise. Hartnäckig immer wieder genannt wurden die Namen des damaligen Bundesverkehrsministers Hans-Christoph Seebohm und des späteren Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger. Für die Geschichte genügte es, dass diese prominenten Namen mit Rosemarie Nitribitt in Verbindung gebracht wurden. Das Mädchen Rosemarie hatte es von ganz unten nach ganz oben geschafft, das war die Botschaft, die man hören wollte.



Mit ihrem schwarzen Mercedes 190 SL mit roten Sitzen und einem weißen Pudel: Rosemarie Nitribitt Bild: action press

Das Mädchen Rosemarie, wie sie sich selbst nannte, wurde am 1. Februar 1933 in der Eifel geboren. Die Mutter gab ihr den Namen Maria Rosalia Auguste, den Vater hat das Mädchen niemals kennengelernt. Er weigerte sich, Unterhalt zu zahlen. Nicht das allein machte die Kindheit in Düsseldorf und Ratingen prekär. Die Mutter wurde mehrfach zu Haftstrafen verurteilt. Das Mädchen, das gemeinsam mit zwei Halbschwestern verschiedener Väter aufwuchs, steckte man 1937 „wegen Verwahrlosung“ in ein Erziehungsheim. Sie machte sich heimlich davon. Eine Pflegefamilie nahm das Mädchen auf. Als es elf Jahre alt war, vergewaltigte ein 18-Jähriger das Kind. Die Tat wurde nicht angezeigt.

> Wohl niemand verkörpert die Schattenseite und die Doppelmoral der Ära des deutschen »Wirtschaftswunders« so prominent wie sie

Nur wenig älter, begann sie sich gegen Geld und Naturalien zu verkaufen, häufig an französische Soldaten. Mit 14 Jahren ließ sie abtreiben. Sie wurde immer wieder in Erziehungsheime und Verwahranstalten eingewiesen, stand im Ruf, nicht erziehbar zu sein. Mehrfach riss sie aus. Wenig erfolgreich versuchte sie sich als Kellnerin und Mannequin in Frankfurt durchzuschlagen. Geld verdiente sie nur, wenn sie anschaffte. Da kam sie auch ohne Zuhälter zurecht. Als Rosemarie Nitribitt 19 Jahre alt war, wurde sie abermals aufgegriffen und in die „Rheinische Landes-Arbeitsanstalt Brauweiler“ eingewiesen. Dort blieb sie ein Jahr weggesperrt.

Wieder im Geschäft, arbeitete Rosemarie Nitribitt hart daran, ihre Defizite in Bildung und Benehmen auszugleichen. Sie besuchte Benimm-Kurse, lernte Englisch und Französisch. Und machte Karriere als Hure. Kunden und Bekannte zeichneten später ein höchst unterschiedliches Bild. Sie wurde als charmant beschrieben und gleichzeitig als vulgär, als mädchenhaft und abgebrüht, als geizig und verschwenderisch. Offenbar spielte Rosemarie Nitribitt jede Rolle, für die man sie bezahlte. Das lohnte sich. Ein Kunde schenkte ihr einen Opel Kapitän, andere luden sie zum Urlaub am Mittelmeer ein, Dinge, von denen die Bundesbürger mehrheitlich nicht einmal zu träumen wagten. Nach Ermittlungen der Kriminalpolizei Frankfurt kassierte Nitribitt im letzten Lebensjahr 90 000 Mark, damals ein ungeheuerliches Einkommen. Nur wenige ihrer Kunden waren vermögender. Die Mutter der 24-Jähringen erbte 120 000 Mark.

Bei dem Versuch, den Tod Rosemarie Nitribitts aufzuklären, war die Kriminalpolizei immer wieder auf prominente Namen aus Wirtschaft und Politik der Bonner Republik gestoßen. Da der Mörder nicht überführt werden konnte, kam der Verdacht auf, einflussreiche Kreise verhinderten die Aufklärung.

Angeklagt wurde schließlich der Handelsvertreter Heinz Christian Pohlmann, ein winziger Fisch in der Riege der großen Namen. Bei Pohlmann wurde sehr viel Geld gefunden, das vermutlich aus einer blauen Kassette im Wohnzimmerschrank der Nitribitt stammte. Mangels Beweisen wurde Pohlmann 1960 freigesprochen. Sein Verteidiger, der spätere bayerische Innenminister Alfred Seidl, hatte der Polizei erhebliche Fehler bei der Feststellung der Todeszeit nachgewiesen. So wurde niemals ermittelt, wer Rosemarie Nitribitt umbrachte und ihr nach der Tat ein rosa Frottierhandtuch unter den Kopf gelegt hatte.

Erst 2007 überführte das Kriminalmuseum Frankfurt den Schädel Nitribitts nach Düsseldorf, wo die Tote beigesetzt worden war. Bis dahin war der Schädel zu Lehrzwekken aufbewahrt worden.

Und schließlich fanden sich 2013 im Archiv der Frankfurter Polizei die lange vermissten Akten zu dem Mordfall. Sie waren dort vergessen worden. *Klaus J. Groth*

»Genossen, wir müssen alles wissen!«

Vor 60 Jahren wurde Erich Mielke vom DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zum Minister für Staatssicherheit ernannt

Vor 60 Jahren wurde Erich Mielke zum Minister für Staatssicherheit ernannt. Anschließend verwandelte er die DDR in einen weltweit einzigartigen Überwachungsstaat. Hierdurch sicherte er 32 Jahre lang die Herrschaft der SED-Führung in Ost-Berlin.

Im Juni 1945 kehrte der fanatische Kommunist und Polizistenmörder Mielke nach 14-jährigem Exil in seine Geburtsstadt Berlin zurück. Kurz darauf ernannte Walter Ulbricht, der Statthalter Moskaus in der Sowjetischen Besatzungszone, ihn zum Leiter der Polizei-Inspektion Lichtenberg. Dem folgte ein Karriereschub ohnegleichen. Innerhalb nur eines Jahres reüssierte der gelernte Speditionskaufmann zum Vizepräsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern sowie Abteilungsleiter für Polizei und Justiz im Zentralkomitee der KPD. In dieser Position arbeitete Mielke mit aller Macht darauf hin, einen eigenständigen Geheimdienst auf mitteldeutschem Boden aufzubauen. Die entscheidendste Weichenstellung hierzu erfolgte am 28. Dezember 1948, seinem 41. Geburtstag, als das Politbüro des ZK der KPdSU in Moskau die diesbezüglichen Pläne absegnete.

Als Keimzelle der späteren Stasi dienten zunächst Mielkes Kommissariat 5 sowie die ihm unterstehende Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft, die am 12. Oktober 1949 gegründet wurde. Wenig später, am 18. Februar 1950, wertete der DDR-Präsident Wilhelm Pieck letztere per Gesetz zum „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) auf. Damit wäre Mielke eigentlich der logische Kandidat für den Posten des Ministers gewesen. Doch den erhielt überraschend der Quereinsteiger Wilhelm Zaisser. Denn dieser hatte mehr Fürsprecher im Kreml, weil er früher gleich für zwei sowjetische Geheimdienste, den militärischen Nachrichtendienst GRU und den Kurier- und Nachrichtendienst der Komintern OMS, spioniert hatte. Wenigstens wurde Mielke Staatssekretär und Stellvertreter Zaissers. Als solcher zeichnete er sowohl für die operative Tätigkeit des MfS als auch dessen systematischen Ausbau verantwortlich. Dabei hoffte der ehrgeizige Vollblut-„Tschekist“ auf den Aufstieg an die Spitze des Stasi-Imperiums. Und der schien dann tatsächlich zum Greifen nahe, als Zaisser wegen seines angeblichen Versagens im Vorfeld des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 abgesetzt wurde. Sein Ministerium wurde zu einem Staatssekretariat (SfS) herabgestuft und dem Innenministerium unterstellt.

Doch wiederum erhielt mit Ernst Wollweber ein ehemaliger Agent der Sowjets den Vorzug. Der Ex-NKWD-Mann stand jedoch auf ziemlich verlorenem Posten, weil Ulbricht nicht ganz zu Unrecht vermutete, dass er wie sein Vorgänger große eigene Machtambitionen verfolgte. Und dann erlitt Wollweber auch noch einen Herzinfarkt, von dem er sich nie wirklich erholte. Damit schlug nun endlich die Stunde von Erich Mielke. Im Sommer 1957 übernahm er die Amtsgeschäfte Wollwebers. Allerdings fehlte ihm noch der Segen Moskaus. Den erlangte er kurz darauf während einer Visite des KGB-Chefs Iwan Serow in Ost-Berlin. Dem Vernehmen nach soll Mielke seinen Amtskollegen damals förmlich mit Geschenken überhäuft haben.


Erich Mielke Bild: pa

Nach dem Plazet der Sowjets fand zum 1. November 1957 die formelle Ernennung durch den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zum Chef der Staatssicherheit statt, die seit 1955 wieder ein Ministerium war. Im Gegensatz zu seinen glücklosen Vorgängern sollte es Mielke gelingen, 32 Jahre an dessen Spitze zu verbleiben und dabei den Rang eines Armeegenerals zu erreichen, weil er anders als seine Vorgänger strikt nach dem Prinzip verfuhr, dass das MfS das macht, „was die Partei von der Staatssicherheit fordert und gar nichts anderes“. Die Stasi mutierte dadurch nun tatsächlich ohne Wenn und Aber zum „Schild und Schwert“ der SED, zur entscheidenden Stütze des Regimes in Ost-Berlin.

Um diese Aufgabe in jeder Situation erfüllen zu können und keine Neuauflage des 17. Juni zu erleben, die ihn bestimmt das Ministeramt gekostet hätte, baute Mielke den geheimen Sicherheitsapparat der DDR in einem solchen Maße aus, dass die Überwachungsdichte am Ende größer war als in jedem anderen Staat der Welt, die Sowjetunion und das Dritte Reich eingeschlossen. Auf 180 Bürger kam ein Geheimdienstler. Bis zu seinem erzwungenen Rücktritt am 7. November 1989 stockte Mielke die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit von 14 000 auf 91 000 auf. Dazu kamen rund 180 000 Inoffizielle Mitarbeiter (IM). Gleichzeitig expandierte der zentrale Dienstsitz des MfS in der Berliner Normannenstraße, bis er sich zuletzt über zwei Quadratkilometer erstreckte.

Mielkes Credo lautete: „Genossen, wir müssen alles wissen!“ Als Resultat dieser paranoiden Kontrollsucht gegenüber der eigenen Bevölkerung entstand eine gigantische Anzahl von Akten, von denen heute trotz umfangreicher Vernichtungsmaßnahmen zur Zeit der sogenannten Wende immer noch 180 laufende Kilometer existieren.

Während seiner Zeit als Minister legte der nur 1,63 Meter große Mann, der von seinen ehemaligen Mitarbeitern als pedantischer, ungehobelter und wenig gebildeter Misanthrop charakterisiert wurde, einen bemerkenswerten Aufstieg in der DDR-Hierarchie hin. Wichtige Meilensteine desselben waren die Ernennung zum Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates 1960 und zum Vollmitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED 1976.

Da Mielkes Loyalität stets dem Amt und nicht der Person des Staats- und Parteichefs galt, hatte er kein Problem damit, dass Erich Honecker 1971 an die Stelle seines alten Förderers Ulbricht trat. Allerdings kritisierte Mielke später Honeckers Kurs der Öffnung nach Westen, weil diese der „politisch-ideologischen Diversion“ Tür und Tor zu öffnen schien. Ebenso wetterte der mit vier Lenin-Orden dekorierte „Held der Sowjetunion“ heftig gegen Michail Gorbatschows Politik der Perestroika, weil er beizeiten ahnte, welche Folgen diese haben würde. Davon zeugt beispielsweise seine eindringliche Warnung an die Adresse des KGB-Generals Sergej Kondraschow: „Gorbatschow und eure Führung sollten begreifen, dass damit die Deutsche Demokratische Republik zerschmettert wird.“ Und genauso kam es ja dann auch. *Wolfgang Kaufmann*

Der große Gegenspieler Mao Tse-tungs

Vor 130 Jahren wurde der Generalissimus und Präsident der Republik China, Tschiang Kai-schek, geboren

Tschiang Kai-schek, der große Gegenspieler MaoTse-tungs, wurde vor 130 Jahren, am 31. Oktober 1887, in einer Provinz an der Ostküste Chinas geboren. Tschiang starb am 5. April 1975 im Alter von 87 Jahren auf Taiwan, nur ein Jahr vor Mao. Noch in seinem Testament sprach Tschiang von der „heiligen Aufgabe der Vernichtung des Kommunismus“.

Mao bezeichnete Tschiang Kaischek gegenüber dem japanischen Ministerpräsidenten Tanaka Kakuei als „einen Mordskerl, der niemals aufgibt“. Damit hatte Mao zweifellos recht. Noch in seinem Vermächtnis vom 29. März 1975 schrieb Tschiang Kai-schek: „Da die heilige Aufgabe der Vernichtung des Kommunismus und die Rückgewinnung des Festlandes immer mehr an Bedeutung gewinnen, sollten die Moral und der Glaube des Volkes und meiner Gefährten unter keinen Umständen durch mein Ableben erschüttert werden.“ Die „Rückgewinnung“ des Festlandes blieb zwar ein Traum, aber bis heute hat Taiwan, das offiziell „Republik China“ heißt, bewundernswert Stand gehalten gegenüber der immer mächtiger werdenden Volksrepublik China.

Tschiang kam in dem kleinen Ort Xikou in der am ostchinesischen Meer gelegenen Provinz Zhejiang zur Welt. Er wurde einer der wichtigsten chinesischen Politiker und Militärführer im 20. Jahrhundert, eine welthistorische Persönlichkeit. Dass es mit Ausnahme des schon 1976 erschienenen Werkes von Friedrich-Wilhelm Schlomann „Tschiang Kai schek. Ein Leben für China“ keine einzige deutsche Biografie über den bedeutenden chinesischen Staatsmann gibt, ist eigentlich unfassbar. Es decouvriert die Ignoranz und auch politische Einäugigkeit in der deutschen Politik- und Geschichtswissenschaft, aber auch in der Zunft der Sinologen. Umso verdienstvoller ist das Werk Schlomanns. Es gibt zudem mehrere englischsprachige Biografien über Tschiang Kai-schek.

Tschiang hatte sich früh für eine Offizierslaufbahn entschieden. Ab 1907 konnte er in Japan eine Militärausbildung absolvieren. Dort begegnete er auch dem „Vater der Revolution“ gegen die chinesische Kaiserdynastie, Sun Yat-sen (siehe *PAZ* Nr. 45/2016). Tschiang wurde Mitglied im „Chinesischen Revolutionsbund“. In Wuchang brach am 10. Oktober 1911 ein Aufstand gegen die seit 1644 herrschende mandschurische Qing-Dynastie los. Bis heute ist der 10. Oktober Nationalfeiertag in Taiwan. Am 29. Dezember 1911 wurde Sun Yatsen in Nanking zum provisorischen Präsidenten gewählt. Lange konnte er das Amt nicht innehaben. Tschiang wirkte als sein Berater und Sekretär.

Es kam zu einem Zweckbündnis zwischen der von Sun Yat-sen gegründeten Nationalpartei Kuomintang (KMT) und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Die KPCh habe im Schutz der KMT wachsen wollen, um dann in einer sozialistischen Revolution die Macht zu erobern, erklärt der Sinologe Kai Vogelsang. Die KMT wiederum habe vom Einfluss der KPCh auf die Arbeiter sowie von einer finanziellen und militärischen Unterstützung Moskaus profitieren wollen.

Tschiang leitete die Militärakademie Whampoa. Mit dem Tod von Sun 1925 verloren die Revolution sowie die KMT und die KPCh ihre Integrationsfigur. 1926 rief Tschiang das Kriegsrecht aus und ließ sowjetische Berater verhaften. Seine Truppen veranstalteten unter Kommunisten in Schanghai ein Massaker. Zugleich began er den Nordfeldzug, um China zu einigen.

Im Dezember 1927 heirate Tschiang Song Meiling, die in den USA aufgewachsene jüngere Schwester von Suns Witwe Song Qingling. Sie wurde seine wichtige außenpolitische Beraterin.

1928 eroberte Tschiang Peking. Doch das riesige Reich blieb weiter zerstritten. Mao verkündete 1927: „Regierungsmacht kommt aus dem Lauf der Gewehre.“ Rote Garden veranstalteten ebenfalls Massaker. Bei einem roten Terror in Hailufeng wurden 10 000 Menschen abgeschlachtet. Mao formte die Rote Armee. Schon 1930 ließ er dabei 4400 ihm unliebsame Offiziere und Soldaten hinrichten.

Tschiang hätte die Kommunisten besiegt, wäre nicht der Angriff der Japaner erfolgt. 1937 begann der Zweite Weltkrieg in Ostasien. Nach dem Sieg über die Japaner, der den USA zu verdanken war, ging der Krieg zwischen den KMT- und den KPCh-Truppen weiter. Moskau gewährte Maos Armee in der Mandschurei Unterschlupf. Von dort aus begannen die Kommunisten ihren Siegeszug.



In Generalsuniform 1943: Tschiang Kai-schek Bild: CF

Im Zweiten Weltkrieg starben 15 bis 20 Millionen Chinesen. Der Bürgerkrieg zwischen 1946 und 1949 kostete weiteren zwei bis drei Millionen Menschen das Leben. Der unterlegene Tschiang Kaischek floh mit rund zwei Millionen seiner Anhänger nach Taiwan.

Ohne Tschiangs Entscheidung, sich nach Taiwan zurückzuziehen und dieses sowie vorgelagerte Inseln zäh zu verteidigen, wären auch die heute 23 Millionen Menschen auf Taiwan von der Volksrepublik einverleibt worden und genössen nicht die Freiheit und Demokratie, die sie inzwischen haben. Und wenngleich Tschiang und seine KMT auf Taiwan auch diktatorisch regierten: Mit einem Massenmörder wie Mao, dem schon in den 50er Jahren bei seinem „Großen Sprung nach vorn“ Dutzende von Millionen Chinesen zum Opfer fielen, kann man Tschiang nicht vergleichen. Maos Kulturrevolution kostete weiteren 1,5 bis 1,8 Millionen Menschen das Leben.

Der frühere US-Diplomat Jay Taylor schreibt in seiner 2009 erschienenen Biografie „The Generalissimo. Chiang Kai-shek and the Struggle for Modern China“ über Tschiang: „Er war ein modernisierender Neo-Konfuzianer, der sich für Frauenrechte einsetzte ..., und er war ein starker Nationalist, erbittert über die früheren Demütigungen Chinas durch den Westen, aber es machte ihm nicht das Geringste aus, dass alle seine Enkel Eurasier waren.“ Und: „Er hatte wenig Charisma und wurde im Allgemeinen von seinen Kollegen nicht gemocht, aber seine Entschlossenheit, sein Mut und seine Unbestechlichkeit machten ihn zeitweilig weithin populär.“ Seinen Tagebüchern zufolge sei Tschiang gläubiger Christ gewesen. Wenn es aber um das Überleben der Nation, deren Einheit oder seine eigene Herrschaft gegangen sei, habe er auch grausame Handlungen gerechtfertigt.

In Taiwan ist bis heute die Verantwortung Tschiangs für die Ereignisse am 28. Februar 1947 umstritten, als es zu einer brutalen Niederschlagung von Protesten der Taiwaner durch den vom Festland stammenden Gouverneur Chen Yi kam. Tschiang selbst befand sich zu dem Zeitpunkt noch auf dem Festland. Ein offizieller Untersuchungsbericht aus dem Jahr 1992 schätzt 18 000 bis 28 000 Todesopfer. Zwischen 1950 und 1987 sollen außerdem bis zu 4000 Personen aus politischen Gründen exekutiert und Zehntausende inhaftiert worden sein. *Michael Leh*

DHM feiert 30. Jubiläum

Mit einem Museumsfest feiert das Deutsche Historische Museum (DHM), Unter den Linden 2, 10117 Berlin, am Sonntag, den 29. Oktober sein 30-jähriges Bestehen. Den ganzen Tag gibt es bei freiem Eintritt ein buntes Programm mit Musik, Humor, Podiumsdiskussion, Sonderführungen und Film.

Zur Eröffnung des Fests diskutieren internationale Gäste aus Politik, Wissenschaft und Kultur im Schlüterhof das Thema „Deutschland und Europa, wohin?“. Historische Umbrüche und ihre Auswirkungen auf die Gegenwart, Fragen zur momentanen Sicherheit, Immigration, Finanzen sowie die Perspektiven der Vergangenheit und ihre Folgen für das heutige Europa stehen im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion. Die Matinee findet statt in Kooperation mit dem Magazin „Zeit Geschichte“.

Am Nachmittag unterhalten der Komiker Mark Britton und die Band Ørban Ears das Publikum. In vielfältigen Führungen geben DHM-Mitarbeiter Einblicke in die 30-jährige Sammlungsarbeit des Museums. Sie stellen außergewöhnliche Objekte vor, erzählen aus den Werkstätten der Restauratoren und führen durch die Dauerausstellung sowie die Sonderausstellungen „Die Erfindung der Pressefotografie. Aus der Sammlung Ullstein 1894–1945“, „Gier nach neuen Bildern. Flugblatt, Bilderbogen, Comicstrip“ sowie „1917. Revolution. Russland und Europa“. Das Museumsfest bietet ein Programm für die ganze Familie mit einer Fotostation mit historischen Kostümen, einer Museumsrallye und Führungen für Kinder und Jugendliche. Das Zeughauskino zeigt Verfilmungen der berühmtesten Romane von Erich Kästner.

Das DHM wurde 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin von der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin gegründet. Im Rahmen des Vertrags zur deutschen Wiedervereinigung wurden die Gebäude und Sammlungen des Museums für Deutsche Geschichte (MfDG), des zentralen Geschichtsmuseums der DDR, in den Besitz des Deutschen Historischen Museums überführt. So wurde das DHM Museum mit der Vereinigung 1990 zu einem gesamtdeutschen Museum für Geschichte. *PAZ*

Sprachrohr der Vertriebenen

Vor 60 Jahren wurde der Bund der Vertriebenen gegründet. Nach der Besetzung Deutschlands hatten die Alliierten Zusammenschlüsse von Vertriebenen und Flüchtlingen untersagt. In der sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise der DDR blieb dieses so bis zu deren Ende. Dort gab es nämlich keine Vertriebenen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, sondern nur „Umsiedler“ und „Neubürger“, deren Einbindung 1952/53 für abgeschlossen erklärt wurde. In den Westzonen hingegen wurde das Verbot Mitte 1948 aufgehoben. Es fand sowohl eine Organisation nach dem Wohnort in Regional- und Landesverbänden als auch nach der Heimat in Landsmannschaften statt. Im Jahr der Gründung der Bundesrepublik entstanden mit dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) und den Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) gleich zwei Dachverbände. Der ZvD war am Wohnort, der VOL an der Heimat orientiert. Am 27. Oktober 1957 schlossen sich die konkurrierenden Dachverbände zum Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. *PAZ*

Verschwiegene Helden

28 Jahre nach dem Fall der Mauer wird der illegale Widerstand in der DDR weitgehend ignoriert

Falls man heutzutage überhaupt noch von Opposition und Widerstand jenseits der vor 28 Jahren gefallenen Berliner Mauer spricht, wird durchweg nur an die Bürgerrechtler von 1989 gedacht. Ihr Verhalten in Ehren, doch sie wollten zumeist lediglich eine „menschlichere DDR“. Vergessen sind indes die Menschen, die ab 1948 in den illegalen Widerstand gingen. Es dürfte aus der heutigen Sicht mit ihrem sehr verbreiteten Egoismus und Materialismus kaum glaubhaft erscheinen, wie viele Männer und Frauen damals in ihrer Sehnsucht nach Freiheit und der Wiedervereinigung ihres Vaterlandes die SED-Diktatur bekämpften. Sie wussten, was sie taten und welches Schicksal vielleicht auf sie wartete, sie folgten lediglich ihrem Gewissen. Viele illegale Widerstandsgruppen sind nie bekannt geworden, doch allein die Zahl derjenigen DDR-Bewohner, die in Verbindung zu freiheitlichen Organisationen in West-Berlin standen, dürfte weit über 10 000 gelegen haben.

Wohl die meisten von ihnen wurden im Laufe der Jahre von der Stasi aufgespürt, nicht wenige kamen – wenn überhaupt – menschlich zerbrochen aus Bautzen und Hoheneck zurück. Manche von ihnen konnten indes ihrer drohenden Verhaftung entgehen und West-Berlin erreichen.

> Wenn überhaupt wird höchstens der Bürgerrechtler von 1989 gedacht und damit der systemimmanenten Opposition

Doch in der Bundesrepublik kümmerte sich zumindest in den Anfangsjahren kaum jemand um sie und um ihr weiteres Schicksal. Wohl jedes Volk dieser Erde hätte jene, die ihr Leben einsetzten für ihr Land, geachtet und geehrt. In Deutschland hingegen werden sie aus welchen Gründen auch immer totgeschwiegen. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, ist ihr Einsatz auch in der Forschung und der historischen Wissenschaft praktisch vergessen. Dies gilt selbst für die CDU und ebenso für die SPD, die eigentlich doch stolz auf ihre Mitglieder „drüben“ sein müssten.

Tatsächlich bekamen diese Männer und Frauen des illegalen Widerstands von offizieller Seite bis zum heutigen Tage nicht einmal ein – zudem kostenloses – „Danke“. Es gab deshalb Briefe an Bundespräsident Joachim Gauck, deren Echo nur die üblichen nichtssagenden Floskeln erhielt. Soweit bekannt, hat er zwar überaus vielen Menschen die Hände gereicht, aber keinem DDR-Inhaftierten oder gar einer Person des illegalen Widerstandes. Inhaltsähnliche Hinweise an den Bundestagspräsidenten bekamen keinerlei Antwort, selbst als ausländische Zeitungen ein solches Schreiben an ihn abdruckten und auch von dort deutliche Worte von Universitäten kamen. Ein solches Verhalten ist wohl typisch für die politische Kultur und Moral im heutigen Deutschland. Die meisten jener Menschen von damals sind längst verstorben. Die letzten, die heute enttäuscht von ihren einstigen Idealen, verbittert und zurückgezogen leben, werden in den nächsten Jahren die Welt verlassen. Ein recht kostbares und stolzes Blatt deutscher DDR-Geschichte wird durchweg leer und ungeschrieben zurückbleiben.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

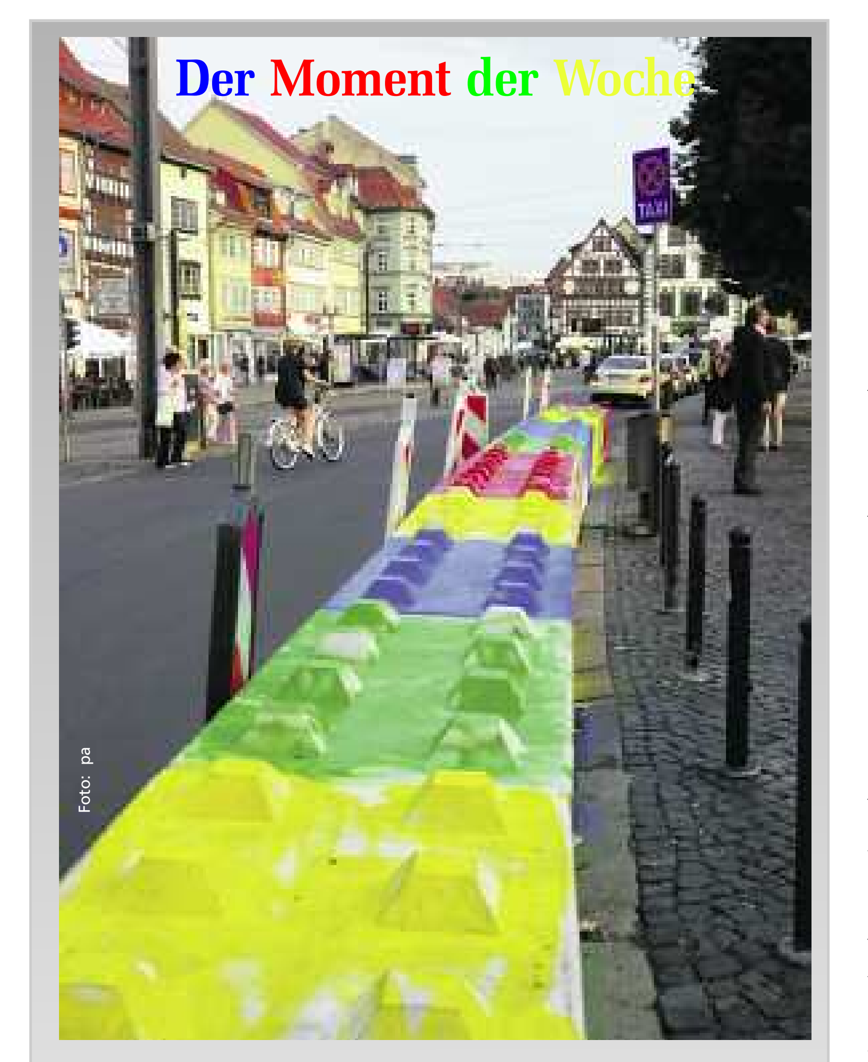


Foto: pa

Merkelsteine" werden sie im Volksmund genannt: Betonpoller, die Volksfeste und andere Großveranstaltung vor islamischen Mordattacken per Lkw schützen sollen. Bunt angemalt und im verspielten Legosteine-Design, wie hier auf dem Erfurter Domplatz, wirken sie harmlos und stehen doch für tödliche Terrorgefahr. Die Brüsseler EU-Kommission hat gerade einen „Aktionsplan zum verbesserten Schutz öffentlicher Räume" vorgelegt und empfiehlt, deutlich mehr von den „innovativen und diskreten Barrieren" aufzustellen. FH

Frag doch mal den Trumpologen

Der 45. US-Präsident ist ein echtes Job-Wunder – Er hat ein ganz neues Berufsbild erschaffen

Eines muss man dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump neidlos zugestehen: Er schafft Arbeitsplätze – auch und gerade in Deutschland. Als „Trump-Experte" können nun selbst Schwervermittelbare auf dem Arbeitsmarkt reüssieren und mit Klatsch und Tratsch – pardon Analysen – rund um das Treiben des ärgsten Albtraums aller Politisch Korrekten ein regelmäßiges Einkommen erzielen. Ebenso bieten sich neue Chancen für die frustrierten Vertreter des staatstragenden Mainstream-Journalismus. Selbige waren ja gezwungen, ihren sorgsam kultivierten Anti-Amerikanismus aus Bush-Tagen an die Kette zu legen, als der juvenile schwarze Messias Obama an die Macht gelangte. Deshalb dürfen sie jetzt aufatmen, weil im Weißen Haus wieder ein ebenso weißer alter Mann herumlümmelt, der zudem auch noch bekennender Heterosexueller ist.

Dabei haben die Trump-Erklärer meist wenig Lust, komplizierte politische Themen zu behandeln. Also konzentrieren sie sich auf diverse Petitessen wie Trumps Frisur, Trumps Freizeitaktivitäten, Trumps neuesten Versprecher oder Trumps Äußerungen über Frauen und andere „unterdrückte Minderheiten".

71 Jahre alt ist der Kerl mittlerweile. Ein Verfallsdatum für verbale Trump-Entgleisungen gibt es anscheinend nicht. Manches, was ihm angedichtet wird, liegt schon länger zurück als Angela Merkels FDJ-Karriere zu Zeiten des seligen Erich Honecker, der übrigens von der bundesdeutschen Presse mit mehr Hochachtung behandelt wurde als der jetzige US-Präsident.

> Finanziell geht es ihm mal blamabel schlecht oder obszön gut

Die Beschäftigung mit den verschiedenen Facetten des Phänomens Donald John Trump hat solche Ausmaße angenommen, dass quasi eine neue politische Wissenschaft entstanden ist: Nennen wir sie Trumpologie. Ja, mehr noch! Inzwischen existieren sogar schon diverse Unterdisziplinen. Eine davon ist die Trumpophobenkunde. Die generiert permanent Auflistungen all der angeblichen Prominenten und Künstler, welche zum „Widerstand" gegen den Präsidenten aufrufen oder ihn einfach nur hassen, weil er meint, gelegentlich müssten auch mal die Interessen der arbeitenden Mehrheit berücksichtigt werden. Dann wären da noch die Trumponomen: Deren Forschungsziel besteht in der Durchleuchtung der finanziellen Verhältnisse des „mächtigsten Mannes der Welt", welche je nach Opportunität als blamabel schlecht oder obszön gut dargestellt werden.

Viele Anhänger hat zudem auch die Vergleichende Trumpologie gefunden. Deren Adepten versuchen herauszufinden, ob der Washingtoner Blondschopf nun schlimmer sei als die nordkoreanische Brikettfrisur Kim Jong-un oder nicht. Dabei landet der muntere Asiate oft sogar dann auf Platz Zwei, wenn er gerade wieder eine neue Kernwaffe beziehungsweise Rakete oder ausgesucht sadistische Hinrichtungsmethode getestet hat. Denn der experimentierfreudige kleine Jong-un wird ja schließlich von dem großen Rüpel im Weißen Haus provoziert. Deshalb war Nordkorea vor dem Amtsantritt Trumps auch ein weithin strahlender Leuchtturm der Demokratie. Große Zukunftsaussichten scheinen darüber hinaus der Trumpiatrie beschieden zu sein, welche die unzähligen mentalen Störungen des 45. US-Präsidenten und deren Auswirkungen auf den ansonsten weitgehend gesicherten Weltfrieden beschreibt.

Der Trumpologie im Allgemeinen und den verschiedenen Subdisziplinen derselben im Speziellen ist eigen, dass sie auf drei Grundaxiomen basieren, alsda wären:

Erstens: Restlos alles, was Trump tut oder lässt, ist schlecht für Amerika und die Welt – auch wenn niemand auf Anhieb oder irgendwann später erklären kann, warum.

Zweitens: Trump erleidet ausschließlich Misserfolge – anderslautende Einschätzungen sind die Folge einer dezidiert rechten Gesinnung und können mit spontanem Demokratie-Nachhilfeunterricht seitens der Antifa quittiert werden.

Drittens: Jede Meldung über Trump muss zwingend mit einem Schnappschuss illustriert werden, der ihn wahlweise dement oder tollwütig erscheinen lässt – die besten propagandistischen Ergebnisse zeitigen natürlich Bilder, die beides zugleich vermögen.

Wer diese Grundregeln beherrscht, kann sicher noch eine ganze Weile sein Auskommen in der Medienlandschaft von heute finden und jedweder Form von ehrlicher Arbeit aus dem Wege gehen. *Wolfgang Kaufmann*

Unter dem Vorwand von Vielfalt und Toleranz

Gewalt, Vandalismus, Meinungsdiktatur – Die Frankfurter Buchmesse wurde zur Skandalveranstaltung – Ein Augenzeugenbericht

Einen „linksradikalen Mob", „gewaltgeile Groupies" und einen „bemerkenswerten Widerstand" von konservativer Seite erlebte Günter Scholdt beim Besuch der Frankfurter Buchmesse. Für die *PAZ* berichtet der emeritierte Germanistik-Professor und Buchautor („Autorenschlacht") über „Weimar pur".

Lange war ich der Frankfurter Buchmesse ferngeblieben, jenem Jahrmarkt der Eitelkeiten mit dem Anspruch, die wesentlichen Kulturtrends zu setzen. Doch Diskriminierungen rechter Verlage bereits im Vorfeld ließen mich diesmal umdenken. Solidarität war gefragt. Auch wollte ich die Szene authentisch erleben, ungetrübt von dem zu erwartenden tatsachenverschleiernden Mediennebel. Für Zeitzeugen war besonders der 14. Oktober ergiebig, an dem die Antifa als militanter Arm unserer „Zivilgesellschaft" durch massiven Krawall eine Buchvorstellung torpedierte. Zeigten die Ereignisse doch geradezu modellhaft, wie – unter dem Vorwand von „Vielfalt" und „Toleranz" – bei uns Demokratie häufig nur gespielt wird.

Doch der Reihe nach: Als erstes fiel mir in Frankfurt der moralistische Cordon sanitaire auf, den eine „sensible" Messeleitung um die Handvoll für anrüchig erklärter Verlage gezogen hatte. Drei Meter vom Stand der Wochenzeitung „Junge Freiheit" etwa bot man Besuchern Gelegenheit, sich unter dem Slogan „Kein Ort für Nazis" fotografieren zu lassen. Schräg gegenüber des Antaios-Verlages posierte als „antirassistischer" denunziatorischer Wachhund die Amadeu-Antonio-Stiftung, die Handreichungen für den ausgrenzenden Umgang mit Rechten fertigt. Wie der Abend zeigte, für gelehrige Schüler.

Beim Manuscriptum-Verlag hatten „wehrhafte Demokraten" über Nacht sämtliche Bücher und Zeitschriften gestohlen – offenbar eine zeitgemäße Form der Bücherverbrennung. Auch Antaios erhielt (sogar zweimal) nächtlichen Besuch, wobei 35 Bände mit Zahnpasta oder Kaffee verdreckt und Plakate zerstört wurden. Bei ihrer Abendveranstaltung kam es dann zur Eskalation, für die der Börsenverein die volle Verantwortung trägt.



Möchtegern-Zensoren in einer gespielten Demokratie: Meron Mendel, Direktor der Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank, demonstriert vor dem Stand des Antaios-Verlages Bild: Imago

Denn seine vermeintlich bauernschlaue Strategie, es mit keiner linkstotalitären Gruppe zu verderben und dennoch pro forma Liberalität zu reklamieren, ist krachend gescheitert. Anstatt das Selbstverständliche zu gewähren (die Meinungsäußerungsfreiheit im Sinne der Charta des Schriftstellerverbandes P.E.N.), ließ man scheinneutral die Ungeliebten zu, desavouierte sie jedoch per Presseerklärung und rief unter Hinweis auf ihre Standnummer zur „Auseinandersetzung" mit ihnen auf. Messe-Geschäftsführer Alexander Skipis führte sogar persönlich eine Demonstration gegen Antaios an.

> Ohne Polizei wäre bei diesen Schlägertypen Blut geflossen

Die Saat ging auf. Nach dem Vandalismus der Vortage bot die Antaios-Buchvorstellung vom Sonnabend Gelegenheit, „Gesicht" gegen Rechts zu zeigen. Allerdings nicht ganz wörtlich. Denn in der Regel tragen diese Tapferen dunkle Brillen, Masken oder schützen sich vor erkennungsdienstlichen Fotos durch vorgehaltene Hefte. Die ersten Interviews zu den Büchern von Lichtmesz, Sommerfeld oder Pirinçci wurden lediglich durch (hysterische) Schreie oder laute Musikeinspielungen unterbrochen. Als Martin Sellner und Mario Müller von der Identitären Bewegung reden wollten, setzte schlagartig ein Lärmorkan ein, mit dem die Antifa per Trillerpfeifen, Pauke und Sprechchören die Autoren buchstäblich mundtot machte. Und die ehrwürdige Messeleitung sah eine halbe Stunde lang keinen Bedarf, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen, sondern berief sich perverserweise gar auf die Meinungsfreiheit dieser Brüller.

Ich selbst erlebte die Vorfälle in einer seltsamen Gefühlsmischung aus Wut über die pöbelhaft entfesselten Möchtegern-Zensoren und Faszination des Historikers für Ursituationen. Und so war denn auch mein erster Gedanke: Das hier ist Weimar pur – in seiner hassvollen gesellschaftlichen Zerklüftung und seiner aufs Totalitäre zielenden Kommunikationsverweigerung. Allen vom Fach, die sonst lediglich in Kompendien oder Aktenbeständen wühlen, seien solche Eindrücke zur atmosphärischen Veranschaulichung wärmstens empfohlen.

Auch dieser linksradikale Mob duldete keine Gegenmeinung, sondern wollte schlicht verhindern, dass unter 7000 Ausstellern tatsächlich eine Handvoll anderes verkündeten, als das, was Claudia Roth, Stegner, Merkel oder Göring-Eckardt über unsere real existierende Welt halluzinieren. Ohne Polizei wäre bei diesen Schlägertypen, denen eine offiziöse Pseudomoral quasi die Lizenz zum Prügeln erteilt, fraglos Blut geflossen, wie es bei Dutzenden anderer Gelegenheiten schon geschah. Ihnen allen (darunter Söhn- und Töchterlein aus „bestem" Hause) stärken ideelle Paten ihr gutes Gewissen, um einmal richtig Schwein sein zu dürfen – das Ganze im Bewusstsein, dass eine vielfach linkspolitisierte Justiz ihnen letztlich nicht wehtut. Zu solch fragwürdigen Helden zieht es gewaltgeile Groupies. In Frankfurt intonierten sie zudem in lustvoller Provokation Sprechgesänge wie: „Wir ha-'m den Krieg verlor'n." Man wünschte den infantilen Ahnungslosen, dass sie wenigstens ansatzweise mal etwas von dem verspürten, was im Frühjahr 1945 unmittelbar auf die Niederlage folgte.

> »Jeder hasst die Antifa«, brüllte die Gegenphalanx

Positiv überrascht hat mich ein Publikum, das die Herausforderung annahm. Ich erwartete es zwar von der Garde aus Identitären oder Jungen Alternativen, die solche Konfrontation gewöhnt sind. Doch die Teilnehmer der Veranstaltung setzten sich aus fast allen Altersklassen und beiden Geschlechtern zusammen. Darunter ein Rollstuhlfahrer, der ein wenig traurig berichtete, er sei gekommen, um sich mal ohne Medienfilterung ein eigenes Bild über bundesrepublikanische „Unpersonen" zu machen. Leider umsonst.

Gegen solche Bevormundung rührte sich spontan ein gruppendynamisch bemerkenswerter Widerstand. Nur wenige entfernten sich, erschreckt von der explosiven Stimmung. Das Gros formierte sich zur Gegenphalanx und brüllte zurück. Es hat zwar seine Komik, wenn ergraute Herren oder Damen mittleren Alters sich erstmals in Saalschlachtgesängen erproben. Aber ihr Gegenchor: „Haut ab!", „Räumen!" (an die Adresse der Polizei) oder „Jeder hasst die Antifa" hatte gleichwohl etwas Wohltuendes. Signalisierte er doch, dass sich hier endlich einmal nicht nur um ihren „gutbürgerlichen" Ruf besorgte Eingeschüchterte getroffen hatten, sondern Citoyens, die noch des Zorns fähig und sich ihrer freiheitlichen Aufgabe bewusst waren. Auch ihre stimmgewaltig skandierte Antwort („Nazis raus!") war bestens adressiert im Sinne von Ignazio Silones Bonmot, der heutige Faschismus verkleide sich als Antifaschismus.

Die Reaktion der Medien wäre ein Thema für sich. Als absurder Epilog nur so viel: Am Morgen las ich als erstes einen Artikel auf „Spiegel.Online", dessen klares Feindbild alle Vorwürfe über die „Lügenpresse" bestätigt. Seine Verfasserin, begabt mit der analytischen Tiefenschärfe eines Pantoffeltierchens, betitelte ihn sinnigerweise: „Dialogversuche auf der Buchmesse – Rechte rasten aus", was die Redaktion mittlerweile schamhaft änderte. Es lebe das Rechercheschema à la „Kind beißt Hund".

Spannend wird's 2018. Auch der Messeleitung dürfte nicht entgangen sein, dass ihre moralische Inkriminierung alternativer Verlage ein klassisches Selbsttor war. Sie haben nichts gelernt aus der sogar internationalen Blamage ihres Sieferle-Tribunals und anderen Ausgrenzungsversuchen. Vielmehr hat ihre Hysterie wirklichen oder nur vermeintlichen rechten Verlagen eine drastisch erhöhte Aufmerksamkeit und entsprechend vermehrte Kundschaft verschafft, als wären sie von deren PR-Abteilungen besoldet. Läuft alles wie bisher, droht nächstes Jahr zudem eine Gewalteskalation.

Schützt sich die Messe also künftig vor vermehrtem Ärger dadurch, dass man unerwünschte Verlage gar nicht mehr zulässt? Schon Weimar präsentierte ja mit umgedrehten politischen Vorzeichen dieses Handlungsmuster. Damals störten rechte Provokateure den Antikriegsfilm „Im Westen nichts Neues" so lange, bis die Reichsregierung seine Aufführung aus öffentlichen Sicherheitsgründen verbot. Für alle, die Vergleichbares auch unseren „Kultureliten" zutrauen, gibt es inzwischen die „Charta 2017" für gelebte Meinungsfreiheit. Sie steht im Netz und wartet auf weitere Unterschriften.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 43 – 27. Oktober 2017

MELDUNGEN

Landstreitkräfte werden verstärkt

Lötzen – In Lötzen wurde das Fest der Landstreitkräfte zelebriert. Sie sind der wichtigste Teil der polnischen Armee. An der Veranstaltung nahmen Soldaten aus Rumänien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten teil, die in Masuren in NATO-Bataillonsstärke stationiert sind. Nach Lötzen kam der Vizeminister der Verteidigung, Tomasz Szatkowski. Er versprach eine spürbare Verstärkung der Landstreitkräfte. Im Rahmen des 15-jährigen Programms der Verstärkung der Landstreitkräfte sind Einkäufe von Artilleriegerät und Kampfhubschraubern geplant. *PAZ*

Kohlelieferung aus Russland

Braunsberg/Elbing – In diesem Jahr wurde ein Rekord an Steinkohle aus Russland eingeführt. Die Zufuhr erfolgte über den Grenzübergang in Braunsberg und über den Hafen in Elbing. Wie die Kammer der Finanzverwaltung in Allenstein prognostizierte, wird mit einem Import von 2,75 Millionen Tonnen Kohle in das südliche Ostpreußen in diesem Jahr ein Rekord erreicht. Im südlichen Ostpreußen ist eine Kohle-Bevorratung nicht nötig, zum einen, weil es nicht genug polnische Kohle gibt, zum anderen, weil die russische billiger ist. Die russische Kohle kommt in das südliche Ostpreußen über den Hafen von Elbing. Der Vorsitzende des Elbinger Hafens, Arkudiusz Zglinski, sagte, dass in diesem Jahr bis September über den Wasserweg 16800 Tonnen importiert worden seien. *PAZ*

»Gotische Perle des Ermlands«

Eine neuer Bild-Reiseführer informiert über die Geschichte der Bischofsburg in Heilsberg

Burg Heilsberg ist nicht nur schön und majestätisch, sonderen auch gut erhalten. Soeben ist ein neuer Reiseführer über die Sehenswürdigkeit im südlichen Ostpreußen erschienen.

In den vergangenen Jahren wurden in der Heilsberger Burg umfangreiche Renovierungsarbeiten durchgeführt. Unter anderem gehört nun ein Hotel zum Komplex der Burganlage. Da bislang nicht viel über die Geschichte und Architektur des Bauwerks bekannt war, haben Małgorzata Jackiewicz-Garniec und Mirosław Garniec einen neuen Reiseführer mit dem Titel „Das Schloss der Bischöfe in Heilsberg“ herausgegeben, eine reich illustrierte Publikation. Sie enthält nicht nur Fotografien des historischen Interieurs und von Gegenständen des prächtigen Denkmals, sondern auch Grafiken und Karten, welche die Geschichte dieses Ortes erläutern.



Burg Heilsberg: Gut erhaltenes Zeugnis der Geschichte des Landes Bild: Mirosław Garniec

Die Autoren erinnern an den preußischen Ermlandstamm, der das Gebiet bis zum 13. Jahrhundert bewohnte. Sie erzählen von der Gründung der Diözese Ermland. Dies veranschaulicht eine Karte, welche die Kirchen- und Verwaltungsabteilungen des Deutschen Ordens in Preußen zwischen 1341 und 1466 zeigt, auf der die riesige Diözese Ermland markiert ist. Der Reiseführer enthält auch eine Karte der ermländischen Herrscher mit einer mittelalterlichen Verwaltungseinteilung sowie eine Karte der Stadt und der Burg um das Jahr 1500. Das Buch erwähnt auch die berühmten Ermländer Bischöfe Ignatius Krasicki, Johannes Dantiscus sowie Stanislaus Hosius, Martin Cromer und Adam Stanislaus Grabowski, Domherr Nicolaus Copernicus und seinen Onkel Lukas Watzenrode, die alle einst Bewohner der Burg waren. In dem Reiseführer sind alte Gravuren und Fotografien des Denkmals, der Orangerie sowie der Gärten des Bischofs Krasicki enthalten.

Die Texte stammen von Małgorzata Jackiewicz-Garniec, der Direktorin des in der Burg gelegenen Ermländer Museums. Mirosław Garniec zeichnet für die Fotos sowie für Planung und Entwürfe wie auch für die Druckvorbereitung verantwortlich. Der Reiseführer ist bereits im Verkauf. Er ist in polnischer, englischer, deutscher und russischer Sprache erhältlich.

Der polnische Name für Heilsberg [Lidzbark Warminski] stammt vom preußischen Namen Lecbarg ab. Die Stadt wurde zu

Copernicus lebte sieben Jahre dort

Beginn des 14. Jahrhunderts errichtet, die Burg im Jahre 1350 fertiggestellt. Dieser Ort wurde das Herz des Ermlandes. Die Burg war das Hauptquartier der Ermländer Bischöfe, die nicht nur Kleriker waren, sondern auch die weltliche Autorität auf dem Gebiet von Ermland ausübten.

Ihre Erbauer orientierten sich an den Burgen des Deutschen Ritterordens, obwohl sie auch versuchten, die Burg Heilsberg den Bedürfnissen des Bischofs und seines Hofes anzupassen. Keine Komturburg blieb in so gutem Zustand wie die in Heilsberg. Sie ähnelt den Hauptquartieren von Komtureien mit ihren Plänen, der Gestaltung der Räume und dem Hauptturm. Wegen der Erhaltung der ursprünglichen Elemente mit ihren Kreuzgängen wird sie heute auch „Wawel des Nordens“ genannt. Der Wawel ist die ehemalige Residenz der polnischen Könige in Krakau.

Der prominenteste Bewohner der Burg war Nicolaus Copernicus, der sieben Jahre hier verweilte. Er kam nach Heilsberg weil sein Onkel Lucas Watzenrode Bischof von Ermland wurde.

Nach dem Fall der Adelsrepublik Polen Ende des 18. Jahrhunderts verlor die Burg ihre Bedeutung als königliche Residenz. Von 1859 bis 1932 gab es hier Kasernen, ein Krankenhaus und ein Waisenhaus. Dies geschah, weil im 18. und bis ins 19. Jahrhunderts die Menschen alte Gebäude nicht wertschätzten. Die Burgen wurden in Büros, Gefängnisse oder Kasernen umgewandelt.

Heute gilt das Hotel vor der Bischofsburg als gotische Perle des Ermlands. Es gibt dort viele Originalteile wie den Grabowski-Palast, und der Uhrturm wurde nach historischen Dokumenten rekonstruiert. Die Überreste der Gebäude waren in sehr schlechtem Zustand. Die Errichtung des Hotels sorgte für Kontroversen, aber dank des Hotelbaus konnte die Burg gerettet werden. Im Sommer kann man während des Festivals „Varmia Musica“ kostenlos antike und zeitgenössische Musik hören. Die Innenarchitektur der Burg liefert ihre außergewöhnliche Aura dazu.

In den Kreuzgängen sind im Boden nicht nur farbige Inschriften aus dem Mittelalter erhalten. Es wurden auch solche aus den Tagen entdeckt, als Copernicus dort lebte. Der Reiseführer ist mehr zum Anschauen als zum Lesen geeignet. Die Bilder wurden sehr präzise gewählt, um die Burg zu verschiedenen Zeiten des Jahres zu unterschiedlichen Tageszeiten zu zeigen.

Das Buch ist eine wichtige Publikation, denn in Polen und auch im Ermland selbst ist wenig über die Geschichte und die herausragenden Bewohner des Ermlands bekannt.

Leszek Chaburski

11. Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein



Sechzig deutsche und polnische Teilnehmer, darunter Funktionsträger der Landsmannschaft Ostpreußen sowie polnische Landräte, Vertreter der Deutschen Minderheit aus dem südlichen Ostpreußen haben sich am vergangenen Wochenende in Allenstein getroffen, um in Vorträgen und Diskussionsbeiträgen das Tagungsthema „Deutsche und Polen im Kräftefeld von Staat und Religion“ näher zu beleuchten. Der stellvertretende Allensteiner Stadtpräsident Jaroslaw Sloma begrüßte die Teilnehmer, Wiktor Marek Leyk (Minderheitenbeauftragter des Marschalls) und Bernard Gaida (Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen) sprachen Grußworte. Edyta Gladkowska (Repräsentantin der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein) verlas die Wünsche des Woiwoden für das gute Gelingen der Veranstaltung.





Folgten mit großem Interesse den Vorträgen: (v.l.) Heinrich Hoch, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, und der stellvertretende Allensteiner Stadtpräsident Jaroslaw Sloma. LO-Sprecher Stephan Grigat begrüßt die Teilnehmer (r.) Bilder: MRK

In den verschiedenen Referenten wurde deutlich, dass Religion in Ostpreußen stets eine wichtige Rolle gespielt hat. Besonders die Reformation, deren 500. Jahrestags wir in diesem Jahr gedenken, hatte Einfluss auf die Beziehung zwischen Deutschen und Polen. Einerseits führte sie zu Spannungen zwischen Katholiken und Protestanten, anderseits legte sie durch die Übersetzung der Bibel die Grundlage für die Bildung der Bevölkerung.

Angeregte Diskussionen und das große Interesse der Teilnehmer zeugen von einer gelungenen Veranstaltung. *MRK*

(Ein Bericht folgt in Ausgabe 44)

Ostpreussische Familie



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

der November steht vor der Türe, und die Gedanken gehen jetzt stärker als sonst zurück in die Vergangenheit und zu denen, die nicht mehr unter uns sind. Wer Kränze auf die Gräber legen kann, weiß die Verstorbenen geborgen, aber für viele Vertriebene bleibt nur die Erinnerung, denn die Gräber ihrer Lieben sind unbekannt oder können nicht mehr gefunden werden. Die große Suche nach ihnen ist noch lange nicht beendet, wenn auch, wie wir in der letzten Folge berichteten, manche die Hoffnung aufgeben, und dazu gehört nun auch leider Herr **Horst Barheier** aus Herne. Zehn Jahre lang hat er versucht, etwas über seine Großmutter **Auguste Strachowitz geb. Michalzik** aus Lyck zu erfahren, leider vergeblich. Nun bedankt sich Herr Barheier für die Veröffentlichung seines Suchwunsches in Folge 30/2016 und für die damit verbundenen Bemühungen. Die Ostpreußische Familie war seine letzte Hoffnung gewesen, denn er hatte vorher schon viele Institutionen bemüht, manche Schreiben blieben unbeantwortet, andere enthielten nur einen zwar freundlichen, aber leider negativen Bescheid. Vielleicht wenn Herr Barheier sich schon früher an uns gewandt hätte, wäre die Suche erfolgreicher verlaufen, aber „hundert Jahre sind schon eine lange Zeit“, wie er schreibt, denn diesen Zeitraum hätten die gesuchten Informationen über Großmutter Strachowitz erfasst. Deshalb war auch ich nicht sehr hoffnungsvoll, als ich nach den wenigen Angaben von Herrn Barheier seinen Suchwunsch in unserer Kolumne veröffentlichte. Die Schwierigkeiten lagen nicht nur darin, dass sich das nachvollziehbare Geschehen um den Ersten Weltkrieg abspielte, sondern vor allem an dem frühen Tod seiner Großmutter: Die junge Ehefrau von **Gustav Strachowitz** und Mutter ihrer Tochter **Martha** verstarb an den Spätfolgen einer Geburt nach der Flucht aus ihrer masurischen Heimat. Dies könnte am Fluchtort Jüterbog, aber auch nach der Heimkehr an ihren Wohnort Lyck geschehen sein. Lyck ist allerdings nicht der Geburtsort von **Auguste, einer geborenen Michalzik**, sondern das Dorf Skomatzko am Aryssee. Herr Barheier hat überall nach diesen Namen geforscht, fand auch eine Spur, die sich allerdings als nicht begehbar erwies, weil der Betreffende mit dem gesuchten Namen eine Verwandtschaft ablehnte. Da Gustav Strachowitz nach dem frühen Tod seiner Frau wieder heiratete und die Familie nach Herne zog, endete wohl auch die Beziehung zu Ostpreußen. Zwar soll Tochter Martha – Mutter von Herrn Barheier – noch einige Male in Lyck gewesen, also muss es dort Verwandte gegeben haben, aber es erfolgte bisher kein Hinweis. Jetzt wirft ihr Sohn das Handtuch: „Ich werde meine Nachforschungen einstellen, mein Suchen begann 2007 und endet 2017. Schade, dass sich auf Ihren ausführlichen Bericht niemand gemeldet hat.“ Finden wir auch, aber vielleicht kommt doch noch einmal ein brauchbarer Hinweis, denn es sind ja erst 14 Monate seit der Veröffentlichung vergangen, und das ist für unsere Ostpreußische Familie nur ein kurzer Zeitraum.

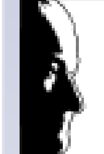
Da haben wir gleich einen Beweis, dass sich auch nach längerer Zeit noch Informanten finden, wenn diese sich zuerst um erfolgversprechende Nachforschungen bemühten und keine falschen Hoffnungen erwecken wollen. Unser Mitdenker **Dirk Oelmann** aus Oranienburg ist da mal wieder fündig geworden und hat so Einiges zu dem vor einem Jahr veröffentlichten Anliegen von Frau **Dreschel** und der damit verbundenen Familienforschung sagen können. Sein Schreiben an die Suchende enthält mit Sicherheit einige passende Steinchen für ihr Familienmosaik: „Ihre Suchanfrage vom Oktober 2016 im *Ostpreußenblatt* ist mir erst gestern in die Hände gefallen. Bei dem Familiennamen **Raupach** bin ich hellhörig geworden. In meinem Heimatort Birkenwerder gibt es ein Denkmal für einen **Peter Raupach**. Bis mir ein Buch über das KZ-Außenlager Heinkel in die Hände fiel, wusste ich nichts über ihn. Peter Raupach ist 1904 geboren und 1945 umgekommen. Er hat den Häftlingen bei Heinkel geholfen und war dort angestellt. Er muss ja nichts mit Ihrer Familie zu tun haben. In Deutschland leben zurzeit etwa 3000 Menschen, die den Familiennamen Raupach tragen. Zu Ihren Großeltern: Der Geburtsort Ihrer Großmutter ist Freudenthal, Kreis Heiligenbeil. Ihr Großvater stammt wohl aus Liebau, Kreis Landeshut, Reg. Bezirk Liegnitz in Niederschlesien.“ Soweit die wichtigsten Informationen aus dem Brief von Herrn Oelmann an Frau Dreschel, die er auch uns übermittelt. Darüber freuen wir uns, denn in manchen Fällen bekommen wir trotz der Erfolge, die durch die Veröffentlichung in unserer Kolumne verzeichnet wurden, über diese keine Information. Da hören wir dann erst von dritter Seite, dass etwas Positives geschehen ist. Das ist schade, denn wie viele Leserinnen und Leser nehmen Anteil an den Wünschen und Fragen und warten darauf, dass sich Lösungen finden. Es brauchen ja keine großen Berichte zu sein, Erfolge kann man mit wenigen Worten ausdrücken, auch wenn es nur heißt: Es hat geklappt.



Lichtdurchflutete Kirche in Saugen — Bild: Dauskardt

Schon im April hatte **Bernd Dauskardt** uns mitgeteilt, dass er wieder einmal etwas entdeckt hatte, was für ihn lebende Vergangenheit ist. Es geschah in einer memelländischen Kirche nahe Heydekrug, in Saugen. Als er das Gotteshaus betrat, fiel ihm auf, dass das Innere der Kirche wunderbar erhalten war und anscheinend sorgsam gepflegt wurde. Aber sein Hauptaugenmerk richtete er auf eine große, weiße Tafel, die viele Namen enthielt, denn es handelte sich um eine Gedenktafel für die im Ersten Weltkrieg Gefallenen, die aus dem Kirchspiel Saugen stammten. Und da stand auch sein Familienname: **Ertmann Dauskardt**, gefallen im Alter von 33 Jahren in Russland. Wie er feststellte, ist er mit diesem Ertmann über seinen Urgroßvater verwandt. „Es ist erschütternd zu lesen, wie aus den Sterbedaten auf der Gedenktafel ersichtlich wird, dass Väter und Söhne gleichseitig für ihr Vaterland starben“, schreibt Herr Dauskardt. Auch wenn es über 100 Jahre her ist, wird ihrer noch immer in dieser Kirche gedacht, kein Kriegsgeschehen hat die Tafel zerstört. Die deutsche Vergangenheit wird nicht verschwiegen, im Gegenteil, denn über dem Altar befindet sich die Inschrift in deutscher und litauischer Sprache: Ehre sei Gott in der Höhe. Dieser Bericht würde wohl zum Totengedenktagen passen“, schrieb Herr Dauskardt damals, ich meinte das auch und habe es nun in die Tat umgesetzt. Was mich an diesem Bild so beeindruckt, ist die Helle, die den in Lichtblau gehaltenen Altarraum durchflutet – ich kann da Herrn Duskardt nur beipflichten, wenn er von dieser memelländischen Kirche so angetan war. Ähnlich ist es ja dem vor einem Jahr verstorbenen **Günter Uschtrin** ergangen. Der nach der Vertreibung geborene Sohn ostpreußischer Eltern entdeckte in der Kirche von Coadjuthen auf den sich dort befindenden Gedenktafeln seinen Namen – das war die Initialzündung für seine späte, selbstgewählte Lebensaufgabe, die wechselvolle Geschichte der Ahnenheimat in einem 500 Seiten umfassenden Werk zu dokumentieren. Was eigentlich zuerst als Familienchronik gedacht war, wuchs – über die tätige Hilfe für die Pfarrkirche hinaus, die zum Bindeglied zwischen alten und neuen Bewohnern wurde – zu einem Geschichtswerk über das Memelland, dass heute eine wahre Fundgrube für alle ist, die sich für Ostpreußen und da vor allem für seinen nördlichen Teil, interessieren.

Unsere Ostpreußische Familie ist immer gut für Entdeckungen – ich denke da an das Kruzifix, das sich heute bei der Berliner Evangelischen Gemeinde Schlachtensee befindet und das aus einem ostpreußischen Gotteshaus stammen soll. Er wurde auf der großen Flucht im Januar 1945 auf einem Treckwagen bis nach Berlin gebracht und dort dem Pfarrer der Gemeinde übergeben, wie eine inzwischen verstorbene Zeitzeugin berichtete. Sie konnte sich aber nicht mehr erinnern, aus welcher Gegend der Treck kam und wo sich die Kirche befand, in der das gut erhaltene Kruzifix bis zur Flucht hing. Wir haben darüber in Folge 33 berichtet, aber leider hat bisher wohl niemand aus unserem Leserkreis einen Hinweis geben können, denn die Gemeinde Schlachtensee hat sich nicht wieder gemeldet.



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Das dürfte bei unserem nächsten „Fund‘“ wohl anders sein, denn da werden wenigstens der Name und die ehemalige Anschrift genannt. Auch wenn die Mitteilung auf Umwegen zu uns gelangte, dürften die wenigen Angaben doch genügen, um eine Spur zu finden. Geschrieben hat uns Frau **Andrea Leiber** aus München im Auftrag einer Bekannten, deren Familienangehörige diesen Fund gemacht haben – damals zwei Jahre nach Kriegsende und Flucht. In der Kleinstadt Lübz in Mecklenburg entdeckten sie in einer Mauernische ein Buch, das sich als ein Lehrbuch der Christlichen Wissenschaft erwies. Der Titel „Wissenschaft und Gesundheit mit Schlüssel zur Heiligen Schrift“ deutet darauf hin, dass es sich um ein Lehrbuch zur Ausübung von Unterweisungen handelt, das rege im Gebrauch gewesen sein muss, wie die zahlreichen Unterstreichungen und Vermerke des Besitzers vermuten lassen. Dieser gläubige Mann hat sich mit Namen und Anschrift eingetragen: **Anton Daus**, Königsberg, Königseck 9. „Ließe sich vielleicht auf diesem Weg das Schicksal von Anton Daus ein stückweit rekonstruieren?“, fragt Frau Leiber und hofft, dass sich Nachkommen oder andere Familienangehörige von Herrn Daus melden, die dieses Erinnerungsstück gerne besitzen würden. Da Herr Daus wohl einer christlichen Glaubensgemeinschaft angehörte, wie zu vermuten ist, könnte sich auch heute noch eine Spur finden lassen. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist das Buch auf der Flucht vor den russischen Eroberern in Sicherheit gebracht worden und konnte dann nicht mehr aus dem Versteck geholt werden. Zuschriften sind an Frau Leiber zu richten, die weitergehende Fragen allerdings nicht beantworten kann. Sie ist aber bereit, den Kontakt zu ihrer Bekannten herstellen. (Andrea Leiber, Osserstraße 34 in 81679 München, E-Mail andreafoto@t-online.de)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Östlich von Oder und Neisse

Katalonien als Vorbild

Neue oberschlesische Regionalpartei bündelt Vertreter aller nationalen Optionen

Die Bewegung für die Autonomie Schlesiens sowie der Oberschlesische Bund haben eine gemeinsame politische Partei gegründet. Die hierfür nötigen Unterstützungsunterschriften wurden während des jährlich stattfindenden „Autonomiemarsches“ Mitte Juli in Kattowitz gesammelt, bei dem die beiden um die regionale Gunst werbenden Gruppierungen erstmals Schulter an Schulter durch die Innenstadt zogen. Gemeinsam feierten die Mitglieder und Sympathisanten beider Gruppierungen am 15. Oktober zudem auf dem heiligen Berg der Region, dem Sankt Annaberg in der Woiwodschaft Oppeln, einen Gottesdienst für alle Oberschlesier. Dies ist auch insofern hervorzuheben, da im polnischen Verständnis das sogenannte Oppelner Schlesien von „Oberschlesien“, womit nur der östliche Teil der Region gemeint ist, unterschieden wird. Meist sogar für deutsche Ohren völlig irreführend, indem Ostoberschlesien nur als „Schlesien“ verstanden wird – wozu man Niederschlesien und sogar das oberschlesische „Oppelner Schlesien“ nicht dazurechnet.

„Die neue Partei soll nicht gegen etwas oder jemanden sein. Wir kümmern uns nicht nur um die Region, sondern auch um den polnischen Staat, denn diese Republik lebt aus allen ihren Regionen“, sagte Grzegorz Franki, Chef des seit 1989 bestehenden Oberschlesischen Bundes gegenüber dem Internetportal Onet.Slask. „Das Fundament der Tätigkeit der (Ober-)Schlesischen Regionalpartei soll das Streben nach einer breiten Selbstverwaltung, also gewissermaßen nach Autonomie sein“, so Henryk Mercik, der stellvertretende Vorsitzende der Autonomiebewegung RAS.

Der Begriff Autonomie wird in Polen meist mit Separatismus gleichgesetzt. Diese Gleichsetzung beruht auf dem Umstand, dass die eigentlich mit Autonomie gemeinte Subsidiarität als Begriff erst mit den neuen europäischen Strukturen einzog und inhaltlich aus der zentralistischen Tradition Polens heraus nicht erfasst wird. Der begrifflichen Verwirrung möchten die oberschlesischen Aktivisten entgegenwirken. „Wir Oberschlesier glauben an Selbstverwaltung stärker als anderswo, denn in der Zwischenkriegszeit konnten wir eine volle, echte autonome Selbstverwaltung ausleben. Hier bei uns hat Selbstverwaltung bereits Tradition“, so Mercik. Die oberschlesische Bewegung betont also, dass die von 1922 bis 1939 im damals polnischen Ostoberschlesien geltende Autonomie der Region bis heute weiterhin vorenthalten wird.

> »Wir Oberschlesier glauben an Selbstverwaltung«

Nach der der letzten Kommunalwahl, bei der zugleich das Regionalparlament mit dem Ministerpräsidenten – dem Marschall – gewählt wurde, stellte RAS vier Abgeordnete im Sejmik (Landtag) der Woiwodschaft Schlesien. Zurzeit gehört die Autonomiebewegung wieder der Regierungskoalition in der Woiwodschaft an. 2012 wurde ein Oberschlesischer Rat gegründet, den elf oberschlesische Organisationen bilden, darunter der Verband für Menschen (Ober-)Schlesischer Nationalität, der sich für den Erhalt des regionalen slawischen Idioms einsetzende Verein Pro Loquela Silesiana und auch die oft in Opposition zum Dachverband der deutschen Minderheit in Oppeln stehende und ihm dennoch angehörende deutsche Gemeinschaft Versöhnung und Zukunft um Dietmar Brehmer. Damit deckt der Rat die gesamte Bandbreite oberschlesischen Selbstverständnisses ab, von Oberschlesiern deutscher Option über Nationaloberschlesier bis hin zu Oberschlesiern polnischer Option.

Die (Ober-)Schlesische Regionalpartei soll nun eine Antwort auf das zentralistische Beharren aus Warschau sein. Oberschlesien brauche eine politische Gruppierung, die nicht lediglich Filiale einer gesamtpolnischen Partei sei, so Mercik von der RAS, der zugleich Vizemarschall der Woiwodschaft Schlesien ist. Dies würde auch zur Stabilisierung der politischen Situation in der Region beitragen, behauptet er. Der Chef und Gründervater der Autonomiebewegung, Jerzy Gorzelik, behauptet, dass der Fall Katalonien eindeutig zeige, dass Europa sich regionalisiere. Die neue Partei möchte bereits bei den Kommunalwahlen 2018 eigene Kandidaten aufstellen. Damit könnte ein dezidiert oberschlesisches Votum künftig über die bisherigen Hochburgen der RAS um Rybnik und Kattowitz hinaus möglich werden.

Der bundesdeutsche Ableger der Autonomiebewegung, die Initiative der Autonomie Schlesiens e.V., hatte ihren Bundesvorsitzenden Robert Starosta aus Würzburg sogar bei der Bundestagswahl als Direktkandidaten platzieren können. Starosta trat über die Freien Wähler Unterfranken in Bayern an und erhielt im Landkreis Miltenberg beachtliche 3,75 Prozent der Erststimmen und im Landkreis Main-Spessart 3,53 Prozent der Erststimmen. *Chr. W. Wagner*



ZUM 100. GEBURTSTAG

Hartmann, Eva, geb. **Czibur**, verw., **Janke**, aus Albrechtswiesen, Kreis Angerburg, am 29. Oktober
Regge, Elfriede, geb. **Lipka**, aus Treuburg, am 28. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Düding, **Elfriede**, geb. **Dudek**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Nippa, Frieda, geb. **Gallus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. November
Speder, „Tante“ Ida, geb. **Grunau**, aus Schirwindt, Kreis Schloßberg, am 28. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Johann, Christel, geb. **Grajetzki**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Schwarz, Hanni, geb. **Merchel**, aus Neidenburg, am 28. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Arius, Käte, geb. **Heinrichs**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober
Krause, Hildegard, geb. **Linka**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Maseizik Heinz, aus Lyck, Morgenstraße 32, am 28. Oktober
Nothhorn, Christel, geb. **Mischkewitz**, aus Lyck, Memeler Weg 1, am 28. Oktober
Zysk, Irmgard, geb. **Chilla**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Güges, Helene, geb. **Adamus/Jopp**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Michalowitz, Amalie, geb. **Wischnewski**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 1. November
Schramma, Erwin G., aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Skerswetat, Irmgard, geb. **Wittenberg**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 1. November
Stanko, Edith, aus Garbassen Kreis Treuburg, am 28. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Frasch, Irma, geb. **Niklas**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Zygann, Hilde, geb. **Schönbeck**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Jackisch, Heinz, am 1. November
Niebaum, Helga, geb. **Liedtke**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober
Olk Frieda, geb. **Scharnowski**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober
Ostermann, Erika, geb. **Matzdorf**, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. November
Symanzik, Walter, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. **Czarnojan**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Nicolaus, Waltraut, aus Lyck, am 2. November
Reibe, Herbert, aus Ebenrode, am 27. Oktober
Schmidt, Lieselotte, geb. **Bauer**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Smukal, Waltraud, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 1. November
Szameitat, Karl, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 28. Oktober
Zimmermann, Erika, geb. **Trzeziak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behres, Waltraut, geb. **Komaschewski**, aus Treuburg, am 30. Oktober
Bierkandt, Kurt, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Dietzek, Emil, aus Schwarzenofen, Kreis Neidenburg, am 2. November
Färber, Heinz, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Fitschen, Erna, geb. **Nowosadtko**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Johansson, Ruth, geb. **Omilian**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 1. November
Kecker, Heinz, aus Moditten, Kreis Königsberg, am 31. Oktober
Oster, Waltraut, geb. **Zimmermann**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 1. November
Schmelow, Helmut, früher **Schmielewski**, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 27. Oktober
Starbatty, Helene, geb. **Danielzik**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Steinke, Irma, geb. **Ziemek**, aus Lenzendorf. Kreis Lyck, am 29. Oktober
Szogs, Ulrich, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Tutlies, Achim, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 31. Oktober
Werner, Ilse, geb. **Henschel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 2. November

TERMINE DER LO

2017
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Wunderlich, Maria, geb. **Heimbuchner**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Zillmer, Marie, geb. **Preuß**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Eschment, Eberhard, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 30. Oktober
Grevsmühl, Ursel, geb. **Nitzkowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 9, am 31. Oktober
Grunert, Hildegard, geb. **Jerosch**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober
Jabs, Gerhard, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. Oktober

Nehrenheim, Elfriede, geb. **Kohlmeier**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 1. November
Ruschewitz, Günter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 1. November
Sauer, Edith, geb. **Bodschwinna**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Szeimies, Arno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Thur, Erna, geb. **Langhans**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 1. November
Topel, Gerda, geb. **Weber**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

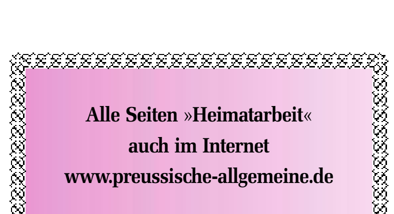
Behrendt, Walruth, geb. **Gadomski**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Dewor, Irmgard, geb. **Brozio**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 31. Oktober
Geike, Waltraut, geb. **Klesz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Hansen, Eva Maria, Kreisgruppe Düsseldorf, am 23. Oktober
Hüber, Ursula, geb. **Lange**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 27. Oktober
Kudzus, Horst, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Kuhn, Herta, geb. **Ausfeld**, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. Oktober
Lepenis, Helga, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 29. Oktober
Pagalies, Werner, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Patett, Olga, geb. **Renz**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober
Rudorf, Gerda, geb. **Bohl**, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Oktober
Schmidt, Gertrud, geb. **Wenzel**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Schmidt, Gisela, geb. **Schlenger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November
Wiechers, Edith, geb. **Szislowski**, aus Neidenburg, am 2. November
Witulski, Hildegard, geb. **Itzek**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Angel, Annemarie, geb. **Saborosch**, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Baran Willy, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Berwein, Martin, aus Ortelsburg, am 1. November
Dannowski, Günter, aus Kröstenwerder, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Dembrowski, Klaus, aus Lyck, am 30. Oktober
Ferno, Peter, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. Oktober
Freiberg, Ursula, geb. **Pehwe**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November
Gehring, Hans-Georg, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Grahl, Elisabeth, geb. **Reichert**, aus Imten, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Gutzat, Diethard, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 29. Oktober
Kallenbach, Manfred, aus Domnau, Kreis Bartenstein, am 29. Oktober
Karthoff, Manfred, aus Neidenburg, am 29. Oktober
Klär, Heinz, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. November
Korth, Ulrich, aus Rügenwalde, Kreis Pommern, am 31. Oktober
Mork, Ella, geb. **Tregel**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Packheiser, Dieter, aus Königsberg, am 30. Oktober
Pehlke, Sieglinde, geb. **Gerlach**, aus Lyck, am 30. Oktober
Sacher, Helene, geb. **Naujokat**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 27. Oktober
Skalischus, Heinz, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 29. Oktober
Wollmann, Gerhard, aus Sarken, Kreis Lyck, am 31. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Erdtmann, Hans-Joachim, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 29. Oktober
Loch, Gerhard, aus Klein Seedorf, Kreis Neidenburg, am 1. November
Pieper, Walter, aus Wehlau, am 31. Oktober
Ploetner, Hans-Alfred, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Richter, Ingrid, geb. **Knizia**, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 1. November
Schneider, Hans-Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Oktober
Vollmer-Müller, Regina, geb. **Sieg**, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 28. Oktober



AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

Kreistagstreffen

Der Zuspruch unserer Landsleute wird zwar geringer, dafür ersetzen Engagement und Einsatz der Besucher und beleben die Veranstaltung. Als Gäste konnte Kreisvertreter Erwin Popien am 14. Oktober Brigitte Stramm von der Landsmannschaft und Dirk Vollmer von Agoff-Arbeitsgemeinschaft ostdeutsche Familienforscher begrüßen und nach einem gemeinsamen Mittagessen mit den Ehrungen und Gedenken der im letzten Jahr Verstorbenen die Sitzung eröffnen. Geehrt wurden Christa Steffen und Heiner Schüpp mit dem Verdienstabzeichen der LO. Das Ableben von Sr. Almerida vom Katharinen-Orden und Erwin Eberlein als wohlbekannter Autor wurden stellvertretend für die vielen verstorbenen Landsleute erwähnt und ihrer mit Schweigen gedacht.

Ein sehr erfreulicher Aspekt und mit Applaus unterstrichen wurde nach stürmischer Diskussion die Bereitschaft einer Gruppe, Verantwortung im Vorstand zu übernehmen. Im März 2018 soll auf einer weiteren Kreistagssitzung nähere Einzelheiten beraten werden. Die weiteren Regularien wurden reibungslos genehmigt.

Mit dem Hinweis auf die positiven Schritte für den Erhalt und die Entwicklung dieser Gemeinschaft beschloss der Kreisvertreter die gemeinsame Sitzung.

Erwin Popien



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen

Hamburg – Mittwoch, 1. November, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125: Treffen. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Bitte senden Sie uns Ihre Texte und Bilder für die Folge 45 bis Mittwoch, 1. November zu



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen. Internet: www.kreisge-meinschaft-johannisburg.de

Es geht weiter

Die Kreisgemeinschaft wird nicht aufgelöst, sondern unter einer neuen Leitung weitergeführt. Die Kreisvertreter konnten auf der Kreistagssitzung am 8. Oktober in Dortmund unser Mitglied Siegfried Strysio zum Vorstand des Kreisausschusses wählen, damit hat die Kreisgemeinschaft eine Führung. Als Stellvertreter wurde Klaus Downar gewählt. Die Kassenverwaltung liegt weiterhin in den bewährten Händen von Günter Woyzechowski. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft können sich ab sofort mit allem, was sie berührt, an den neuen Vorstand wenden. Sollten Sie Rückfragen haben, wenden Sie sich bitte an Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518 oder Klaus Downar, Telefon (03521) 7279796.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

50. Heimattreffen

Das gesamtdeutsche Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen findet wieder in dem an der B 191 gelegenen „Landhotel Spornitz“ in Spornitz am Sonnabend, 11. November, von 10 bis 15 Uhr statt. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Ein Übernachtung sollte rechtzeitig angemeldet werden unter Telefon (038726) 880. Auskunft erteilt Friedrich-Eberhard Hahn unter Telefon (03871) 226238.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

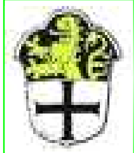
Treffen der Bremer

Donnerstag, 9. November, 13 bis 18 Uhr, Best Western „Hotel zur

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Post“, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: 9. Treffen der in Bremen und „umzu“ wohnenden ehemaligen Lycker Landsleute, deren Nachkommen und Freunde. Weitere Informationen: Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreistreffen

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer! In diesem Jahr fand unser Kreistreffen erstmals im Forum der Verdener Niedersachsenhalle statt, die wie das Hotel Niedersachsenhof in der Nähe der Landkreisverwaltung, dem Ort unserer offiziellen Sitzungen, liegt. Die von der Kreisvertreterin getroffene neue Ortswahl hat sich bewährt: Die Niedersachsenhalle ist für Zusammenkünfte verschiedenster Art geeignet. Der große hohe Hauptraum mit der unmittelbar angeschlossenen Gastronomie kann sowohl als Gaststätte als auch für Versammlungen, als Filmsaal wie als Ausstellungsraum dienen. Hier saßen alle Teilnehmer vereint – Ausweichmöglichkeiten gab es nicht – an den herbstlich dekorierten Tischen und blieben alle beisammen wie eine Familie. Es waren etwa 120 Landsleute gekommen. Hinzu kamen zeitweise die polnische und die kleinere russische Delegation, die ein gesondertes Programm absolvierten.

Das Kreistreffen begann wie üblich mit den Sitzungen des Vorstands und der Delegiertenversammlung, in denen über die laufende Arbeit berichtet und diskutiert wurde. Dabei wurde wieder deutlich, dass die Kreisgemeinschaft angesichts schwindender Mitgliederzahl vor allem die Aufgabe hat, das bisher gesammelte Kulturgut für die Zukunft zu bewahren und zugänglich zu machen. Das bedeutet: Es muss weiter zügig archiviert werden. Die nun wieder verbesserte Finanzlage erlaubte es, hierfür einen ansehnlichen Betrag bereitzustellen. Allerdings fehlt es bisher trotz wiederholter Appelle noch an Helfern, um das in den letzten Jahren eingegangene Material in das vorhandene Archiv aufzunehmen. Daher rufen wir an dieser Stelle noch einmal dazu auf: Geschichtlich beziehungsweise heimatkundlich Interessierte mögen sich bei der stellvertretenden Vorsitzenden Christine Bilke-Krause unter der Mailadresse c.bilke-krause@gmx.net melden. Die Tätigkeit ist – nach Einweisung – nicht schwierig und nicht an Zeit und Ort gebunden. Ein einfach zu befolgendes Computerprogramm ist vorhanden. Auslagen werden erstattet.

Höhepunkt des Treffens war wie voriges Jahr das Kulturprogramm am Sonnabendnachmittag und am Abend. Irmgard Gegner-Sünkler setzte ihre Einführung in die Familienforschung „mit praktischen Beispielen am Computer“ fort. Sie hatte wieder zahlreiche Zuhörer. Vor allem aber war das Publikum – auch Verdener Bürger und Interessierte aus Politik und Verwaltung waren eingeladen – von dem Vortrag Lorenz Grimonis angetan. Das aktuelle Thema „Königsberg, das erste Territorium der Reformation“ war auf ihn zugeschnitten: er ist Pfarrer im Ruhestand und hat lange Jahre das Museum Stadt Königsberg in Duisburg geleitet und ausgebaut. Grimoni stellte die Zeit der gewaltigen religiösen und politischen Umbrüche vor 500 Jahren in Preußen sehr anschaulich dar und würdigte dabei besonders die Persönlichkeit Albrechts von Brandenburg-Ansbach. Der Nachmittag klang aus mit leichterer Kost: gemeinsam gesungenen Liedern – Albrecht Thiel, Canditten, war der Vorsänger – und Siegfried Lenz‘ unvergänglichen Geschichten aus „So zärtlich war Suleiken“, vorgetragen von Elfi Hoppe. Alles in allem ein harmonisches Programm, von dem nicht zuletzt auch die allzeit hilfsbereite Gastronomie profitiert haben dürfte, die dann zum Abendessen die Königsberger Klopse servierte.

Der Vorstand, vor allem die Kreisvertreterin Evelyn von Borries, hatte ständig zu tun, um in der vorgegebenen kurzen Zeitspanne alle notwendigen Kontakte zu pflegen. Dazu gehört auch die Vertiefung der Partnerschaft zu den heutigen Kommunen in unserem Kreisgebiet. Die Delegationen kamen nach langer Anreise schon am Donnerstagabend in Verden an und wurden dort sogleich von den Verdener Vertretern und der Kreisvertreterin bei einem gemeinsamen Abendessen begrüßt. Gelegenheit zu intensiverem Austausch bot dann am Sonnabend der Empfang im Rathaus. Die Begegnungen verliefen routiniert und unkompliziert. Da die Kreisstadt auf der polnischen Seite Bartenstein ist, war der – gut deutsch sprechende – stellvertretende Landrat Pietrzak praktisch der Sprecher der polnischen Delegation, obgleich auch die Bürgermeister der Stadt und der Landgemeinde Landsberg, Jacek Kostka und Bozena Olszewska-Switaj, zu Wort kamen. Evelyn von Borries fasste das gegenwärtige partnerschaftliche Verhältnis so zusammen: „Wir sind zu Freunden geworden.“ Sie bezog dabei auch die Reise im August mit Verdener Vertretern nach Ostpreußen mit ein. Wie um diese Worte zu unterstreichen, überbrachte die polnische Delegation als Gastgeschenk große Laibe Brot „aus heimischer Erde, die uns verbindet“. Und Frau Olszewska-Switaj betonte (mit Recht), dass wir, die alten Kreis-Preußisch-Eylauer, verpflichtet seien, den neuen Bewohnern das kulturelle Erbe der Region zu vermitteln. Der Vertreter des neuen Landrats von Preußisch Eylau brachte die Anerkennung der russischen Seite für die gelungene Instandsetzung der Kirche Mühlhausen zum Ausdruck.

Am Rande des Empfangs trafen sich die Kreisvertreterin, Jacek Kostka und die Abgeordnete der Deutschen Gesellschaft Natangen (DGN) zu einem Gespräch, das vom Verdener Bürgermeister Lutz Brockmann moderiert wurde. Die Stadt Landsberg schlägt uns vor, ein gemeinsames historisches Museum einzurichten. Die Beteiligten wollen dazu in Verhandlungen eintreten. Zunächst wird Kostka uns einen schriftlichen Vorschlag zuleiten, sodann müssen Besprechungen in Landsberg und Allenstein folgen. In die Überlegungen wird auch das Haus der DGN (das alte Landsberger Amtsgericht) einzubeziehen sein.

Der Bürgermeisterin der Landgemeinde Landsberg, Bo ena Olszewska-Switaj, war es ein besonderes Anliegen, von den Plänen für ein Kur-Zentrum in Neuendorf (nordöstlich von Landsberg im Warschkeiter Wald) zu berichten. Die Bauarbeiten haben schon begonnen. Neuendorf war bereits zu deutscher Zeit ein beliebter Ausflugsort. Die Leser des Kreisblatts und des Ostpreußenblatts (Rubrik Heimatarbeit) werden über den Fortgang dieser Projekte auf dem Laufenden gehalten.

Das Preußisch-Eylau-Museum im Kreishaus Verden fand reges Interesse, obwohl die Besuchszeiten leider nach wie vor sehr eingeschränkt sind. Besonders das Interesse der polnischen und der russischen Delegation an unserem Museum scheint von Jahr zu Jahr zu wachsen. Das Kreistreffen klang wie üblich am Sonntag mit der Feierstunde, geleitet wiederum von Pfarrer i. R. Lorenz Grimoni, und der Totenehrung aus.

Das Forum der Niedersachsenhalle hat sich als Veranstaltungsort hervorragend geeignet. Daher findet das nächste Kreistreffen wieder am gleichen Ort, jedoch wie in den Vorjahren am dritten September-Wochenende, vom 15. bis 16. September 2018, statt. Bitte schon jetzt vormerken! Wir werden das Treffe wieder mit interessanten Referenten bereichern.

M. L

Treffen der Preußisch Eylauer: Erstmals im Forum der Niedersachsenhalle in Verden Bild: privat



Beim Empfang im Verdener Rathaus: Kreisvertreterin Evelyn von Borries (m.) mit Ehrengästen und Stadtoberen Bild: privat

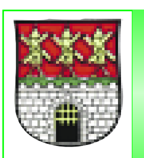
Jetzt erhältlich: Der neue Ostpreußenkalender für 2018

Ostpreußens einzigartige Schönheit hat schon immer bedeutende Maler angelockt. Die Künstlerkolonie in Nidden und die Königsberger Kunstakademie zeugen davon. Ausgewählte Werke solcher Maler, die sich von Ostpreußen faszinieren und inspirieren ließen, sind jährlich in den exklusiven Kalendern des Dortmunder Verlages „type art satz & grafik“ zu sehen. Das gilt natürlich auch für 2018. Die farbenfrohen „Ostpreußische Spät-Expressionisten“ sind diesmal das Thema. Der Kalender hat das Format: 50 x 35 Zentimeter und kann bis zum 30. September inklusive Versand zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 22,60 Euro).

Zu erhalten ist er bei: der Kalender bei „type art satz & grafik“, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de.



Eines der Kalendermotive: Ernst Mollenhauers (1892–1963) „Blick auf Purwin“ Bild: typeart



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

68. Hilfstransport

Der 68. Hilfstransport der Kreisgemeinschaft Schloßberg führte uns vom 10. bis 17. September in das Königsberger Gebiet. Wir machten uns mit einem Sprinter des DRK und sieben Personen von Wanna/Otterndorf Richtung Osten auf den Weg. Schwer beladen mit Hilfsgütern führte uns der Weg über Berlin, Küstrin zunächst bis nach Elbing. Dort legten wir eine Zwischenübernachtung in unserem gutbekannten Hotel „Zajazd Zulawy“ ein. Nach einem guten Frühstück fuhren wir durch das nördliche Masuren bis zum Grenzübergang Goldap. Einen kurzen Stopp gab es noch in der um 1700 erbaute Wallfahrtskirche Heiligelinde. An der polnisch-russischen Grenze wurden wir korrekt behandelt und nach 90 Minuten waren alle Formalitäten erledigt. Durch den nordwestlichen Teil der Rominter Heide führte uns der Weg bis nach Gumbinnen. Dort wurden wir vom Direktor der evangelischen Diakonie, Alexander Michel, begrüßt. Wir übergaben dort einige Geldspenden von Privatpersonen und schauten uns noch die Salzburger Kirche an. Über Kussen und Schloßberg führte uns der Weg bis nach Lasdehnen, unserem eigentlichen Ziel.

Im Kulturhaus empfing uns die Gruppe Tschebatucha mit einem kleinen Imbiss, anschließend suchten wir unser Quartier in Hagenfließ auf.

Der nächste Tag führte uns wieder zurück in die Rominter Heide. Ein Mitglied der Kreisgemeinschaft Goldap überbrachte an verschiedenen Stationen Geldspenden an Russlanddeutsche Familien. Einer Pastorin überbrachten wir eine Geldspen-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Große Freude: Fahrradübergabe an eine rußlanddeutsche Familie in Schloßberg Bild: privat

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet unter www.preussische-allgemeine.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

de, damit im Winter die Gebäude beheizt werden können, in denen kirchliche Veranstaltungen durchgeführt werden. Im Museum in Groß Rominten gab es interessante Informationen über die Geschichte der Rominter Heide und in Trakehnen informierten wir uns über das frühere Pferdegestüt. Abends waren wir bei der Sozialarbeiterin in Schloßberg zum Essen eingeladen. Dort konnten wir uns über ihre Hilfe von alten Leuten mit kleiner Rente informieren und wir berieten darüber, wie wir helfen können. Wir kauften Lebensmittel in Gumbinnen von unseren Geldspenden ein und übergaben sie mit Bekleidungsstücken, die wir mitgebracht hatten. Dieses wurde in hervorragender Weise von unseren Mitgliedern Brigitte und Irina vorbereitet.

Es gab sehr interessante Gespräche mit diesen alten Leuten, man spürte deutlich große Dankbarkeit und es floss auch so manche kleine Träne, auch auf unserer Seite. So erging es uns auch bei einer Großfamilie, die wir im letzten Jahr kennengelernt hatten und die wir gerne weiter unterstützen möchten.

Die Unterstützung des Kindergartens in Schillfelde fiel bei diesem Transport etwas kleiner aus, weil sie beim Transport im August schon großzügig bedacht wurde. Wir konnten dort auch nicht hinfahren, weil dieses Gebiet zum Sperrgebiet gehört und dort Manöver stattfinden sollten. So kam die Kindergartenleiterin Tamara zu uns nach Hagenfließ und empfing dort ihre für sie gedachten Spenden.

Der Kindergarten in Schloßberg wurde etwas großzügiger bedacht. Vom Kindergarten Ihlienworth hatten wir Schreibmaterial mitgebracht, des Weiteren konnten wir gespendete Zahnpflegemittel dort überreichen. Von weiteren Spenden konnten wir einen langersehnten Rasenmäher kaufen und auch gleich an die Leiterin des Kindergartens Schloßberg, Frau Mischkina übergeben.

Wie immer wurden wir zum Schluss unseres Besuches in diesem Kindergarten köstlich bewirtet. Das Küchenpersonal hatte sich wieder viel Mühe gegeben und wurde von uns mit einer kleinen Geldspende bedacht.

In Schackeln, südwestlich von Tollmingen besuchten wir einen russlanddeutschen Gemüsebauern. Dieser junge Mann hat dort vor sieben Jahren ein altes Haus erworben und toll renoviert, sodass er neben seinem Gemüseanbau auch noch Tourismus betreiben möchte. Seine Ernte vermarktet er übrigens bis nach Königsberg, wo er wöchentlich einmal hinfährt.

Bei einer Besichtigung von Tilsit konnten wir uns ein Bild vom Wiederaufbau der Häuser in der Innenstadt machen, auch das Portal der Königin-Luise-Brücke gab es zu bestaunen.

In Breitenstein betreibt unser gutbekannter Juri Userzov ein Museum über die Geschichte Ostpreußens. Auch dieses haben wir uns angesehen und waren erstaunt, was alles seit den achtziger Jahren von ihm zusammengetragen wurde.

Von den führenden Personen der russischen Kreisverwaltung wurden wir im Verwaltungsgebäude empfangen. Bei Tischreden wurde uns für die Hilfeleistung gedankt. Auch wir haben uns über die freundliche Aufnahme gefreut und hoffen auf weitere Intensivierung der Hilfe für bedürftige Menschen sowie über gemeinsame Kultur- und Jugendarbeit.

Am letzten Abend haben wir noch mit einem guten russischen Freund in unserer Unterkunft zusammengesessen und Einiges über die Veränderungen im Königsberger Gebiet erfahren.

Auf der Rückreise haben wir uns das Ostseebad Cranz an der Samlandküste angesehen. Für ein Bad in der Ostsee war es leider schon zu kalt.

Die Grenzkontrolle bei Heiligenbeil verlief ohne Probleme. Bei einer Stadtbesichtigung in Danzig konnten wir noch so manches schöne Gebäude auf dem Langen Markt bestaunen. Auch ein Bummel durch die Frauengasse hat uns natürlich gut gefallen. Nach einer Zwischenübernachtung in Rahmel führte uns der Weg über Stettin, A20 und Lübeck wieder in das Hadelner Land.

Nach der Rückkehr steht für uns fest, dass weitere Hilfe dort nötig ist und wir auch weiterhin helfen möchten.

Unser Dank gilt der Kirchengemeinde Wanna, dem Kindergarten Ihlienworth, Ditt & Datt der Landfrauen, dem DRK Wanna und Hemmoor und vielen privaten Spendern, die diesen Hilfstransport unterstützt haben.

Norbert Schattauer

Schloßberg: Empfang bei der Rayon-Kreisverwaltung Bild: privat



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Johanna-Wolff-Schüler

Diesmal waren wir vom 9. bis 19. September in der Messe- und Kulturstadt Leipzig im Balance-Hotel. Um 15 Uhr empfingen wir unsere Gäste und begrüßten sie mit einem schön gedeckten Tisch mit Kaffee und Kuchen. Die Freude war groß. Vor dem Abendessen stießen wir mit Sekt auf guten Gelingen an. Sogar das Wetter war uns gesonnen. Am ersten Tag machten wir eine gut vierstündige Stadtrundfahrt mit Bus und Gastführerin, dessen Vater auch Tilsiter war. Zum Mittagessen waren wir im Kaiser Napoleon. Die Begleitung war hervorragend. Am Abend ehrten wir Annemarie Knopf mit einer Urkunde und einer Bernsteinbrosche und dankten ihr, dass sie am 30. Sptember 1997 das Klassenfoto mit unserer Johanna-Wolff-Schule im Ostpreußenblatt inseriert hatte.

Das Völkerschlachtdenkmal war für den zweiten Tag ausgesucht. 1813 tobte in Leipzig die größte militärische Auseinandersetzung des 19. Jahrhunderts. Hundert Jahre später, 1913, wurde nach 15 Jahren Bauzeit das 91 Meter hohe Denkmal eingeweiht. Die Kosten betrugen sechs Millionen Goldmark. Es war eine beeindruckende Besichtigung. Danach machten wir Leipzig unsicher.

Um 15 Uhr begaben wir uns in die Thomaskirche, um dem Gottesdienst beizuwohnen und den Thomanerchor zu hören. Es war ein Ohrenschmaus die berühmte Freitagsmotette zu hören. Danach waren Kaffee und Kuchen angesagt. Nach dem Abendessen überraschte uns Wolfhard Froese wieder mit einem wunderschönen Film von unserem Treffen 2016 in Erfurt. Die Musikbegleitung war unser Ostpreußenlied.

Am dritten Tag waren wir auf der Weiße Elster und machten eine 70-minütige Bootsfahrt mit einer tollen Erklärung des Besitzers Bootsverleih Herold. Auf demselben Gelände haben wir etwas gegessen, dann brachte uns die Straßenbahn Linie 1 in die Stadt. Zum Abendessen um 19 Uhr waren wieder alle im Hotel. Es war der letzte Tag, denn am Sonntag fuhren wir nach Hause. Nun heißt es wieder ein Jahr warten. Nach dem Abendessen haben wir uns unterhalten. Es waren viele Themen im Programm. Leipzig ist eine schöne und freundliche Stadt. So haben wir sie erlebt und eine Reise ist sie mehr als wert.

Irmgard Steffen geborene Hoedtke, Schulsprecherin



In Leipzig: Brigitte Birth, Dora Oeltze, Detlef und Heidi Daehmlow (hintere Reihe v.l.). Peter Birth, Anneliese Albrecht, Abbemarie Knopfm Ute Hoffmann, Rita Rausch, Hildegard Weiss (mittlere Reihe, v.l.). Imgard Steffen, Gerda Daehmlow, Wolfhard Froese, Klaus Rausch, Renate Pletzing (vordere Reihe, v.l.) Bild: Wolfhard Froese

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 28. Oktober, 9.30 bis 17.30 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss: 2. Landeskulturtagung.

Bamberg – Mittwoch, 15. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag „Zu Fuß von Köln nach Königsberg“.

Ellingen – Samstag, 28. Oktober, 9.30 bis 17.30 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss: 2. Landeskulturtagung.

Hof – Sonnabend 11. November, 13 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof Martinstag-Heimatnachmittag mit Gansessen.

Landshut – Donnerstag, 2. November: Gedenken der verstorbenen Landsleute mit Gräberbesuch in den Achdorfer-, Nord- und Hauptfriedhöfen, anschließend Treffen im Café „Himmel“.



BERLIN

Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr



Frauengruppe – Mittwoch, 8, November, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Totenehrung. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 12. November, 15 Uhr, Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin; Erntedankfest. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Königsberg – Freitag, 17. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Erntedankfest mit Tombola, Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@googlemail.co, Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Potsdam – Sonntag, 29. Oktober, ab 10 Uhr, „Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte“, Veranstaltungsraum I. Etage, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam: Gemeinschaftsveranstaltung mit der PRUSSIA-Gesellschaft, der Prußen-Stiftung Tolkemita sowie der Botschaft der Republik Litauen. Die Teilnahme ist kostenfrei. Programmschwerpunkte:

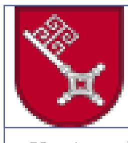
10.15 Uhr: Vorträge von Reinhard Grunenberg, Berlin, „Europäische Minderheiten und ihre Förderungen“ und „Die Zukunft der prußischen Bewegung“,

13.30 Uhr: Enrico Seewald und Dr. Matthias Dornfeldt, Berlin, referieren zum Thema „Hundert Jahre Deutsch-Litauische Beziehungen“ und stellen das gleichlautende Buch vor.

15.30 Uhr: Jörg Naß, Rheine, bringt den Zuhörern in seinem Vortrag „Johannes Bobrowski und seine Verbundenheit zur ostpreußischen Heimat“ näher.

17 Uhr: Abschlussdiskussion,

Weitere Informationen: Hans-Jörg Froese, Phöbener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon (0151) 58705472, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com,

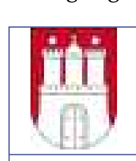


BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Bremen – Dienstag, 31. Oktober, 12 Uhr, „Hotel Robben - Grollander Krug“, Emslandstraße 30, in Bremen-Grolland: Das traditionelle Entenessen der Frauengruppe, offen für alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft. Eine halbe Ente wird als Tellergericht mit den üblichen Beilagen serviert und kostet 21,90 Euro pro Person. – Sie erreichen das Lokal mit den BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle: „Norderländerstraße“. Anmeldungen bei Frau Richter, Telefon (0421) 405515 oder in der Geschäftsstelle.

Bremerhaven – Sonntag, 19. November, 11.45 Uhr, Kapelle Geestemünder Friedhof: Gedenkstunde Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag, anschließend Kranzniederlegung im VDK-Ehrenhain.



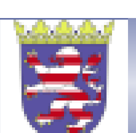
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

KREISGRUPPEN



Frauengruppe – Freitag, 27. Oktober, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Bergedorf: Kaffeetafel mit Luthertorte.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Unser landsmannschaftliches Treffen am 16. September stand im Zeichen des Erntedankes und begann mit kurzen Begrüßungsworten von Christian Keller. Er bedankte sich für den Blumenschmuck auf den

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Darmstadt/Dieburg: Ein schmucker Erntedanktisch Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Tischen bei Waltraud Barth und bei Gisela Keller für die gelungene Gestaltung des Erntedanktisches.

Zum Nachdenken waren auch die Bibelworte von Herrn Turowski. Zahlreiche Geburtstagskinder auch ein Eisernes Hochzeitspaar zählten zu der Spenderschar für Kaffee, Kuchen und Erntedankgaben. Auch Ihnen wurde herzlichst gedankt nicht zuletzt mit einem musikalischen Glückwunsch, vorgetragen durch die Musik- und Gesangsgruppe Biebesheim- Dornheim.

Zwischenzeitlich war auch Gerhard Schröder trotz seines Unfalles nach ärztlicher Versorgung doch noch eingetroffen. Mit einem kurzen Überblick über das Treffen der LOW Mecklenburg-Vorpommern in Stralsund, das er und Hannelore Neumann besuchten, gestaltete Gerhard Schröder den weiteren Programmablauf. Eine Liedersammlung erinnerte an die Heimat Derjenigen die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verlassen mussten. Anni Oest gratulierte, wie immer, mit einem kleinen Gedicht, den Geburtstagskindern der letzten Wochen. Mit einem Gedicht vorgetragen von Hannelore Neumann, und einer wissenswerten Analyse über unsere ostpreußische Heimat setzte Gerlinde Groß gekonnt die Vortragsreihe fort. Carla Jaenich trug im ostpreußischen Dialekt ein Gedicht vor.

Nach einer Musik- und Gesangseinlage verlas Gisela Keller einen Artikel aus der „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ mit dem Titel „Lorbas und Marjellchen“: Was bleibt, wenn ein Dialekt stirbt? Leute, die ihn lieben und lebendig halten. Wie Rudolf Waldmann das Ostpreußische. Ein Lieder-Potpourri leitete das Ende der gelungenen Veranstaltung ein. Mit Worten des Dankes an alle Mitwirkenden wurde an unsere nächstes Treffen am 11. November erinnert. Allen Kranken wünschen wir beste Genesung.

Kassel – Donnerstag, 2. November, 14.30 Uhr, AWO-Altenzentrum, Am Wehrturm 3, Kassel. Karin Balk berichtet über Puppen und Spielzeug in unserer Kinderzeit.



Wetzlar: Der Historiker Peter Wörster spricht über baltische Geschichte Bild: Rühl

Wetzlar – Montag, 13. November, 19 Uhr, „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Der Marburger Historiker Dr. Peter Wörster spricht zum Thema „Mitten in Europa – und doch an der Peripherie. Baltische Geschichte im Überblick“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 77055.

Wiesbaden – Dienstag, 14. November, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Frauengruppe „Winterfreuden in der Heimat“.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 9. November, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen.

Rinteln - Donnerstag, 9. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Monatstreffen mit Lichtbildervortrag von Professor Heinz Schürmann, Bielefeld zum Thema „Unterwegs in Böhmen“. Neben den Mitgliedern sowie Angehörigen, Freunden und Bekannten sind auch interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Weitere Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit gibt es beim Vorsitzenden, Joachim Rebuschat, unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de – Mehr zum Thema der Veranstaltung im Internet; www.myheimat.de/2836237.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg konnte trotz der isolierten Situation von Oldenburg (es fuhren keine Züge nach Bremen) den Schauspieler und Hörspielsprecher Klaus Nägelen aus Lilienthal bei Bremen begrüßen, der zusammen mit Heinrich Lohmann, Vorsitzender der Ost- und Westpreußen Bremen, per Auto angereist kam. Umrahmt von der Erntedankatmosphäre durch unseren Basar mit Ernteprodukten aus heimischer Fertigung trug Nägelen Lyrik und Prosa von Johannes Bobrowski einem interessierten Publikum vor: „Holunderblüte“, „Kindheit“ und „die Frauen der Nehrungsfischer“ als Lyrik und Prosa aus der späteren Schaffenszeit Bobrowskis „Das Käuzchen“, „Mäusefest“ und „De homine publico tractatus“. Erläuternd und gefühlvoll trug er die teilweise schwere Kost vor und ermöglichte einen verständnisvollen und offenen Hörgenuss. Das Ostpreußenlied und Lieder zum Herbst rundeten einen schönen Nachmittag ab.

Gisela Borchers



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 7. November, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74: Vortrag von Elimar Schubbe „50 Jahre Zeitzeugenschaft eines Journalisten im 20ten Jahrhundert“. – Mittwoch, 8. November, 15 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Treffen des Freundeskreises der Ost- und Westpreußen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 9: Chorprobe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. – Sonnabend, 28. Oktober, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Erntedankfest, Einlass ab 14 Uhr. – Sonnabend – 4. November, 15 Uhr, GHH: Vortrag von Dr. Sabine Grabowski und Professor Winfreid Halder „Reformationsjahr 2017“, „Mein Luther – Zwei Perspektiven auf den Reformator“. – Mittwoch, 8. November, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis. – Mittwoch, 8. November, 19 Uhr, GHH: „Schlesien“ – Liebesgedichte von Barock bis Gegenwart mit Frank Schwablewski und Dr. Jürgen Nelles – Freitag, 10. November, 18 Uhr, GHH: Verleihung des „Andreas-Gryphius-Preises“. – Mittwoch, 15. November, 19 Uhr, GHH: Dokufilm, tschechisch „European Arch. Bohuslav Fuchs“.

Neuss – Sonntag, 29. Oktober, 11 Uhr (Einlass ab 10 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Feierlichkeiten 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

Wesel – Sonnabend, 4. November, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Ostdeutscher Kulturabend (29. Preußische Tafelrunde). Der Kulturreferent der Gruppe, Paul Sobotta, spricht über den großen ostdeutschen Schiffs- und Lokomotivbauer Ferdinand Schichau. Weitere Informationen: Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Nachruf: Es ist Feierabend ...

Am 14. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit **Werner Rommeis**, der Leiter der Folkloregruppe Wandersleben, im Alter von 86 Jahren.

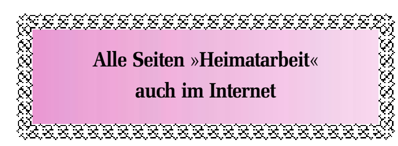
Wir bedauern das sehr, wir werden ihn vermissen. Er hat sein Lebenswerk vollbracht, viele Menschen beglückt und erfreut, ostpreußisches Brauchtum und Kulturgut gepflegt und erhalten. Dafür sind wir ostpreußischen Landsleute, die den verehrten Verstorbenen in Veranstaltungen deutschlandweit erleben, sehr dankbar.

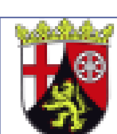
Der gelernte Schrift- und Graphikmaler Werner Rommeis holte sich als gebürtiger Thüringer sein Wissen über Ostpreußen aus den Erzählungen seiner Frau Irene, einer Memelländerin, und aus der ostpreußischen Literatur. Er war ein exzellenter Kenner und Verehrer unserer Heimat, des Landes der dunklen Wälder und kristallenen Seen. Er verstand es, sein Wissen musikalisch durch Gesang, Tänze und vielfältige Darstellungen, aber oft auch nur durch Worte, die dem ostpreußischen Dialekt entstammten, umzusetzen. Zahlreich waren die Landsleute, die am Schluss der Veranstaltung mit ihm das Gespräch führten und um Texte baten. Auch darauf war er vorbereitet, im Kleinen wie im Großen ein tüchtiger Organisator.

Mit letzter Kraft, die Atemluft wurde knapp, griff er im Pflegebett liegend zu seiner Mundharmonika und verkündete, dass Feierabend für ihn sei. Für uns wie ein Vermächtnis!

Wie wönsche em a Platzke am Himmelsrand, dat he jedertied sehe kann, Thüringen un dat Ostpreußeland!

Margarete Ritter, Folkloregruppe Wandersleben/Thür.





RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 4. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag mit Ostpreußenfilm.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 7. November, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 10. November, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises.

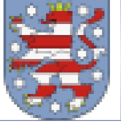


SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Pinneberg – Donnerstag, 9. November, 15 Uhr, Restaurant „Mondea“, Mühlenstraße 70d: „Gänseverspielen“ (Bingo)

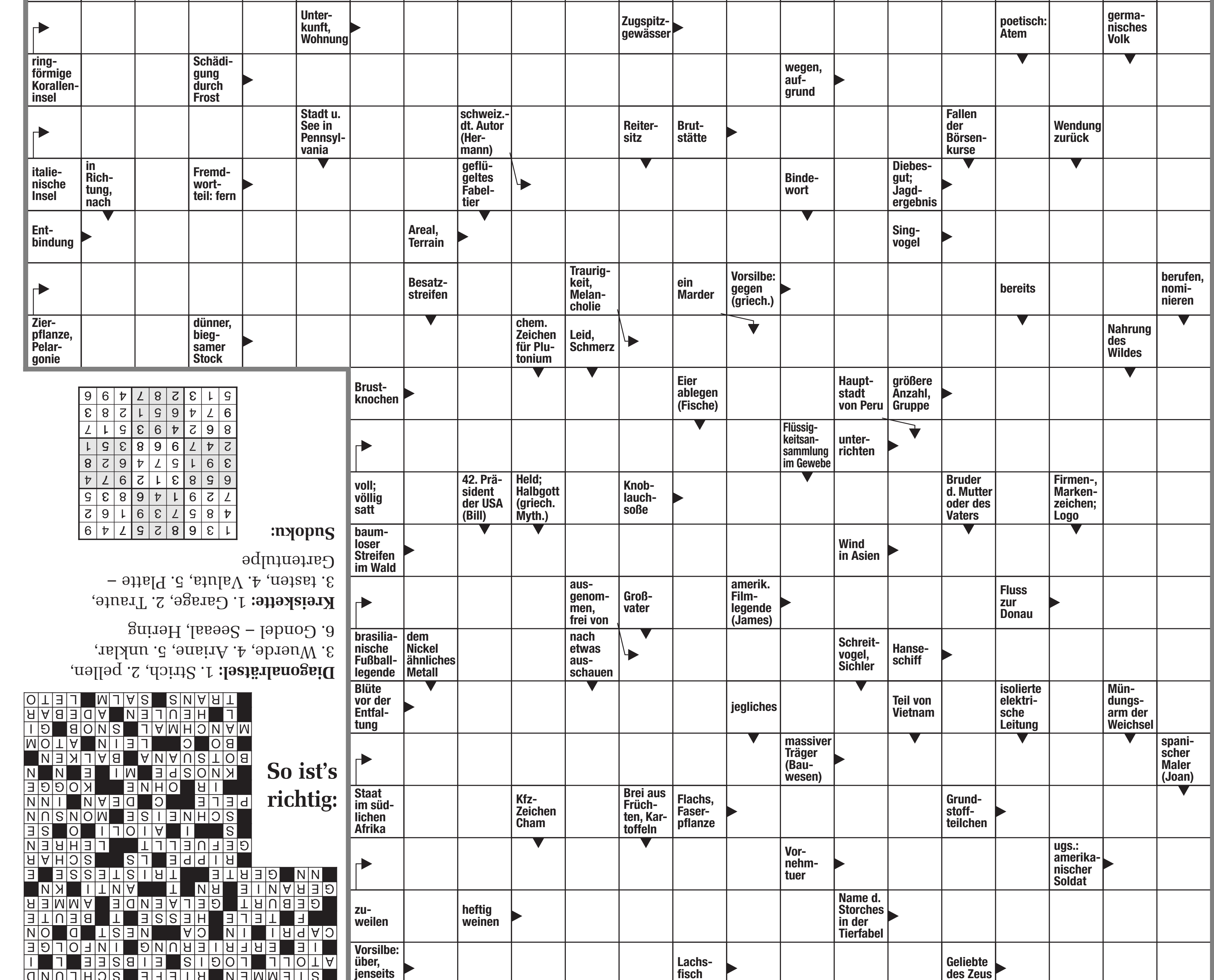
Uetersen – Freitag, 10. November, 15 bis 17 Uhr, Haus UeterseEnd, Kirchenstraße 7: Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Landesgruppe – Donnerstag, 9. November, Klub Volkssolidarität, Rötweg 6, Schmalkalden: Heimatnachmittag.



Sudoku

		6	8		5	7		
4								2
	2		1		6		3	
	5		3	1	2		7	
3								8
	4		9	6	8		5	
	6		4		3		1	
9								3
		3	2		7	4		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

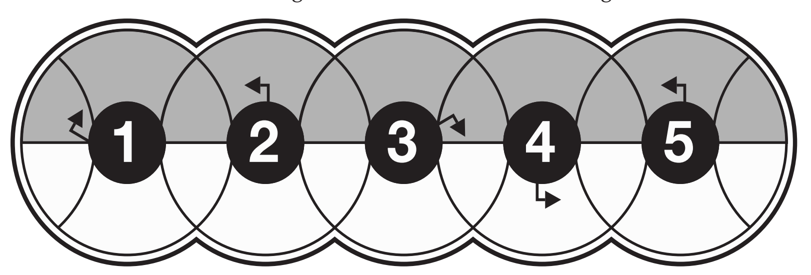
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Fischarten.

1 Linie
2 norddeutsch: schälen
3 Ehrgefühl, Haltung
4 Roman von Anet
5 verschwommen, vage
6 Kabine einer Seilbahn

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Pflanze.

1 Abstellraum für Fahrzeuge, 2 Mut, Zuversicht (umgangssprachlich), 3 fühlen, berühren, 4 fremde Währung, 5 sehr flache Servierunterlage



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Strich, 2. pellen, 3. Wuerde, 4. Ariane, 5. unklar, 6. Gondel – Seeaal, Hering

Kreiskette: 1. Garage, 2. Traute, 3. tasten, 4. Valuta, 5. Platte – Gartentulpe

Treue und Einsatz auf einem steinigen Weg

Ein denkwürdiges Jubiläum galt es in Lüneburg zu feiern – Vor 60 Jahren wurde das Ostpreußische Jagdmuseum gegründet

Sechzig Jahre Treue zu Ostpreußen. 60 Jahre aufopferungsvoller Einsatz für die Heimat, 60 Jahre ehrenamtliche Arbeit zur Erhaltung und Pflege ostpreußischer Kultur mit dem Blick in die Zukunft! Eine Gedenkveranstaltung im Ostpreußischen Landesmuseum würdigte jetzt dieses noble und hocherfolgreiche Tun. Anlass war die Gründung des „Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens“ am 23. Dezember 1957. Hochkarätige Gäste und Redner fanden sich ein, darunter die Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols (CDU) und Klaus Brähmig (CDU), Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten im Deutschen Bundestag.

Sie hörten zunächst einen Rükkblick auf die Entstehungsgeschichte des Jagdmuseums. Barbara Loeffke, Vorsitzende des „Förderkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung“ beschrieb die Anfänge: Der 1906 in Tilsit geborene Forstmeister a.D. Hans-Ludwig Loeffke, aus einer Familie stammend, die seit 1620 in Ostpreußen ansässig war, wollte fern der Heimat die Erinnerung nicht nur bei seinen Schicksalsgefährten an das Ordensland am Pregel wachhalten, sondern auch bei Nicht-Vertriebenen. Das, so meinte er, könnte durch Ausstellungen mit Jagdtrophäen erreicht werden. In einem größeren Rahmen konnte Loeffke seine Idee auf einer Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und dem Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen 1953 in Bochum verwirklichen.

Diese Ausstellungen fanden nicht nur die ungeteilte Aufmerksamkeit der Ostpreußen, sondern auch der Mitglieder des Deutschen Jagdschutzverbandes. So wurde Hans-Ludwig Loeffke beauftragt, auf der Internationalen Jagdausstellung in Düsseldorf 1954, die Gedenkschau „Deutscher Osten“ aufzubauen. Sie wurde bei den 800 000 Besuchern wegen der dort gezeigten Trophäen zu einer Sensation. Für Loeffke stand endgültig fest, seine Idee in die Tat umzusetzen: Geeignetes Anschauungsmaterial über das, was für Ostpreußen typisch war, zunächst schwerpunktmäßig über die Bereiche Wild, Wald und Pferde zusammenzutragen und in einer Dauerausstellung, in einem Ostpreußischen Jagdmuseum, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das endgültige Ziel: Einmal das ganze Ostpreußen in einer musealen Dokumentation festzuhalten.

Am 8. Dezember 1958 konnte dann das „Ostpreußische Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens“ in dem traditionsreichen Lüneburger Alten Kaufhaus feierlich eröffnet werden. Doch schon ein Jahr später, in der Nacht vom 22. auf den 23. Dezember 1959 wurde es durch Brandstiftung vernichtet. Außer vier anderen Geweihen konnte nur der sogenannte U-Boot-Hirsch, der 1945 aus dem eingeschlossenen Danzig – am Kommandoturm eines U-Boots befestigt – gerettet werden.

Für Fachleute das schönste Elchdiorama in ganz Europa

Dank der Initiative von Loeffke gelang es mithilfe der Stadt Lüneburg, die ein altes Lüneburger Patrizierhaus zur Verfügung stellte, das Museum 1964 wieder zu eröffnen. Die Ostpreußen kamen von nah und fern, um ein Stück ihrer Heimat wiederzufinden. Wie gelungen Inhalt und Aufbau des Jagdmuseums war, bezeugte auch das von einem Künstler gestaltete Elchdiorama, das von Fachleuten damals als das schönste Diorama Europas bezeichnet wurde. Zwei Erweiterungsbauten folgten, der letzte 1974, fünf Wochen vor dem Tod von Hans-Ludwig Loeffke. Das Ostpreußische Jagdmuseum wurde ehrenamtlich weitergeführt, bis im Jahr 1982 von der Bundesregierung die „Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit“ verabschiedet wurde, die für Erhaltung, Pflege und Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit endlich ein festes Fundament bildete. Es gelang, ein Grundstück in der Ritterstrasse zu erwerben, um dort einen Museumsneubau zu errichten, der es erlaubte, Ostpreußen in seiner Gesamtheit darzustellen. Am 26. Juni 1987 öffnete das nun in Ostpreußisches Landesmuseum umbenannte Museum seine Pforten mit 3000 Quadratmetern Nutzfläche.



Gäste und Veranstalter: Der Bundestagsabgeordnete Klaus Brähmig, Barbara Loeffke, Museumsdirektor Joachim Mähnert, Hubertus Hilgendorff und Forstdirektor Horst Buchalsky Bild: privat

Wie steinig und mit wieviel persönlichem Einsatz der Weg bis zu diesem Junitag trotz Bereitstellung öffentlicher Mittel war, deren Vergabe aber an viele Bedingungen geknüpft war, die die Ostpreußen zu meistern wussten, schilderte der Vorsitzende des Vereins Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum, Hubertus Hilgendorff. Die Bestände wuchsen, viele kostbare Erinnerungsstücke, die Flucht und Vertreibung überlebt hatten, und die für die Darstellung Ostpreußens so wichtig waren, konnten aufgrund von Platzmangel schließlich nicht mehr gezeigt werden. Dank der Finanzierung durch die öffentliche Hand und namhafte Spenden der ostpreußischen Landsleute konnten ein Um- und Erweiterungsbau in Angriff genommen werden, der 2018 hoffentlich vollendet sein wird.

Wiedereröffnet wird das Ostpreußische Landesmuseum am 27. August 2018. Diesen Termin gab Direktor Joachim Mähnert in seiner Ansprache bekannt (siehe rechts). Der langjährige Bundestagsabgeordnete Klaus Brähmig, der dem neuen Bundestag nicht mehr angehören wird, bekundete seine Zuneigung für das Schicksal der vertriebenen Ostpreußen und ihre Heimat in einem eindrucksvollen Grußwort. Höhepunkt der Veranstaltung war dann ein Vortrag des Forstdirektors Horst Buschalsky über „Jagd und Jäger in Ostpreußen“ (siehe unten). Die wie immer gelungene musikalische Umrahmung durch die Böhmsholzer Jagdhornbläser reichte vom Fürstengruß über das Ännchen von Tharau und das Lutherlied „Ein feste Burg ist unser Gott“ bis zum Ostpreußenlied.

PAZ

Klaus Brähmigs Grußwort finden sie in unserer nächsten Ausgabe

Das Museum als Erlebnis

Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, gab einen Einblick zum aktuellen Stand der Bauarbeiten zur Modernisierung und Erweiterung des Hauses. Die *PAZ* druckt ihn hier in einer gekürzten Version.

Was erwartet Sie, wenn wir im kommenden Jahr, am 25. August 2018, unsere Türen wieder öffnen? Zuallererst eine große, fordernde Themenvielfalt! Diese ist unvermeidlich. Niedersachsen hat sechs große Landesmuseen. Wir aber haben, auch dank der neuen Aufgabe, einer deutschbaltischen Abteilung, eine Region abzudekken, die vier Mal so groß ist wie Niedersachsen. Junge und Alte wollen und sollen zudem möglichst gleichrangig angesprochen werden und beide das Museum als lohnenswertes Erlebnis erfahren. Klar ist, je geringer das Vorwissen, desto aufwendiger muss didaktische Vermittlung eingesetzt werden. Kürzlich ergab eine Studie, dass noch nicht einmal die Hälfte der 14- bis 16-jährigen wissen, was Auschwitz ist. Sie können sich vorstellen, wie viel wir dann von unseren jungen Besuchern zu Königsberg und Kant, Deutscher Orden und Tannenberg erwarten dürfen.

Am 27. August 2018 wird das Museum wiedereröffnet!

Und noch eine Herausforderung: Die neue Dauerausstellung soll mehr Inhalte und Themen als die alte vermitteln: nicht nur das alte Ostpreußen mit seiner Geschichte, Kultur und Landschaft, sondern ebenso die Deutschbalten mit ihrer komplexen Geschichte. Und nicht zuletzt werden wir endlich auch das Ankommen der Heimatvertriebenen in Norddeutschland, wo sie millionenfach strandeten, neu anfangen mussten und ihren großen Beitrag zum Wiederaufbau der Bundesrepublik geleistet haben, einen eigenen, nicht unbedeutenden Abschnitt widmen.

Planen Sie also ausreichend Zeit für einen Besuch der neuen Dauerausstellung ein. Die Fläche ist gewachsen. Wir zeigen Ihnen über 2000 Exponate. Angesichts des heutigen Schwerpunktthemas sei Ihnen versichert: die Jagd wird ihre Rolle spielen, und dies nicht nur zu Kaisers Zeiten, sondern auch, was sie heute kennzeichnet – hierfür Dank an das Ministerium von Herrn. Buschalky sowie die Förderer, welche hier großzügig geholfen haben.

Das Ostpreußische Landesmuseum wird ein Stück Heimat für all diejenigen sein, die ihre familiären Wurzeln dort haben. Für alle, ob mit familiärer Bindung oder ohne, will es anregen, sich mit unserer Geschichte und Kultur auseinanderzusetzen, um sich auf sich selbst zu besinnen und darüber nachzudenken, wie unser Land zu dem wurde, was es ist. Hierfür wollen wir die Menschen für dieses zauberhafte Land Ostpreußen begeistern, und Heimat als einen Ort der Sehnsucht benennen. Ein kluger Mann – kein Ostpreuße – hat einmal ausgeführt: „Wenn du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht die Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“

»Ein Land wie im Traum«

Jagd und Jäger in Ostpreußen – Teil I des Vortrages von Horst F. Buschalsky

Horst F. Buchalsky (62) ist ein profunder Kenner der einzigartigen Natur Ostpreußens, ihrer Tiere und der dortigen Jagdverhältnisse. Dass er auch fesselnd und unterhaltsam darüber berichten kann, zeigte er bei seinem Vortrag anlässlich der Gedenkveranstaltung. Der leitende Forstdirektor sprach zum Thema „Jagd und Jäger in Ostpreußen – einst und heute“. Die *PAZ* veröffentlicht seinen Vortrag in mehreren Teilen. Lesen Sie hier den ersten Teil.

Marion Gräfin Dönhoff schreibt im Jahr 2001 in ihren „Bemerkungen zur Geschichte Ostpreußens“ unter anderem das Folgende: „Und dann trauert jeder, der dort zu Hause war, natürlich der Landschaft nach – den weiten Wiesen und Feldern unter dem großen Himmel des Ostens; den einsamen Wäldern und klaren Seen, dem Zug der Wildgänse, Störche und Kraniche im Frühjahr und Herbst, dem abendlichen Schnepfenstrich und der morgendlichen Pirsch durch tauglänzendes Gras. ... Wer das erlebt hat, der wird nie etwas anderes seine Heimat nennen als Ostpreußen“.

Diese Worte bringen zum Ausdruck, dass noch heute Ostpreußen nicht nur etwas mit dem Verlust von Besitz und Eigentum, mit dem Verlust von Menschen, Bekannten und Freunden, mit dem Verlust einer sorglosen Kindheit und Jugend, mit dem Verlust einer landsmannschaftlichen Verbundenheit gepaart mit einem eigenen ostpreußischen Menschenschlag und eigener Mundart zu tun hat, sondern auch mit einer großen empfindsamen, innigen Vertrautheit, Verwurzelung und Gefühlsbetontheit.

Ostpreußen, also ein Land wie im Traum; ein Land der dunklen Wälder und kristallenen Seen. Das Ostpreußenlied drückt dabei aus, worum es geht. Es gibt, diese subjektive Einschätzung sei mir verziehen, ja auch keine schönere landsmannschaftliche Hymne als unser Ostpreußenlied.

1945 war das alles am Ende. Die Ostpreußen bekamen mit voller Wucht als erste deutsche Zivilbevölkerung die direkte, unmittelbare Gewalt des Krieges zu spüren.

Die Flucht und die spätere Vertreibung, das Leid von unzähligen Frauen, Kindern und alten Menschen ist unvorstellbar gewesen. Die Rache des Feindes war unendlich. Der einzelne Mensch konnte nichts machen; er war dem Spiel der entfesselten Kräfte schutzlos ausgesetzt. Er war einfach nur hilflos. Gerechtigkeit war abgeschafft.

Es gibt aktuell eine Reihe von Büchern, die sich mit dem Geschehen in Ostpreußen 1944 / 45 beschäftigen. Das eindrücklichste und aufwühlendste war für mich das von Freya Klier, „Wir letzten Kinder Ostpreußens“. Ich empfehle es sehr.



Hirsch in Rominten: „Außerordentliche Wertschätzung und Anerkennung ostpreußischer Hege- und Jagderfolge“ Bild: Archiv

Insgesamt war es eine europäische, politische Katastrophe, ausgelöst durch ideologische, dogmatische und nationalistische Verblendung. Der einzelne Mensch wurde in dieser Kriegmaschinerie aufgerieben.

Und dann kommen die Menschen aus Ostpreußen und den anderen Provinzen Ostdeutschlands – geflüchtet, vertrieben, gestrandet und verfemt, nur glücklich am Leben zu sein – irgendwo in der Mitte und im Westen Deutschlands an, oftmals sind sie gar nicht willkommen; das Weltbild, die bis dahin gute Zukunft zerstört, die Heimat verloren, Verwandte, Freunde, Bekannte tot. Viele sind daran verzweifelt.

Nicht aber die Menschen, die sich sehr bald nach der Kriegskatastrophe zusammenfanden, um ihre persönlichen Interessen und Rechte sowie die ihrer gestrandeten Landsleute zu vertreten und in die Hand zu nehmen. Dazu gehörte auch Hans-Ludwig Loeffke, der das in besonderer Weise tat und so unter anderem 1957 zum Initiator und Begründer des „Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens“ wurde, aus dem das heutige „Ostpreußische Jagd- und Landesmuseum“ hervorgegangen ist.

Hier schließt sich der Kreis zu den Eingangsworten der Gräfin Dönhoff; denn warum wählte Hans-Ludwig Loeffke das Thema „Wald, Wild und Pferde“ und nicht von vornherein die Kultur Ostpreußens als Thema für die Begründung einer Erinnerungsstätte? Es ist nicht nur der Tatsache geschuldet, dass Loeffke passionierter Forstmann und Jäger war und er 1953 und 1954 auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen beziehungsweise der Internationalen Jagdausstellung in Düsseldorf eine hervorragende und von allen Besuchern und Experten gelobte Präsentation ostpreußischer Jagdverhältnisse organisierte und durchführte, sondern es war das Thema selbst, was sich aufdrängte.

Starke Hirsche und urige Elche, die edlen Trakehner, das leistungsfähige Herdbuchvieh, alles in einer besonders liebenswerten, zum Teil ursprünglichen Landschaft waren – wir würden heute sagen – Markenzeichen, die in Deutschland und darüber hinaus einen bekannten Namen hatten und mit der Provinz Ostpreußen verbunden wurden. Seit fast 200 Jahren genießen Wald, Wild und Jagd in Forst- und Jägerkreisen einen außerordentlichen Ruf. Und dafür gibt es Gründe.

Insbesondere auf den Internationalen Jagdausstellungen 1880 in Budapest, 1890 in Graz, 1910 in Wien, 1930 in Leipzig und 1937 in Berlin zeigte sich vor allem beim Rot-, Elch- und Rehwild die Leistungsfähigkeit ostpreußischer Reviere. Sie waren unter anderem ein wesentlicher Grund der außerordentlichen Wertschätzung und Anerkennung ostpreußischer Hege- und Jagderfolge.

So usprünglich war die Natur, dass sogar Bär, Wolf und Wisent noch lange Zeit durch Ostpreußens Wälder streiften. Mehr darüber in der nächsten Ausgabe.

Parlamentssitze für Nichtwähler

Zu: Die hehre Theorie vom Parlamentarismus (Nr. 40)

Der Autor hat den Zustand unseres Berliner Parlamentarismus mit dem Fazit, „Deutschlands Verfassungswirklichkeit ist in Unordnung“, zutreffend beschrieben.

Unerwähnt blieb, dass der Bundestag mit der Großen Koalition nicht willens und nicht fähig war, mit Wahlrechtsänderungen die weitere Aufblähung des Parlamentes zu verhindern.

So haben die Steuerzahler nun statt 598 durch Überhang- und Ausgleichsmandate 709 Abgeordnete zu bezahlen. Das macht in vier Jahren 200 Millionen Euro Mehrkosten aus.

Das vom Autor erwähnte „überaus günstige Biotop für die Kanzlerin“ garantiert, dass Deutschland die zweithöchste Steuerlast der Welt behält, die Sommerzeit vielleicht 2041 abgeschafft wird und der Solidaritätszuschlag wahrscheinlich erst im Jahr 2090 zeitgleich mit der Streichung des Tages der Einheit wegfällt.

Die Verkrustung der zur finanziellen Beute der Altparteien degenerierten Nachkriegsdemokratie und die stetige Wahlverdrossenheit der Wähler und der vielen Nichtwähler könnte meiner Einschätzung nach nur aufgebrochen werden, wenn in den zu wählenden Gremien die Zahl der Mandate nach den wirklichen Stimmanteilen besetzt würde und die Sitzblöcke der Nichtwählerzahl entsprechend leer blieben. Die Stimmenwerber müssten um ihre Pfründe kämpfen, und das mit wirklich kompetentem Personal, sowie im Verlauf der Legislaturperiode jederzeit überprüfbare Einlösungen der Wahlversprechen vorlegen. **Peter L. Hahne, Kropp**

Merkels Verachtung

Zu: Gefährliche Gäste (Nr. 41)

Mit ihrem Wahlspruch „Ein Land, in dem wir gut und gerne leben“ bezeugte die Kanzlerin, dass sie keine Ahnung hat, wie sich heute das öffentliche Leben außerhalb ihrer gepanzerten Limousine anfühlt.

Ihre Rechts- und Gesetzesbrüche, die die überwiegend illegale Massenzuwanderung kulturfremder, meist muslimischer Menschen ermöglichen, führen dazu, dass die Gastgeber – insbesondere die Nachkriegs- und Aufbaugeneration, also die, „die schon länger hier leben“ – den Wert der inneren Sicherheit anders definieren, wenn sie von zugewanderten „Bereicherern“ angepöbelt, zusammengeschlagen oder vergewaltigt werden.

Merkels Aussagen „Wir sind genau auf dem Weg, den ich mir für Deutschland wünsche“ und „Flüchtlinge, nun sind sie halt da“ sowie „Ich wüsste nicht, was ich anders machen würde“ kennzeichnen ihre Verachtung für das deutsche Volk. Ist das noch das Land, in dem „wir“ gut und gerne leben? **Gisela Recki, Troisdorf**

Ende einer Partei

Zu: Merkel muss weg (Nr. 39)

Ähnlichkeiten in der politisch-ideologischen Entwicklung der einst großen, aber 1994 untergegangenen italienischen Volkspartei Democrazia Christiana (DC) und der deutschen CDU sind frappierend.

Die 1943 von Persönlichkeiten wie Alcide de Gasperi, Aldo Moro, Amintore Fanfani, Giulio Andreotti und anderen gegründete DC, die sich als gemäßigte katholische Volkspartei der Mitte verstand, in den ersten Jahrzehnten 40- bis 45-prozentig Wahlerfolge erzielte und zwischen 1945 und 1993 fast alle Ministerpräsidenten Italiens stellte, öffnete sich in den 60er und 70er Jahren nach links und schloss 1973 den sogenannten „historischen Kompromiss“, der eine direkte Zusammenarbeit mit der reformierten, eurokommunistischen Partei Enrico Berlinguers ermöglichte. Zugleich verstrickte sie sich in zahlreichen Korruptionsfällen.

Im Ergebnis dieser Entwicklung verlor die DC einen bedeutenden, hauptsächlich konservativen Teil ihrer Wähler und sank ihr Stimmenanteil auf nahe 30 Prozent. Mit einer Fünfparteienkoalition in den 80er Jahren konnte sie ihren Untergang auch nicht mehr aufhalten, der am 29. Januar 1994 mit der Auflösung der DC besiegelt wurde. Von den anschließend durch verschiedene Flügel der DC gegründeten Parteien existieren heute keine mehr.

Zur gleichen Zeit entstanden rechtsgerichtete Parteien wie die Forza Italia und die Lega Nord, in die viele der ehemaligen Stammwähler der DC abwanderten, was den Untergang der DC noch beschleunigte. Ob die CDU der Gegenwart aus den Fehlern der ehemaligen DC lernen wird? Zunächst gibt es dafür meiner Einschätzung nach noch keine Anzeichen. **Dr. Ádám Sonnevend, Rostock**

Leben im Reservat

Zum Leserbrief: Wir sind bereits auf dem Weg, fremd im eigenen Land zu werden (Nr. 39)

Eine Überfremdung und die schleichende Islamisierung sind in Deutschland unübersehbar. In vielen Städten breiten sich orientalische Sitten sowie ein Sprachgewirr wie beim Turmbau zu Babylon aus.

Überfremdung führt unweigerlich zum Verlust der kulturellen Identität eines Volkes und zu seinem Niedergang. Diesen Zusammenhang erkannte schon vor 2000 Jahren der römische Dichter Juvenal, der mit satirischen Worten die Überfremdung Roms anprangerte, weil fremde Völker aus dem Römischen Reich die Stadt Rom überfluteten.

Wegen des nicht versiegenden Zustroms von Migranten – vorwiegend Muslime – ist es nur eine Frage der Zeit, wann die „Islamische Republik Deutschland“ proklamiert wird. Werden eines fernen Tages die letzten Deutschen in Reservaten leben, so wie jetzt die Indianer in Nordamerika? **Uwe Spahr, Elmshorn**



Nach dem Sturmtief Xavier war bei der Deutschen Bahn großes Aufräumen angesagt: Weil sich die Flora entlang der Bahngleise ungebremst ausbreiten konnte, gab es durch Sturmschäden tagelang Zugausfälle auf wichtigen Bahnlinien Bild: pa

Naturschutz ist höher angesetzt als Schutz von Menschen

Zu: Versagen Nr. (41)

Sturm und Schneebruch sind Ereignisse, die jedes Jahr mehrmals auftreten und Verkehrsteilnehmer beeinträchtigen. Bis vor etwa 20 Jahren musste der Verkehr auf Eisenbahn-Fernverkehrsstrecken bei widrigen Wetterverhältnissen nicht eingestellt werden, denn aus der Dampflokzeit gab es noch zunehmend verwildernde Brandschutzstreifen neben der Strecke. Auf diesen wurde früher der Bewuchs niedrig gehalten, um Waldbrände durch Funkenflug zu vermeiden.

Jetzt wachsen in diesen Streifen hohe Bäume, weil der Bundesgesetzgeber es versäumt hat, im Allgemeinen Eisenbahngesetz vorzuschreiben, dass Baumwuchs neben der Strecke so niedrig zu halten ist, dass bei Sturm und Schneebruch Äste und Bäume nicht auf Gleise und Oberleitung fallen und dass das Gefährdungs- und Schadensrisiko beim Umstürzen von Bäumen die Eigentümer der an die Eisenbahnstrecke angrenzenden, stark bewachsenen Grundstücke tragen.

Es ist nicht einzusehen, dass der Schutz von Bäumen juristisch wegen etwaiger Forderungen des Naturschutzes höher angesetzt wird als der Schutz von Menschen und die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs. Immerhin beträgt der Waldanteil in Deutschland knapp ein Drittel der Fläche. Er nimmt sogar leicht zu, obwohl ständig flächenfressende Baumaßnahmen die Natur beeinträchtigen. Warum also sollen verhältnismäßig wenige Bäume unmittelbar neben den Eisenbahnstrecken Menschenleben gefährden oder zu tagelangen Betriebseinstellungen führen?

Zu bedenken ist, dass Züge vor Hindernissen einen deutlich längeren Bremsweg besitzen als Straßenfahrzeuge, weshalb Bäume, die neben Eisenbahnstrecken wachsen, bei starkem Sturm deutlich gefährlicher sind als solche, die an Straßen stehen. Die beanstandeten tagelangen Betriebseinstellungen zeigen wieder einmal die Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit der zuständigen Verkehrspolitiker und des Gesetzgebers. **Wolfgang Hendlmeier, München**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Lehrreicher Gang zur Wartburg

Ein Ort mit Geschichte – Wo Luther die Bibel übersetzte, Studenten eine deutsche Nation forderten und ein Sängerkrieg tobte

Luther, Studententreffen und nebenbei auch noch Sängerkrieg – auf die Wartburg kommt im Jubiläumsjahr von Reformation und Burschenschaft eine Menge zu. Aber erst einmal muss man zu ihr hinauf.

Dass die Wartburg hoch über Eisenach thront, lässt sich nicht gerade behaupten. Vom Markt im Zentrum der Stadt ist die Burg vielleicht nur knapp eineinhalb Kilometer Luftlinie entfernt, trotzdem liegt sie auf dem Berg hinter hohen Bäumen verborgen. Als die Studenten vor 200 Jahren zum Wartburgfest kamen (siehe auch Seite 2), standen sie wohl auch vor der Frage: Wo bitte geht es zur Wartburg?

Wie die meisten Besucher heutzutage haben die Studenten damals die Burg über einen Weg erobert, der sich jetzt Wartburgallee nennt und der sich auf vier Kilometern den Berg hinaufwindet. Es gibt aber auch einen direkteren Weg, die 200 Höhenmeter von Eisenach aus zu überwinden. Auf fast gerader Linie führt von der Stadt ein sogenannter Luthererlebnispfad zur Burg hinauf. Damit Wanderer vom anstrengenden Aufstieg ein wenig verschnaufen können, sind alle paar Meter lehrreiche Schautafeln aufgestellt, die auf einer Zeitleiste über geschichtliche Ereignisse aus der Lebenszeit des Reformators informieren.

Schritt für Schritt – so die Botschaft während des Aufstiegs – kommt man Luther näher. Auch er kam ja 1521 auf dubiose Weise auf die Wartburg, wo er in einem spartanisch eingerichteten Zimmer das Neue Testament übersetzte. Nicht nur seinetwegen wurde die Wartburg zu einem der geschichtsträchtigsten Orte in Deutschland.

Gegen Ende des Lutherpfades taucht die Burg dann hinter den Baumwipfeln auf. Vom Besucherparkplatz erfolgt ein letzter, kurzer steiler Anstieg, ehe man von der Nordseite aus über die Zugbrücke in den Burghof gelangt.

Hier trennt sich bei den Besuchern die Spreu vom Weizen. Die einen fragen nach der Lutherausstellung (siehe Artikel unten), die Geschichtsinteressierten kommen wegen des Burschenschafttreffens vor 200 Jahren und die Kulturbeflissenen wegen Goethe, der mehrmals auf der Burg weilte, oder wegen Wagner, der niemals hier war, dessen Oper „Tannhäuser" aber hier spielt. Im Untertitel heißt sie ja auch „Sängerkrieg auf der Wartburg".



Festsaal auf der Wartburg (o.). Unten: Die Fritz-Reuter-Villa am Weg zur Burg Bilder (2): tws



Die Lutherstube befindet sich unmittelbar am Eingang an der Westseite der Burg. Als Luther beim Reichstag zu Worms für vogelfrei erklärt wurde, ließ ihn sein Gönner, der Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen, zur eigenen Sicherheit des Geächteten „entführen". Als „Juncker Jörg" lebte Luther knapp ein Jahr inkognito auf der Wartburg. In dem kleinen Raum, in dem er die Bibel übersetzte, ist heute wenig mehr zu sehen als ein Tisch, ein Schemel, ein Porträt, ein Ofen und eine abgekratzte Wand.

Luther soll hier ein Tintenfass gegen den Teufel geschleudert haben, der ihm womöglich in seinen einsamen Träumen erschienen war. Um sich ein Souvenir zu sichern, kratzten Besucher im 19. Jahrhundert den Tintenfleck ab, sodass an der Wand ein unverputzter Teil zurückblieb.

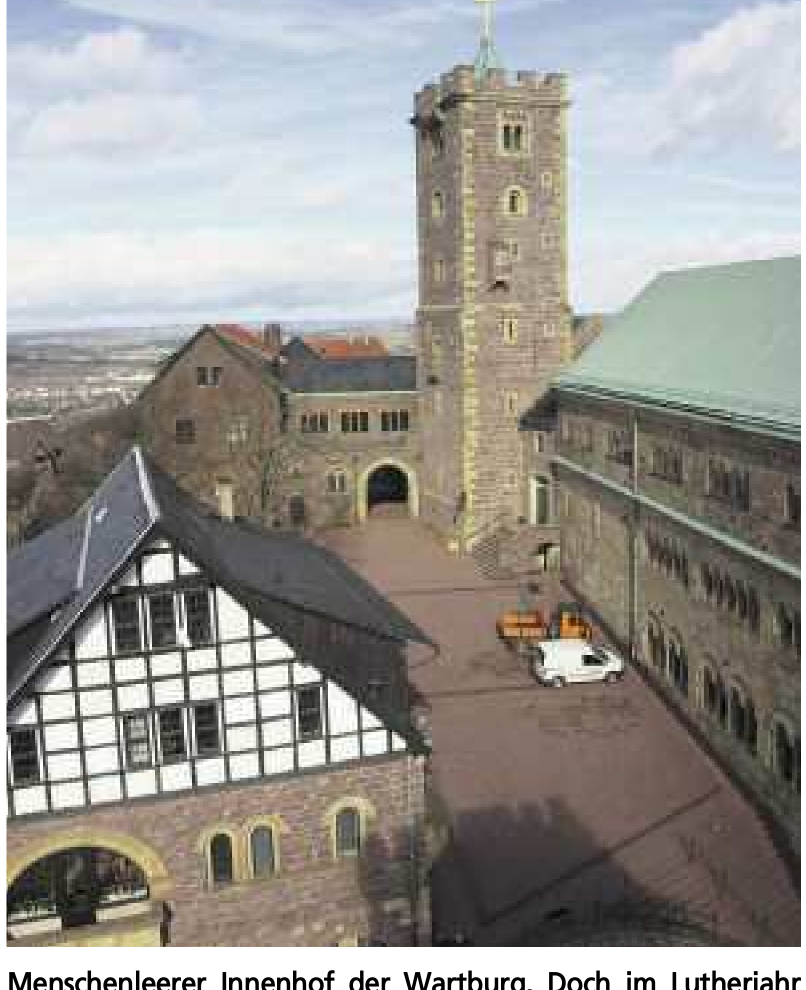
Solche Anekdoten bekommt man von einem der Angestellten erzählt, der die Besuchergruppen durch die Burg führt. Dabei erfährt man auch die Sage, wonach sich der Erbauer der Burg, Ludwig der Springer, im Jahr 1067 während der Jagd verlaufen haben soll und auf der Hügelspitze, wo er nach Orientierung suchte, ausrief: „Wart! Berg, du sollst mir eine Burg werden!" Daher der Name.

Das Mittelalter hat die Burg längst verlassen. Beim Wartburgfest im Jahr 1817 erlebten die Studenten nur eine kleine, verfallene Feste. Ihr heutiges Aussehen verdankt die Burg Großherzog Carl Alexander, der sie von 1838 an aufwendig renovieren und erweitern ließ. Im Inneren trägt sie jetzt ein spätromantisches Gewand. Wo zu Luthers Zeiten von Motten zerfressene Wandteppiche hingen, sind jetzt Wandfresken des Romantikers Moritz von Schwind zu sehen, welcher die Teppichornamentik nachgeahmt hat. Und jene Mosaiken aus zehntausenden Steinen, die in einem kleinem Raum das Leben der Heiligen Elisabeth von Thüringen erzählen – ihr Mann Ludwig baute die Wartburg ab 1211 zu einer repräsentativen Burg aus –, entstanden erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts.

Höhepunkt der Romantikverehrer ist der 40 Meter lange Festsaal. Hier soll im Mittelalter der Sängerkrieg stattgefunden haben, den Wagner in seiner Oper „Tannhäuser" thematisiert. Anders als in der Oper, wo sich der entjungferte Held als Kenner eines wahren Minnesangs in Rage singt, soll der damalige Burgherr dem Verlierer des Sängerwettstreits mit dem Beil gedroht haben. Weil sich keiner um Kopf und Kragen singen wollte und jeder sein Bestes aus den Stimmbändern holte, gab es keinen Verlierer.

Der Verlierer war im Mittelalter die Dienerschaft, die auch im Winter das Essen quer über den Hof zum Speisesaal der Ritter tragen musste. Wegen der Feuergefahr, die früher oft von der Küche ausging, war diese getrennt von den Herrschaftsgemächern. Das Essen wurde samt Geschirr auf Holzplatten hineingetragen und auf den Tisch gelegt. Beim nächsten Gang wurde die Platte einfach durch die nächste ersetzt.

Schaut man vom Südturm auf die Wartburg hinab, kommt sie einem recht klein vor. Als sich vor 200 Jahren hier 600 Studenten und Professoren zum Wartburgfest versammelt hatten, um gegen reaktionäre Kleinstaaterei und für eine fortschrittliche deutsche Nation zu demonstrieren, muss es ziemlich eng zugegangen sein. In der Geschichte haben sie sich aber ebenso einen Platz verschafft wie der Schriftsteller Fritz Reuter unterhalb der Wartburg.



Menschenleerer Innenhof der Wartburg. Doch im Lutherjahr werden hier über 350 000 Besucher erwartet Bild: tws

Um der sozialen Enge seiner niederdeutschen Heimat zu entfliehen, zog der Autor biografisch gefärbter niederdeutscher Romanklassiker wie „Ut mine Stromtid" oder „Ut mine Festungstid" von Mecklenburg aus nach Eisenach. Hier ließ er sich 1863 kurz vorm Aufstieg zur Burg unweit der Wartburgallee eine prächtige Villa bauen, für die aus Platzgründen der Teil einer nahen Felswand weggesprengt wurde.

Heute beherbergt die Villa ein sehenswertes Museum, das nicht nur Reuter gewidmet ist – sondern auch Wagner. 1897 erwarb die Stadt Eisenach die Sammlung des leidenschaftlichen Wiener Wagnerianers Nicolaus Oesterlein und integrierte sie in das Reuter-Haus. Zu sehen ist die wohl größte Wagner-Sammlung außerhalb Bayreuths, die auch viele Originalpartituren und Handschriften des Komponisten enthält. Der „Sängerkrieg" tobt seitdem auch unterhalb der Wartburg im Hause Fritz Reuters. *Harald Tews*

Donnerschlag der Geschichte

Was ein paar Hammerschläge alles auslösen können – Luther und seine Welt in Wittenberg und auf der Wartburg

Am 31. Oktober 1517 richtete ein bis dahin nicht groß in Erscheinung getretener Wittenberger Mönch einen Brief an Kardinal Albrecht von Brandenburg. Anlass des Schreibens waren die im Namen des Kardinals vertriebenen Ablassbriefe. Der Absender beklagte „das grundfalsche Verständnis, dass die unglücklichen Seelen glauben, wenn sie Ablassbriefe lösen, seien sie ihres Heils sicher". Dem Schreiben legte er seine 95 Thesen gegen den Ablasshandel bei und unterschrieb mit „Euer unwürdiger Sohn Martinus Luther, Augustiner, berufener Doktor der heiligen Theologie".

Sein tatsächlicher Familienname aber war „Luder". Mit „Luther" unterzeichnete er nun erstmals, abgeleitet vom griechischen Wort „eleutheros" – „der durch das Evangelium frei Gewordene".

Luthers 95 Thesen lösten bekanntlich die Reformation aus. Deren 500. Jubiläum begeht Wittenberg, wo der Reformator 35 Jahre lang lebte, mit einer Ausstellung im Augusteum. Der erste Teil präsentiert „95 Schätze". Zu ihnen gehören Objekte, die Luther besessen, benutzt oder gesehen hat. Der zweite Teil belegt mit Zitaten und Gegenständen von „95 Menschen" die Wirkungsgeschichte Luthers bis heute. Anhänger wie der Künstler Albrecht Dürer und Gegner wie der Autor Thomas Mann kommen zu Wort.

Den dramaturgischen Höhepunkt der Schau bildet die Abfolge dreier Schriftstücke. Neben einem Exemplar der Ablassbriefe liegt Luthers Beschwerdebrief an Kardinal Albrecht. Auf sie folgt Luthers Handexemplar des Neuen Testaments (um 1544). Aufgeschlagen ist die Seite mit einer Notiz seines Privatsekretärs Georg Rörer. Die legt nahe, dass Luthers so berühmter wie bezweifelter Thesenanschlag an die Tür der Wittenberger Schlosskirche tatsächlich stattgefunden hat.

Rörers lateinischer Eintrag lautet: „Im Jahr 1517 am Vorabend von Allerheiligen (31. Oktober) sind in Wittenberg an die Türen der Kirchen Martin Luthers Thesen über den Ablass öffentlich angeheftet worden." Stefan Michel wendet jedoch im Katalog ein: „Als problematisch an diesem historischen Datum stellt sich dar, dass keiner der späteren Berichterstatter persönlich dabei gewesen war." Also auch Rörer nicht.

Gemälde und Objekte machen auf Luthers Mitreformatoren wie Philipp Melanchthon, Beschützer wie die Kurfürsten von Sachsen und Gegner wie Kaiser Karl V. und Papst Leo X. aufmerksam. Ein Bild aus der Werkstatt des älteren Cranach zeigt Luthers Ehefrau Katharina von Bora (um 1525). Die aus Sicht der Papstkirche skandalöse Priesterehe verlief harmonisch. Das bezeugt Luthers Testament vom 6. Januar 1542. Entgegen der gängigen Rechtspraxis setzte er seine Ehefrau als alleinige Erbin und Vormund der Kinder ein. Darüber hinaus bescheinigt er sich in seinem Testament, „Lehrer der Wahrheit" sowie „Gottes Notarius und Zeuge" zu sein.

Gegen Mitternacht vom 4. auf den 5. Mai 1521 fand der von Papst und Kaiser gesuchte Glaubensabweichler Martin Luther Zuflucht auf der Wartburg. Sie ehrt nun ihren ehemaligen Gast mit der Schau „Luther und die Deutschen". Die Ausstellung geht den wechselvollen Beziehungen zwischen dem Reformator und „seinen" Deutschen nach. Heute respektieren sich die unterschiedlichen Konfessionen in „versöhnter Verschiedenheit". Bekanntlich war das nicht immer so. Das zeigen aufs Schönste zwei Gemälde. Egbert van Heemskerck malte um 1700 „Luthers Eintritt in die Hölle". Johann Erdmann Hummel hingegen malte um 1806 die Verherrlichung des in den Himmel erhobenen „heiligen" Luther. Das Hauptbild umziehen kleinformatige Szenen aus dem Leben des Reformators.



Die sogenannte Wartburg-Bibel von 1541 Bild: Wartburg-Stiftung Eisenach

Hummels Gemälde veranschaulicht uns also auch, dass man zu seiner Zeit begann, nicht mehr nur den Theologen, sondern auch den Menschen Luther in den Blick zu nehmen. Der Philosoph Herder erhob ihn zum „kraftvoll inspirierenden Urbild der Deutschen". Damit brachte er die dann besonders im wilhelminischen Kaiserreich in Blüte stehende Verehrung Luthers als Nationalheld auf den Weg. Die Nationalsozialisten schätzten seine antisemitischen Entgleisungen. In der Bundesrepublik wurde er als unpolitisch „entnazifiziert", während die DDR ihn zunächst als „Fürstenknecht" abqualifizierte, dann aber zu einem der größten Söhne des deutschen Volkes erhob.

Die Stärken der Schau sind die dem Reformator selbst und der Wartburg gewidmeten Abteilungen. Zeitgenössische Dokumente veranschaulichen, wie und warum es ihn auf die Wartburg verschlug. Am 17. und 18. April 1521 sollte er auf dem Reichstag zu Worms seine Schriften widerrufen. Präsentiert wird seine eigenhändig aufgezeichnete Verteidigungsrede. Mit Hinweis auf sein Gott verpflichtetes Gewissen verweigerte er den Widerruf. Nun musste der vogelfreie Luther um sein Leben fürchten.

Luthers Landesherr Friedrich der Weise ließ ihn zu seinem Schutz auf die Wartburg „verschleppen". Luthers dortige Großtat war die Übersetzung des lateinischen Neuen Testaments ins Deutsche. Ob „Herzenslust" oder „Perlen vor die Säue werfen": Wir verwenden noch immer viele Wortbildungen und Redewendungen, die von Luther stammen.

Am 1. März 1522 verließ Luther endgültig die Wartburg. Bald stellten sich die ersten Verehrer des Reformators hier ein, um seinen als „Lutherstube" berühmt gewordenen Arbeitsraum zu besichtigen. Großherzog Carl Alexander ließ die verfallene Burg im 19. Jahrhundert zum überkonfessionellen Nationaldenkmal ausbauen.

„Letztendlich ist das authentische Lutherbild dasjenige des gelehrten Mönchs, der vor 500 Jahren ein aus seiner Sicht dringliches theologisches Problem zur Diskussion stellte und damit Entwicklungen auslöste, die die Welt verändert haben", resümiert der Schweizer Kurator Marc Höchner. Es passierte eben wie so häufig: kleine Ursache, große Wirkung. Ein paar Hammerschläge lösten einen Donnerschlag der Geschichte aus. *Veit-Mario Thiede*

***Luther! 95 Schätze – 95 Menschen**, bis 5. November im Augusteum, Collegienstraße 54, Wittenberg, geöffnet Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr, Sonnabend, Sonntag 10 bis 16 Uhr, Eintritt: 8 Euro, inklusive Lutherhaus mit Lutherstube 12 Euro. Telefon (03491) 4203171, Internet: www.martinluther.de. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet in der Ausstellung 29,90 Euro, im Buchhandel 39,90 Euro. **Luther und die Deutschen**, bis 5. November auf der Wartburg, Eisenach, geöffnet täglich 8.30 bis 17.30 Uhr (letzter Einlass), Schließung des Burgtors 20 Uhr, Eintritt: 12 Euro. Telefon (03691) 250220, Internet: www.wartburg.de und www. 3xhammer.de. Der Katalog kostet 29,95 Euro.*

Nachdenklich stimmender Roman zum Thema Justiz

Das Genre des Gerichtsdramas ist alles andere als neu. Kleists „Der zerbrochene Krug“ und sein „Michael Kohlhaas“ mit den darin gespiegelten Erfahrungen des Verfassers mit Recht und Gericht sind einschlägige Klassiker, ebenso das Königlich Bayerische Amtsgericht, das keineswegs immer so liebevoll lebensnah agierte, wie die Fernsehserie glauben machen möchte.

Unzählige TV-Gerichtsserien und Krimis markieren ein dramatisch ausgiebig beackertes Feld. Aber ein Roman? Von Ingo Schulze stammt die Aussage über die „Buddenbrooks“ von Thomas Mann: „Wenn ich 600 Seiten als Schriftsteller zur Verfügung habe und der Leser danach immer noch nicht weiß, wie das Kaufmännische funktioniert, da bin ich als Schriftsteller gescheitert.“

Nehmen wir also mit Schulze das intime Kennenlernen eines gesellschaftlichen Subsystems als Qualitätskriterium, so ist der neue Roman „Justizpalast“ von Petra Morsbach ein literarisches Kleinod. Denn der Leser erfährt viel Grundsätzliches: Wie funktioniert das Gerichtswesen, was sind die Regeln – die geschriebenen und die ungeschriebenen –, was macht der jahrzehntelange Job mit dem Richter in der Gerechtigkeitsfabrik? Auch Richter fangen unerfahren an, haben Liebeskummer, durchleben Scheidungen, eine nicht ideale Kindheit, sind voreingenommen, müssen Rücksicht untereinander walten lassen, weil sie in unterschiedlichsten Funktionen immer wieder aufeinander treffen. Zudem gibt es fleißige und weniger emsige, begabtere und eher uninspirierte, dafür intrigante Exemplare.

Morsbach porträtiert sie alle anhand einer Fülle von skizzierten Gerichtsfällen aus allen Lebensbereichen. Die Protagonistin Thirza ist Richterin in München. Die Eltern, ein Künstlerpaar, lassen sich früh scheiden und Thirza wächst bei heimatvertriebenen ostpreußischen Verwandten auf. Fleißig im Jurastudium baut sie das obligatorische Prädikatsexamen, um dann im Justizpalast die verschiedenen Kammern im Laufe der Berufsjahre kennenzulernen, nur kurz unterbrochen von einer Verwaltungstätigkeit im Justizministerium. Mit den Männern klappt es anfangs nicht so recht. Erst als sie einen eher unscheinbaren Rechtsanwalt trifft – als Schadensachbearbeiter in einer Versicherung eigentlich unter ihrem Niveau –, nimmt ihr Privatleben einen erfreulicheren Verlauf.

Thirza wächst bei Vertriebenen auf

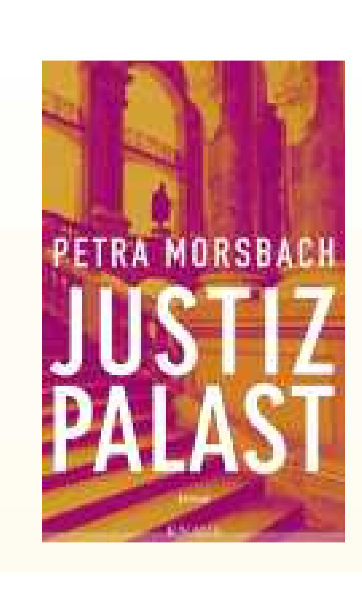
Stilistisch flott und leichtfüßig, mitunter ironisch und vor allen Dingen spannend setzt Morsbach das so leicht als dröge abgetane Thema in Szene. Selbst derbe Späße, von denen man nicht glaubte, dass vorsichtige Juristen dazu imstande seien, fehlen nicht. So wird einem lustlosen Richter, der nur noch Unterschriften leistet, von seinen Kollegen ein Todesurteil mit Begründung untergeschoben. Der lustlose Richter tappt in die Falle. Tröstlich immerhin, im Gericht hat die innere Kündigung auch ihre Grenzen.

Grenzen erleben aber auch diejenigen, die bisher Glück hatten oder deren Vertrauen in die Rechtsschutzversicherung unbegrenzt war. Gerechtigkeit ist nicht Recht, und der Rechtsstaat, nun ja, klingt erst einmal gut. Überhaupt: Gibt es eigentlich Unrechtsstaaten? Motto: Wir haben einen Unrechtsstaat, und das ist gut so. Hier sind die Grenzen offenbar fließend.

Noch so ein Erlebnis: Eine „Betrügerpersönlichkeit“ (Morsbach) intrigiert als Richter gegen Thirza, meldet sich dann krank und lässt sie mit einem angeklagten Betrüger allein. Da wird dem Leser schwindelig. Allein die schiere, ständig wachsende Masse immer komplexerer Rechtsauseinandersetzungen bedeutet eine schleichende Aushöhlung des Rechtsstaates, weil die Justiz keineswegs gewillt ist, das Personal anzupassen. Eher das Gegenteil ist der Fall. Der massive politische Einfluss auf Gerichtsverfahren, so sie „die ganz oben“ treffen, ist damit noch nicht einmal gemeint.

Lehrreich auch das Porträt des „Magic Circle“, eine Handvoll englischer Spitzenkanzleien, die im Jahr jeweils über zwei Milliarden Umsatz machen und deren Spezialität darin zu bestehen scheint, mittels geschickter Ausnutzung nationalen, internationalen und EU-Rechts solche Rechtsungetüme aufzubauen, dass schlechterdings vor Gericht nur noch Vergleiche möglich erscheinen – berechnend bereits auch so konzipiert, Verschleppung inklusive. Ein atemberaubender, nachdenklich stimmender Roman.

Nike U. Breyer



***Petra Morsbach: „Justizpalast“**, Knaus Verlag, München 2017, gebunden, 479 Seiten, 25 Euro*

Fremde Materie

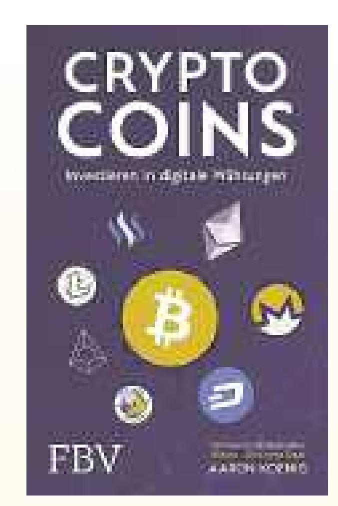
Aaron Koenigs Buch „Cryptocoins – Investieren in digitale Währungen“ ist flott und flüssig geschrieben, aber dennoch ist es keine leichte Lektüre für Jedermann. Zu fremd und kryptisch ist die Materie, als dass man das Gelesene sogleich in die Tat umsetzen und „reich“ werden könnte. Das Vorhaben „Investieren in digitale Währungen“ wird wohl den meisten Lesern ein geheimnisvolles und verschlüsseltes Wagnis bleiben.

Ob jedoch die „digitale Revolution“ ungehindert dazu führen wird, dass eines Tages die Technologie über die Herrschaftsmacht obsiegt, das wird spannend für die Zukunft sein. Ob diese Entwicklung friedlich verlaufen wird, das ist die bange Frage, denn die hochverschuldeten Staaten der Erde werden sich nicht so leicht entmachten lassen und sich das Geldvermehrungsmonopol entreißen lassen, mit dem sie ihre zerrütteten Haushalte zulasten der Bürger zu regulieren versuchen.

Das Buch ist in sich folgerichtig aufgebaut und in neun Kapitel gegliedert. Es beginnt mit der „20-Millionen-Dollar-Pizza“, erklärt die Grundlagen der Cryptocoins. Hierauf werden praktische Tipps für Anfänger gegeben. Danach dreht es sich um Cryptocoins für weltweite Zahlungen, für lokale Zahlungen und besondere Dienste. Spannend ist auch das Kapitel „Geld verdienen mit Cryptocoins“ und – ganz wichtig – um die Frage, woran man als Laie Betrugsmodelle erkennt, denn auch im Crypto-Teich schwimmen hungrige Haie. Das letzte Kapitel befasst sich mit der Dezentralisierung der Welt. Ob diesem Unterfangen die derzeit übermächtigen Kräfte der Zentralisierungsbefürworter, und das sind die Finanz-Mächte der Welt zusammen mit den Staatsführern, tatenlos zusehen und damit ihr Geld- und Herrschaftsmonopol widerstandslos aufgeben werden, das wird eine spannende Frage sein.

Auf alle Fälle, das Buch lohnt gelesen zu werden, denn man muss wissen, was alles an heimlichen, unheimlichen wie offenen Entwicklungen in der Welt passiert.

Wolfgang Thüne



***Aaron Koenig: „Cryptocoins – Investieren in digitale Währungen“**, Finanzbuch Verlag, München 2017, broschiert, 192 Seiten, 16,99 Euro*

Deutscher Arzt erzählt biblische Geschichten mit heutigem Empfinden

In der Literatur werden historische Ereignisse gern in einen Roman „verpackt“. Historisches Geschehen gibt der Erzählung eine größere Plausibilität. Eines der berühmtesten Beispiele ist Leo Tolstois Roman „Krieg und Frieden“, bei dem man mitunter schon gar nicht mehr zwischen Fiktion und Realität unterscheiden kann.

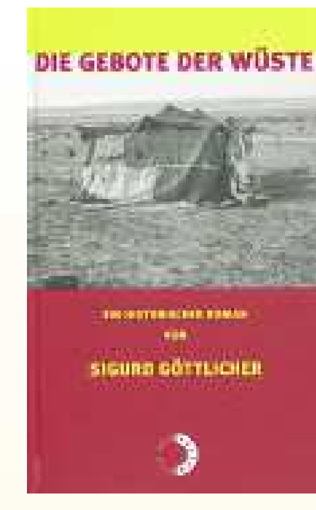
Der in Bamberg als Arzt tätige Autor Sigurd Göttlicher hat sich durch mehrere Bücher, in denen er vor allem Ereignisse aus dem Alten Testament romanhaft aufbereitet hat, einen Namen gemacht. In seinem neuen Buch „Die Gebote der Wüste“ erzählt er, wie die göttlichen zehn Gebote nicht, wie in der Bibel beschrieben, Moses von Gott auf Gesetzestafeln gegeben wurden, sondern womöglich einfach aus menschlicher Überlegung zum friedlichen Zusammenleben kodifiziert wurden. So abwegig ist diese Überlegung nicht, denkt man an die Gesetzgebung des babylonischen Königs Hamurabi aus dem 17. Jahrhundert vor Christus oder an Codices aus dem alten Ägypten, die auf berühmten Tafeln in Hieroglyphen festgehalten sind.

Göttlicher erzählt eine Art Familiensaga. Die anfangs als Beduinen in der Wüste lebende Großfamilie Schuach wird in einer Stadt sesshaft und bringt über Generationen berühmte Bildhauer und Steinmetze hervor, die neben Götterbildern immer wieder auch göttliche Gebote, hier Gebote des Gottes Baal, auf steinerne Tafeln meißeln, die dann öffentlich ausgestellt werden. Das geht über Jahrhunderte so. Der letzte Schuach lebt in Jebus, das nach der Eroberung durch König David zu Jerusalem wird. Das Gebot „Du sollst nicht ehebrechen“ will David, der die Frau seines Feldhauptmanns Uria zum Weib genommen hat, nicht akzeptieren. Er lässt Kuna, den letzten Schuach, ermorden.

Strenge Kriterien der Literaturkritik sollte man hier nicht anlegen. Es wird gradlinig, oft etwas naiv und bieder erzählt, über der Familie scheint bis zum grausamen Mord am Ende stets die Gnadensonne der handwerklichen Begabung, des Ansehens und des Erfolgs zu stehen. Die alten biblischen Geschichten seit Adam und Eva über Noah bis Abraham, Saul und David werden mit heutigem Empfinden erzählt, was der Autor mehrfach durch persönliches Auftreten unterstreicht. Man mag positiv ansehen, dass die oft kriegerischen Ereignisse in der Bibel hier einmal unter dem Blickwinkel friedlichen Zusammenlebens gesehen werden.

Ein ungewohnter Nebenaspekt: Der schriftstellernde Doktor in Bamberg ist Mitglied des Bundesverbandes Deutscher Schriftstellerärzte (BDSÄ). Dieser wiederum gehört zum Weltverband der Schriftstellerärzte (Union mondiale de Écrivains mèdicins – UMEM), der kürzlich seinen Jahreskongress im bulgarischen Plovdiv abhielt. Wer also seinen Arzt in der Praxis oder am Krankenbett vermisste, mag daran denken, dass sein Doktor vielleicht Stethoskop oder Skalpell beiseitegelegt und dafür den Pegasus bestiegen hatte.

Dirk Klose



***Sigurd Göttlicher: „Die Gebote der Wüste. Ein historischer Roman“**, Erich Weiß Verlag, Bamberg 2017, gebunden, 312 Seiten, 19 Euro*

Standardfloskeln ohne Neuigkeitswert

Omid Nouripour sitzt seit 2006 im Deutschen Bundestag und fungiert derzeit als außenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ebenso ist er ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Unterausschuss für Auswärtige Kulturpolitik unseres Parlaments.

Dabei hat der in Teheran Geborene, welcher sowohl die iranische als auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, keinerlei Berufsabschluss vorzuweisen: Weder beendete er nach dem Abitur sein Erststudium der Philologie sowie Politik- und Rechtswissenschaften noch ein zweites Studium der Soziologie, Philosophie und Volkswirtschaftslehre. Das hinderte ihn freilich nicht daran, als „Doktorand der Germanistik“ aufzutreten, bis die Presse diesen Schwindel publik machte.

Insofern muss man sich natürlich ernsthaft fragen, welcher Teufel die dtv Verlagsgesellschaft geritten hat, Nouripour in ihre Autorenliste aufzunehmen und sein Werk „Was tun gegen Dschihadisten?“ herauszugeben. Weil er aufgrund seiner islamischen Religionszugehörigkeit automatisch zum Terrorismus-Experten taugt? Weil die Mitgliedschaft in Ausschüssen unweigerlich klug macht – ganz gleich, wie der fachliche Hintergrund des Betreffenden aussieht? Oder weil Nouripours Vorschläge, „wie wir den Terror besiegen können“, so genial und erfolgversprechend sind?

Grüner führt Rundumschläge aus

Auf jeden Fall ist die Rechnung des Verlages nicht aufgegangen: Das Buch des deutsch-iranischen Studienabbrechers kommt inhaltlich extrem schlicht daher. Keiner der Punkte seines großspurig präsentierten „Plans gegen den Dschihadismus“ besitzt irgendeinen Neuigkeitswert, vielmehr gehören die aufgelisteten Floskeln zum Standardrepertoire zahlreicher hiesiger Politiker von der CSU bis zur Linkspartei. Aber vielleicht geht es ja auch gar nicht darum. Dieser Gedanke drängt sich auf, wenn man sieht, dass der Grüne das Thema für allerlei Rundumschläge gegen den politischen Gegner im In- und Ausland nutzt.

So unterstellt er beispielsweise Donald Trump die „gezielte Diskriminierung von Muslimen“, welche den Dschihadismus fördere. Ansonsten lassen auch manche Allheilmittel gegen den Terror aufhorchen, die Nouripour empfiehlt: eine weitere Zentralisierung der Europäischen Union sowie diverse Maßnahmen gegen die „Islamfeindlichkeit“ im Westen. Denn die Heiligen Krieger vom Islamischen Staat und ähnlichen Terrororganisationen seien ja gar keine richtigen Muslime – eine schon tausendfach gehörte Schutzbehauptung, die freilich nicht dadurch wahrer wird, dass Omid Nouripour sie nun zum 1001. Male vorbringt. *W. Kaufmann*

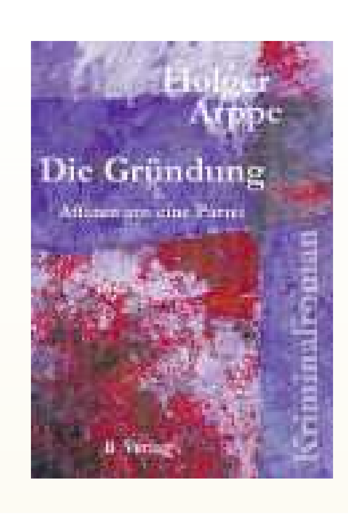
***Omid Nouripour: „Was tun gegen Dschihadisten? Wie wir den Terror besiegen können“**, dtv Verlagsgesellschaft, München 2017, broschiert, 304 Seiten, 16,90 Euro*

Mord in rechter Partei

Wer heutzutage eine rechte Partei gründet, lebt gefährlich und kann so manche Überraschung erleben. Das weiß auch Holger Arppe, gelernter Offsetdrucker und Vertreter der AfD in der Rostocker Bürgerschaft und dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Sonst hätte er wohl kaum den Kriminalroman „Die Gründung. Affären um eine Partei“ geschrieben, welcher übrigens sein Erstlingswerk ist.

In dem Buch geht es um den Mord am Bundesvorsitzenden der neuen Partei Bündnis für Freiheit und Demokratie (BFD). Hierfür wird der engste Mitarbeiter des Toten verantwortlich gemacht, allerdings bleiben die Hintergründe der Tat rätselhaft.

Das lockt den Journalisten Marcus Schellhorn auf den Plan. Dieser stößt bei seinen Recherchen auf eine politische Intrige, welche selbstverständlich in keiner Weise an die aktuellen Vorkommnisse rund um die AfD oder irgendeine andere real existierende Partei gemahnen soll. Sagt Arppe. Ob dem so ist, mag der Leser selbst entscheiden. Denn hier wird natürlich nicht verraten, was Schellhorn herausgefunden hat. *W.K.*



***Holger Arppe: „Die Gründung. Affären um eine Partei“**, ß Verlag, Rostock 2017, broschiert, 256 Seiten, 19,90 Euro*

MELDUNGEN

Von Merkel »ins Koma regiert«

Wien – Der bekannte österreichische Liedermacher Peter Cornelius wirft Angela Merkel vor, die Deutschen „praktisch ins Koma regiert“ zu haben, aus dem es ein „schlimmes Erwachen“ geben werde. Der 66-Jährige beobachtet in Europa eine Rückbesinnung auf die eigene Kultur als „unbewusste Reaktion auf die Gleichmacherei der Berufsverbrecherbande in Brüssel“, die ein „zusammengemanschtes Insgesamt-Europa“ fabriziere. *H.H.*

Großes Risiko für Deutschland

Frankfurt am Main – Die Target2-Salden der Bundesbank haben mit 879 Milliarden Euro im September einen Rekordstand erreicht. Es handelt sich dabei um Außenstände anderer Notenbanken bei den Deutschen. Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn glaubt nicht, dass die Schulden je zurückgezahlt werden. Daher stehe hinter der Summe ein gewaltiges Risiko für Deutschland. *H.H.*

ZUR PERSON

Anführer der Unzufriedenen

Die Schlinge um Europas Volksparteien zieht sich immer enger zu. Nachdem bei den Bundestagswahlen die AfD in die Phalanx der Etablierten einbrach und in Österreich mit Sebastian Kurz bald jemand regieren könnte, der die EU-Asylpolitik radikal ändern will, siegte nun auch in Tschechien ein Aufstand der Unzufriedenen.

Mit seiner „Aktion unzufriedener Bürger“ (ANO) gewann der Milliardär **Andrej Babiš** die Parlamentswahlen in Tschechien haushoch. Sollte es ihm gelingen, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, dürfte mit ihm als Ministerpräsidenten die kritische Einstellung der Visegrád-Staaten gegenüber Brüssel gestärkt werden, zumal er dann noch den Österreicher Kurz mit ins Boot holen könnte.

Der Donald Trump Tschechiens, wie man den zweitreichsten Mann des Landes nennt, bringt einige skandalträchtige Altlasten mit ins neue Amt. Wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung warf ihn der sozialdemokratische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka, der bei der Parlamentswahl selbst nicht mehr kandidierte, im Mai als Finanzminister aus dem Kabinett. Außerdem soll Babiš wegen eines „Storchennest“ genannten Ferienressorts Subventionsbetrug in Höhe von 1,8 Millionen Euro begangen haben. Dass er als früheres Mitglied der kommunistischen Partei unter dem Decknamen „Bureš“ Spitzeldienste begangen haben soll, prallte ebenso an ihm ab.



Der 63-Jährige ist durch seine unternehmerische Tätigkeit so gut vernetzt, dass er viele einflussreiche Unterstützer auf seiner Seite weiß. In den 1990er Jahren schuf er auch mit Hilfe von Millionen von EU-Fördergeldern aus der kleinen Chemiefiliale Agrofert den größten privaten Arbeitgeber des Landes, der auch nach Deutschland expandierte. Mit seiner politisch in der pragmatischen Mitte angesiedelten ANO, die für eine liberale Wirtschafts- und rigide Asylpolitik eintritt, könnte Babiš in ganz Europa Schule machen. *H. Tews*



Europa aktuell

Linke Verzweiflung

Warum wir gerade einen Epochenwechsel erleben, womit man sich entlarvt, und wie sich Joseph Goebbels selber sah / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das Blöde ist, dass man die großen Wendepunkte der Geschichte so gut wie nie erkennt, wenn sie gerade passieren. Fast alles, was im Moment des Geschehens zum „historischen Ereignis“ aufgeblasen wurde, erwies sich später als mickrige Bodenwelle, die bald vergessen war.

Ist also schwer zu sagen, womit wir es gegenwärtig zu tun haben. Da wir auf die Gegenwart wegen der Naturgesetze nun mal schlecht „zurückblicken“ können, müssen wir das Urteil den Zeitgenossen überlassen. Für die markieren die Tumulte auf der Frankfurter Buchmesse (siehe Seite 12) tatsächlich einen geschichtlichen Umbruch.

Interessanterweise sehen das sowohl die Linken als auch die Rechten so, was dafür spricht, dass es stimmen könnte. In Frankfurt hat sich die machthabende Linke mit hysterisch-unbeholfenen Attacken auf rechte Verlage bis auf die Knochen blamiert.

Die Linken sind geschockt, verwirrt und von Zweifeln, insbesondere von Selbstzweifeln, gequält. Im Debattenteil des „Spiegel“ zermartern sich linke Autoren den Kopf darüber, was hier eigentlich gerade passiert. Vom „kommenden Kulturkampf“ redet Tobias Rapp und wittert, dass die „radikale Rechte“ (eine andere als eine „radikale“ Rechte scheint es nicht zu geben) „einen umfassenden Angriff auf die liberalen Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland begonnen“ habe.

Als das, was die Rechten wollen, zählt Rapp auf: die Westbindung kappen, die neoliberale Wirtschaftsordnung bekämpfen (Waren beides nicht mal „linke“ Ziele? Was soll's!), das „linksliberale Gesellschaftsexperiment“ bekämpfen und nicht mehr jeden Zweiten auf die Uni gehen lassen. Dies zusammen sei die „Ankündigung eines Kulturkampfs“!

Klingt alles reichlich akademisch, nicht wahr? Richtig, und genau da steckt auch der Wurm im Gemüse. Mit keiner Silbe erwähnt Rapp solche Sachen wie die Ausbreitung des radikalen Islam, den Abbau von Demokratie und Bürgermacht durch den EU-Zentralismus oder die Entfremdung von der eigenen Lebenswelt durch sprunghafte Masseneinwanderung. Mit anderen Worten: Der Mann hat nicht ansatzweise begriffen, was die Leute in unseren Tagen wirklich über Grünlinks erschaudern lässt. Mag ja sein, dass auch rechte Intellektuelle gern über Neoliberalismus, Gesellschaftsexperimente oder Bildungspolitik reden. Aber dass ihnen plötzlich so viele Leute zuhören, hat andere Gründe: Radikaler Islam und islamischer Terror, Massenzuwanderung, Staatsversagen an den Außengrenzen oder in den „No-Go-Areas“ der Großstädte und ähnliches mehr.

Die linke Debatte über die aufstrebende Rechte erinnert an den vergangenen Bundestagswahlkampf. Da wollte die CDU unbedingt über den ländlichen Raum und die SPD über Gerechtigkeit diskutieren, weil sie hofften, durch das Gesabbel würden die Wähler die Asylkrise vergessen. Haben sie aber nicht, Pech gehabt.

> Man schreit, man prügelt, man speit Verwünschungen aus. Vor allem macht man sich lächerlich

Statt sich auf das entscheidende Problem zu stürzen, verlaufen sich die Linken in Ersatzproblemen. Merken die das nicht? Sind die zu doof dazu?

Keineswegs, es ist viel schlimmer: Über das Islam- und das Zuwanderungs-Ding können heutige Mode-Linke gar nicht ernsthaft und ehrlich diskutieren, ohne sich selbst zu entlarven.

Ein Islam, der sich immer mehr radikalisiert, widerspricht der liberalen Gesellschaft zehnmal schärfer als es selbst dem knalligsten deutschen Rechten jemals einfiele, weil für den Letzteren beispielsweise die Gleichberechtigung der Frau eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Deshalb sind ihm mittelalterliche Kleidervorschriften, Trennung der Geschlechter in Gebetshäusern oder in Schwimmhallen oder Vielweiberei unerträglich. Dem Linken auch?

Und sprudelt die Einwanderung munter weiter, dann ist absehbar, wann der Sozialstaat unter der rapide wachsenden Zusatzlast kollabiert. Das weiß jeder, der auch nur ein bisschen rechnen kann. Da nimmt es kaum Wunder, dass sich die Linken ins dichte Gewölk aus politisch korrekten Phrasen und manipulierten „Studien“ flüchten, sobald diese Zusammenhänge an die Oberfläche drängen. Das Dilemma besteht darin, dass die Wirklichkeit nicht einfach verschwindet, wenn man sie von der Tagesordnung streicht.

Hier wird verständlich, woher diese schreckliche Nervosität der Linken rührt. Sie wissen, dass sie verloren haben, weil ihnen die Antworten ausgegangen sind. Es passt alles nicht mehr zusammen. Was macht man da?

Man schreit, man prügelt, man speit Verwünschungen aus. Vor allem macht man sich lächerlich: So ging die Leitung der Frankfurter Buchmesse mit der ganzen Macht des Establishments auf drei kleine rechte Verlage los und stellte diesen Feldzug unter die Parole „Freiheit und Vielfalt“. Die ungewollte Satire in diesem absurden Widerspruch aber bemerkte sie nicht.

Wie wird das weitergehen? Werfen wir voller Kühnheit einen Blick in die Zukunft. Wie sieht das politische Spektrum in Deutschland in, sagen wir mal, zehn Jahren wohl aus? Nun ja, europaweit schrumpft die Linke in atemberaubendem Tempo, mancherorts ist die Sozialdemokratie nahezu verdampft. Das gibt Hinweise darauf, wie es bei uns in einem Jahrzehnt zugehen dürfte.

Vermutlich gibt es dann nur noch drei Lager: Eine von den Deutschen nebst assimilierten Einwanderern dominierte Rechte und eine reaktionär-religiöse Moslempartei und daneben die Restposten jener Bewegung, die als Grünlinke heute noch fast alle wichtigen Stellen in Staat und Gesellschaft besetzt. Diese Restposten werden weiter alle Rechten als Nazis beschimpfen und dafür streiten, den Religiös-Reaktionären mehr Raum und Macht zu geben im Namen der „Vielfalt“.

Natürlich werden die Restlinken weiter ihre „Werte“ hochhalten, weshalb sich ihre Frauen aus Solidarität mit den Musliminnen und ihre Männer aus Solidarität mit ihren Frauen verschleiern. Wofür die Männer auf dem Bahnsteig verprügelt werden. Sie verraten aber nicht, von wem, weil sie den Rechten keine Argumente zuspielen wollen.

Wird so etwa die Zukunft aussehen? Ach nein, das erscheint denn doch zu düster, soweit wird es nicht kommen. Denn zum Glück läuft die Geschichte ja niemals geradeaus in die Richtung, die sie gerade eingeschlagen hat.

Sie schlägt vielmehr überraschende Haken. In manchen europäischen Ländern hat sich die Linke gerettet und erneuert, indem sie Volk und Nation für sich wiederentdeckt hat. Bei Lichte betrachtet nichts Ungewöhnliches, schließlich waren das ja mal urlinke Anliegen.

Aber wollen wir uns das auch für Deutschland wünschen? Zu befürchten steht, dass die deutschen Linken ihren eingebrannten Deutschenhass in so eine Neuausrichtung einfach mitnehmen und in ebensolchen Ausländerhass drehen. Auf „Spiegel-online“ hat eine linke Autorin ihren ganzen Ekel unter der Überschrift „Deutsche, schafft Euch ab“ erst vergangenen Sonntag hervorgekotzt: „Engherzig, trotzig, bitter, kleinlich, ignorant, geschichtsverdrossen und besserwisserisch“, das sei die „deutsche Dreckskultur“, kübelt die 1991 in Kiel geborene Hengameh Yaghoobifarah uns ins Netz. Sie hofft, dass die „Kartoffeln“ ihre Abschaffung selbst in die Hand nehmen und sich dabei bitte beeilen.

So also klingt linke Völkertoleranz, wenn man sie ungefiltert hört. Nun stellen wir uns mal vor, das hätte ein Deutscher über irgendein anderes Volk ausgegossen, widerliche Aussicht, ganz und gar zum Schämen – und zum Fürchten.

Wer linke Parolen wie „Deutschland halt's Maul“, „Deutschland ist Sch...“ oder gleich „Deutschland verrecke“ ins Deutschnationale umkehrt, der versteht erst, warum sich Joseph Goebbels sein Leben lang als Linken gesehen hat. Der Verbrecher war ganz und gar mit sich im Reinen. Heute ahnen wir, warum.

MEINUNGEN

*Der französische Star-Autor **Michel Houellebecq** erteilt im „Spiegel“ (21. Oktober) der Idee einer **völligen Vereinigung** der **EU-Staaten** eine klare **Absage**:*

„Ich habe nicht daran geglaubt, dass der nationale Souveränitätswille vergehen würde. Die Vereinigten Staaten von Europa wird es nie geben, da verfolgte man lange eine Schimäre. Um es unverblümt zu sagen: Die Unabhängigkeitsbestrebungen setzen sich auf mittlere und längere Sicht immer durch.“

***Alexander Görlach**, Theologe an der renommierten Harvard-Universität in den USA, warnt im „Focus“ (21. Oktober) vor der Einführung eines **islamischen Feiertags in Deutschland**:*

„Die Mehrheit in Deutschland hat ihrerseits ein Recht darauf, dass ihre Kultur erkennbar bleibt. Sie lehnt einen islamischen Feiertag mit großer Mehrheit ab, zu 76 Prozent laut Umfrage. Ein islamischer Feiertag würde den Graben zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft wohl tiefer machen, statt ihn einzuebnen.“

***Roger Köppel** erklärt in der Züricher „Weltwoche“ (22. Oktober), warum die politische **Linke** zunehmend **hysterisch** auftritt:*

„Die Linken sind mit ihrem Latein am Ende … Es gab den Brexit. Trump wurde gewählt. Die meisten linken Parteien stecken in der größten Krise seit dem 20. Jahrhundert. In Scharen wenden sich die Leute ab. Man glaubt nicht mehr an offene Grenzen, segensreiche Völkerwanderungen, weise Eliten, internationale Konferenzen, künstliche Währungen und ständig mehr Steuern und Staat … Die Leute wollen zurück zu dem, was funktioniert, zurück zum Überschaubaren, zum Vertrauten, am Ende: zurück zum Menschen, wie er wirklich ist und nicht so, wie ihn linke Überflieger-Ideologen haben wollen.“

*Wie einer tickt, dessen **„Latein“ erschöpft** ist, davon gibt die **linke Autorin Sibylle Berg** auf „Spiegel online“ (21. Oktober) eine Kostprobe:*

„Vielleicht ist der Schwarze Block, die jungen Menschen der Antifa, die Faschisten mit dem einzigen Argument begegnen, das Rechte verstehen, die einzige Bewegung neben einem digital organisierten Widerstand, die eine Wirkung hat. Es wird nichts mehr von alleine gut. Die Regierung wird uns nicht retten. Allein eine Neudefinition des Begriffs linker Aktivismus kann den Schwachsinn des Hasses und der Menschenverachtung stoppen … Die Zeit des Redens ist vorbei.“

*Der Ex-Bahn-Chef und spätere Chef der nunmehr untergehenden Air Berlin, **Hartmut Mehdorn**, **kritisiert** im „Tagesspiegel“ (22. Oktober) die Politik des Bundes (Luftverkehrssteuer), vor allem aber den **Berliner Senat**, der die großen Infrastrukturprobleme ausblende:*

„Berlin wird wie ein Dorf behandelt. Schuld ist auch die schwache und taube Verkehrspolitik des Senats: Die dreht sich nur um Radfahrer und Beschränkung des individuellen Autoverkehrs, aber nicht darum, wie man Berlin per Fernbahn, Fernstraßen, Flughafen und Wasserstraßen adäquat anbindet. Das ist wirklich schade.“